PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36.012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 4.11.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

6. November 1975 Jg, 3 Nr. 44 50 Pfennig

Regierung legt Strafgesetz gegen Klassenkampf vor:

Schon der Gedanke an Revolution ist strafbar

Beschlossen werden soll im Bundestag demnächst der von der Regierung vorgelegte "Entwurf eines dreizehnten Strafrechtsänderungsgesetzes" mit dem Ziel, die "Propagierung von Gewalttaten" unter Strafe zu stellen. Geändert werden sollen die §§ 126 und 130.

Worin besteht die Propagierung von "Gewalttaten", die unter Strafe gestellt werden soll? Wenn eine Belegschaft ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung streikt, dann ist das eine Gewalttat. Und wenn eine Zeitung schreibt: "Der Streik ist gerecht", dann ist das "Propagierung von Gewalttaten". Wenn Straßenbahnschienen blockiert werden und ein Flugblatt aufruft, den Widerstand fortzusetzen: "Propagierung von Gewalttaten".

Schon nach den bisher geltenden Gesetzen ist das alles strafbar und wird abgeurteilt. Jetzt wird eine Generalklausel geschaffen, wonach schon die theoretische Erörterung, daß Gewalt gegen die Kapitalisten nötig sein könnte, um die Arbeiterklasse von der Ausbeutung zu befreien, zum Straftatbestand erklärt wird.

Ehrlicher als dieses sozialdemokratische Maulkorbgesetz war da die preußische Bourgeoisie, die 1878 in § 11 ihres Sozialistengesetzes festlegte: *"Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen ... zu Tage treten, sind zu verbieten."*

Weiter noch als 1878 will die SPD-Regierung in ihrer Gesetzesvorlage gehen, indem sie gleich noch das Denken an die Ziele der Arbeiterbewegung verbieten will. Denn wurde 1878 nur die Verbreitung solcher "Druckschriften" bestraft, so soll jetzt auch ins Gefängnis kommen oder mit Geldstrafe belegt werden, wer solche Schriften *"bezieht"* oder *"vorrätig"* hält (§ 130, Absatz 3), also schlicht besitzt.

Warum jetzt dieses Gesetzeswerk? Offensichtlich sieht die Bourgeoisie, daß die Ziele der Arbeiterbewegung umso mehr Sympathie unter den Massen gewinnen, je schärfer sie ihren Raubzug führt. Sie sieht, daß Klassenkampf unvermeidlich ist, und bereitet ihren Justizapparat aufs Zuschlagen vor.

Auf die bindende Kraft ihrer Worte und die ihrer Ideologen setzt sie weniger als die preußische Reaktion von 1854. Die begnügte sich bei der Abfassung des § 130 Strafgesetzbuch noch damit, das *"Anreizen zur Gewalttat"* für strafbar zu erklären. Die SPD-Regierung hat erklärt, diese Formulierung sei zu eng, weil sie *"die an den Intellekt gerichteten, scheinbaren wissenschaftlichen Abhandlungen über die Notwendigkeit, zur Erreichung bestimmter Ziele auch strafbare Handlungen zu begehen, nicht erfaßt"* (Entwurf der Bundesregierung). Noch reaktionärer als die preußische Reaktion ist diese imperialistische Bourgeoisie und ihre SPD-Regierung.

Es läuft im wesentlichen dieser Gesetzesentwurf darauf hinaus, das KPD-Verbot in Form einer Generalermächtigung ins Strafgesetzbuch aufzunehmen, womit jeder revolutionäre und rebellische Gedanke zum Straftatbestand erklärt werden kann.

In ihren Haushaltplanungen hat die westdeutsche Bourgeoisie einkalkuliert, den Knüppel zu stärken, mit dem sie ihre Gesetze durchsetzt. Die Organe der "Inneren Sicherheit" werden keinen Mangel leiden und mit über einer Milliarde Ausbaugeldern bedacht. Noch ist vieles davon Vorbereitung. Aber in diesen Vorbereitungen wird erkennbar, worauf der bürgerliche Gesetzesstaat schließlich hinausgeht: "Die Zivilisation und Gerechtigkeit der Bourgeoisordnung tritt hervor in ihrem wahren, gewitterschwangeren Licht, sobald die Sklaven in dieser Ordnung sich gegen diese empören. Dann stellt sich diese Zivilisation und Gerechtigkeit dar als unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache. Jede neue Krisis im Klassenkampf zwischen dem Aneigner und Hervorbringer des Reichtums bringt diese Tatsache greller zum Vorschein." (Karl Marx) – (er)



Bochum. Streik bei der Steinfabrik Dr. C. Otto gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes. Arbeiter der Schamottabteilung vor dem Verwaltungsgebäude. Bericht S. 6

Bundestag gegen das Volk

Weg mit dem Paragrafen 218!

Die Hoffnung der bürgerlichen Parlamentsstrategen, die Volksbewegung gegen den Paragrafen 218 könne durch Ersticken aus der Welt geschafft werden, ist dahin. Diese Woche wird die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Koalition im Bundestag sein und auf seiten der Bourgeoisie ist alles in heller Aufregung. Die Bourgeoispolitiker überbieten sich in Vorschlägen, wie es vielleicht doch noch möglich sei, einigermaßen zu vertuschen, was vorliegt.

Im Sommer noch wurde die Lage von den Bourgeoispolitikern so eingeschätzt: Die Koalition legt einen Entwurf vor unter der Überschrift "Alle Möglichkeiten des Bundesverfassungsgerichts-Urteils sind ausgeschöpft". Die CDU duldet es. Breite Einheit im Parlament. Die Gegner des § 218 sollen somit sehen, daß nichts zu machen ist. Und nach Hause gehen und die Faust in der Tasche ballen. Einige "Unverbesserliche" sollten übrig bleiben. Die sollten mit der Polizei zu tun kriegen.

Mit der Kampagne für die Beseitigung des Paragrafen 218 durch einen Volksentscheid und der machtvollen Demonstration zu Bonn war dieses Vorhaben geplatzt. Der "Reformentwurf" der SPD/FDP-Koalition wurde überall als Programm der Polizeiaufsicht über die Schwangerschaft entlarvt und fand wirklich wenig Zustimmung. Obwohl Presse, Rundfunk und Fernsehen konzentriert eingesetzt wurden, mußten die Bourgeoispolitiker sehen: Mit diesem Reformwerk war kein Preis zu kriegen.

Schnell wurde von der CDU/CSU der von der Filbinger-Staatskanzlei bereits vorbereitete Gesetzentwurf eingebracht. Und die Sozialdemokraten versuchten sich als Verteidiger von Reformen gegen die Reaktion hinzustellen. Weil der CDU/CSU-Entwurf noch viel schlimmer sei. Daß damit nichts auszurichten ist, kommt, weil der Entwurf der SPD/FDP unverkennbar volksfeindlich ist und **weil das auch gesagt wird.**

Innenminister Maihofer auf dem FDP-Parteitag. "Maihofer warnte davor, gerade heute die Bedeutung der anarchistischen Utopien zu unterschätzen, die mit Forderungen wie etwa der vollständigen Freigabe der Abtreibung den Gedanken der Freiheit ad absurdum demonstrieren."

Der oberste Polizeiherr weiß, wovon er redet. Er sieht besorgt, daß die Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 den Parlamentsmanövern standhält, und schreit "Anarchismus", im Klartext: "Polizei, Polizei".

In der Kommission des Bundestages für Verfassungsreform spricht der Ministerialdirigent a. D. Held ein offenes Wort: "Beispielsweise hätte ein Abstimmungskampf um eine Volksinitiative zu § 218 StGB einen Riß durch die Bevölkerung heraufbeschwören können. Solche Gefahren müssen ferngehalten werden."

Der Held a. D. hat die Hosen voll. Er weiß, daß sogar bloße Diskussion über die Frage, ob der § 218 durch einen Volksentscheid beseitigt werden wird, "Risse heraufbeschwört".

Der Abgeordnete Schäfer (SPD), der dieser Kommission vorsitzt, riecht es und läßt beschließen, daß die Kommission niemals mehr über die Einführung von Volksentscheiden beraten wird.

Alle bürgerlichen Politiker und Verbände sind gegenwärtig damit beschäftigt, die "Entstehung von Rissen zu verhüten".

Der Hartmannbund hat sich gleich für den Koalitionsentwurf ausgesprochen. Er wollte die Sache vom Tisch haben. Dort wird offensichtlich befürchtet, daß die Enthüllungen über das Geschäft mit der Abtreibung und die Erpressung und Unverschämtheit durch große Teile der niedergelassenen Ärzteschaft zu einem "Riß" im Verhältnis zwischen Arzt und Patient führt.

Die Gewerkschaftsverbände haben sich zuerst für das Festhalten an der Fristenlösung ausgesprochen. Offensichtlich, weil sie einen "Riß" zwischen den Sozialdemokraten in der Führungsposition und den Mitgliedermassen befürchteten. Nach dem CDU-Entwurf sind sie damit beschäftigt, in den Gewerkschaftskörperschaften Zustimmung zum Entwurf der Koalition zu erbetteln. Sie wollen das Manöver der Reaktionäre ausnutzen, um einen "Riß" zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Regierung zu verhindern.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" macht folgenden Vorschlag: Man solle im Bundestag sich in der "Mitte" auf einen Kompromiß zwischen CDU/CSU und SPD/FDP einigen und den Flügelmännern auf beiden Seiten Gelegenheit geben, nicht mitzustimmen oder sogar dagegen. Der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" geht es darum, den gefährlichsten aller "Risse" zu unterbinden, nämlich den zwischen den Volksmassen und dem gesamten Parlament.

Die Gegner des Paragrafen 218 sollen sich im Parlamente vertreten fühlen können, durch "linke" Abgeordnete, die gegen diese Polizeireform stimmen. Und sie sollen mit dem "Mittelweg" versöhnt werden, indem auf der "Rechten" ein reaktionäres Pack schreit: "Noch schlimmer müßt' es sein", "noch härter müßt' es kommen".

Heute, Dienstag, hört man im Rundfunk, daß der Richterbund ebenfalls einen eigenen Entwurf einbringen will. Er soll in der "Mitte" zwischen SPD/FDP und CDU/CSU liegen.

Fortsetzung S. 2

Unter falscher Flagge

Im August 1968 hat die Sowjetunion die CSSR besetzt. Begründung: Die sozialistischen Errungenschaften seien gefährdet. Die sozialistischen Errungenschaften wurden geschützt, durch russische Panzer. Bis heute stehen sie in der CSSR und schützen dort die sozialistischen Errungenschaften, weil man sich bei der Verteidigung dieser Sorte "sozialistischer Errungenschaften" auf das tschechoslowakische Volk nicht verlassen kann.

Am 11. November endet die portugiesische Kolonialherrschaft über Angola. Eine Woche vor Eintritt dieses Datums hat jetzt die Sowjetunion erklärt, sie werde eine Regierung des unabhängig werdenden Angola nur anerkennen, wenn diese von Kommunisten gestellt werde. So in einer Note des sowjetischen Botschafters in Uganda an den Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Idi Amin.

Das angolanische Volk und die übrigen Völker Afrikas müssen sich auf was gefaßt machen: Die Sowjetunion beruft sich wieder auf die Interessen des Kommunismus und Sozialismus. Da besteht aller Grund, vorsichtig zu sein.

Das angolanische Volk hat jahrelang im Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonialisten ausgehalten für seine Unabhängigkeit. Die Sowjetunion stellt heute die Bedingung: Anerkannt wird die Unabhängigkeit nur, wenn die Regierung von den Leuten gestellt wird, die wir für die richtigen halten. Ansonsten wird die Regierung nicht anerkannt, was nichts anderes bedeutet als: Dann behalten wir uns das Recht auf Intervention vor – selbstverständlich wegen des Kommunismus.

Die Sowjetunion hat gut gelernt beim US-Imperialismus. Der hat auch noch nie Putsche angezettelt, Truppen gelandet, andere Völker unterdrückt bloß wegen Rohstoffen, Stützpunkten und billigen Arbeitssklaven. Ohne Berufung auf die höchsten Interessen der Freiheit hat der US-Imperialismus keine einzige Bombe geschmissen und keinen einzigen Politiker ermorden lassen.

,Was der einen Supermacht die Interessen der Freiheit, sind der anderen die Interessen des Kommunismus und die sozialistischen Errungenschaften. Im Ernst haben sie nichts damit im Sinn: weder der US-Imperialismus mit der Freiheit der Völker, noch der Sozialimperialismus mit dem Kommunismus. Im Namen der Freiheit oder im Namen des Kommunismus aber rechtfertigen beide jede Lumperei gegen die Völker der Welt. Die Revolution ist so stark, daß die Feinde der Revolution in ihrem Namen auftreten müssen.

Im Namen des Kommunismus hält die Sowjetunion die Länder Osteuropas besetzt und plündert sie aus. Im Namen des Kommunismus betreibt sie ihre Intervention in Angola. Wenn sie sich dort festsetzen und das Land ihren Interessen unterwerfen könnte, wird sie als Nächstes erklären, sie habe in Angola sozialistische Errungenschaften zu verteidigen.

Je häufiger ein Bluff aber versucht wird, um so weniger verfängt er. Die afrikanischen Länder sind auf das Spiel mit falschen Namen nicht hereingefallen. Die OAU hat den sowjetischen Botschafter darauf hingewiesen, daß sie an den Bemühungen festhalte, die drei tief zerstrittenen Befreiungsbewegungen in Angola zu versöhnen, mit dem Ziel, daß diese am 11. November eine Regierung der nationalen Einheit bilden. Und alle drei Befreiungsorganisationen haben sich bereiterklärt, an einer Versöhnungskonferenz in der ugandischen Hauptstadt Kampala teilzunehmen: auch die von der Sowjetunion unterstützte MPLA, und obwohl sie das – wenn es nach den Sozialimperialisten ginge – gar nicht dürfte; denn die Sowjetunion hat entschieden, daß die beiden anderen Befreiungsbewegungen Faschisten und Konterrevolutionäre seien. Die Interessen der Völker sind auf Dauer stärker als die der Imperialisten, auch stärker als die Interessen des Sozialimperialismus.

Fortsetzung von Seite 1

Weg mit dem Paragrafen 218!

Der Richterbund sagt wörtlich, daß es doch schrecklich sei , wenn man überall lesen müsse "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes", noch dazu auf allermeist illegal geklebten Plakaten. Die Sache müsse **schnell vom Tisch.** Hier geht es darum, den "Riß" zwischen der dritten Gewalt und dem Volk, der schon eingetreten ist, schnell zu kitten und die Diskussion über das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abzustellen, indem es eben durchgesetzt wird.

In Frankfurt wurden erst dieser Tage wieder Frauen, die im Gerichtssaal wegen Verfolgung auf Grund § 218 protestiert hatten, in siebentägigen Polizeigewahrsam gesteckt. Der Riß zwischen dem bürgerlichen Recht und den Volksmassen, die es nicht einhalten wollen und können, wird hier vermittels Gefängnissen zusammengehalten.

Die bürgerliche Presse vermeidet es sorgsam, über die Tätigkeit der zusammengeschlossenen und kämpfenden Gegner des Paragrafen 218 zu berichten. Aber sie muß darauf reagieren, muß sich etwas einfallen lassen.

Während die bürgerlichen Politiker in ihrer ganzen polizeimäßigen Machtfülle und mit ihren ungeheuren Propagandamitteln nicht so recht wissen, wie sie weitermachen sollen, wissen es die Gegner des § 218 ziemlich genau. Für den Tag der ersten Lesung sind in weit über hundert Städten des Landes Veranstaltungen und Kundgebungen der Initiativen gegen den § 218 geplant, wo die öffentliche Aufmerksamkeit, welche das Durcheinander auf seiten der Bourgeoisie unvermeidlich erzeugt, genutzt werden soll, um die Forderungen der Komitees gegen den § 218 weiter zu verankern und wo die Parlamentsintrigen enthüllt werden.

Zweifellos hat die Bewegung gegen den § 218 heute schon gewisse Erfolge zu verbuchen. Bislang zeichnet sich aber noch nicht ab, daß die bürgerlichen Politiker sich zum Nachgeben gezwungen sähen. Bislang zeichnet sich erst ab, daß sie auf Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieses Paragrafen stoßen, wie sie sie nicht erwartet haben.

In der gegenwärtigen politischen Volksbewegung gegen den Paragrafen 218 drückt sich eine steigende politische Selbständigkeit der Volksmassen aus. Die bürgerlichen Politiker sind überrascht. Sie haben nicht glauben können, daß sich eine so breite Bewegung organisieren kann, ohne über die Einflußmöglichkeiten zu verfügen, die ihnen mit Rundfunk, Fernsehen, bürgerlicher Presse zur Verfügung stehen. Damit müssen sie fertig werden.

Es ist für sicher zu erwarten, daß je mehr die Überzeugungskraft der bürgerlichen Betrüger nachläßt, der Polizeiknüppel zum Argumente wird.

Dieses wird die "Risse durch die Bevölkerung" auch nicht kitten. Die Bourgeoispolitiker suchen nach der rechten Mischung von Parlamentsbetrug, Menschenrechtsgeöle und Polizeiknüppel Man muß muß ihnen entgegentreten mit der rechten Mischung von Aufklärungstätigkeit und Aktionen gegen die Durchsetzung des Paragrafen 218.

Hinsichtlich des Tages der ersten Lesung im Bundestag werden wir die Lage antreffen: Im Bundestag werden fünfhundert Knechtsgestalten sitzen und beraten, wie sie das Ding durchkriegen und die Volksunterdrückung organisieren. In weit über hundert Städten werden Leute auf Kundgebungen sich beraten, wie sie den Widerstand gegen diese Unterdrückung so schlagkräftig organisieren, daß die bürgerlichen Politiker bei der Durchsetzung dieses Unterdrückungsunternehmens mehr Federn lassen als verträglich. Risse entstehen im muffigen Bauwerk der bürgerlichen Ideologie, die der Entfaltung des Klassenkampfes frischen Wind zuführen. Verzweifelt kitten die Bourgeoispolitiker an diesen Rissen. Wir erblicken unsere Aufgabe darin, sie zu erweitern. – **(mf)**

"Erhöhung der Diäten unumgänglich"

Am 5. November soll das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verkündet werden über die Besteuerung der Abgeordnetendiäten. Durchgesickert ist schon vorher, daß es darauf hinauslaufen wird, die bisher steuerfrei gezahlten Abgeordnetendiäten müßten künftig versteuert werden. Kaum war das bekannt, meldeten sich "Rechtsexperten des Bundestages" und erklärten, daß dann "drastische Erhöhungen der Abgeordnetendiäten . . . unumgänglich" seien. Im Bundestagspräsidium hieß es, um mindestens 25 bis 30 Prozent müßten die Diäten erhöht werden. Heute bekommt ein Bundestagsabgeordneter 3 850 DM Grunddiät, 1 500 DM Kostenpauschale, 1 050 DM Fahrkostenpauschale, dazu kostenlose 1. Klasse-Fahrt in der Bundesbahn, Tagegelder von 1 500 DM und bis zu 2 450 DM für Anstellung von Assistenten. Die "Rechtsexperten" führen an, für eine geringere Bezahlung könne kein Parlamentarier unabhängig bleiben. (Nach: Die Welt, 1. Oktober)

Bundesgrenzschutz auf Rekordstärke gebracht

Der Bundesgrenzschutz ist derzeit stärker als je zuvor. Bundesinnenminister Maihofer teilte im Bundestag mit, daß er mit 21 059 Mann seinen bisher größten Personalbestand erreicht habe. Und nicht nur zahlenmäßig wird die Bürgerkriegstruppe ausgeweitet: Sie wird auch fester in den Griff genommen. Maihofer teilte im Bundestag mit, von wenigen Ausnahmen abgesehen seien keine Grenzschutzbeamten mit nur zweijähriger Dienstzeit mehr eingestellt worden. Die Bundesregierung lege vielmehr Wert darauf, Freiwillige für den Grenzschutz zu gewinnen, die "im Polizeidienst einen Lebensberuf suchen" (nach Süddeutsche Zeitung, 28. Oktober).

Spanien

Die Grundlagen des Franco-Regimes zersetzen sich

Das langsame Sterben Francos wird von den politischen Kräften, die bisher das Regime trugen, dazu benutzt, um zu klären, wie es weitergehen soll nach seinem Tod. Nachdem Franco auf dem Totenbett in der vergangenen Woche die Amtsgeschäfte an seinen von ihm selber bestimmten Nachfolger, den Prinzen Juan Carlos, übergeben hatte, kommentierte die Presse des Franco-Regimes: "Kontinuität in der Veränderung."

Die Regimepresse bringt zum Ausdruck, wie für die bestimmenden Kräfte des Franco-Regimes der Übergang und die Zeit nach Franco aussehen soll. Sie gehen davon aus, daß das Klassenbündnis erhalten bleiben muß, das die Grundlage des Franco-Regimes ausmachte. Die Klassen und Schichten, in deren Interesse Franco 1936 gegen die Volksfrontregierung putschte, sollen auch weiterhin zusammengehen und die politischen Institutionen, in denen dieses Bündnis seinen Ausdruck gefunden hat, sollen erhalten bleiben. Es ist vor allem das Bündnis zwischen Großgrundbesitzerklasse und Bourgeoisie, und dieses Bündnis richtet sich gegen die Arbeiterklasse, das Landproletariat und die Bauernschaft. Grundlage dieses Bündnisses ist, daß die Bourgeoisie die Frage des Grundeigentums und der Agrarreform nicht antastet. Und daß die Großgrundbesitzerklasse mit ihrem traditionellen Anhang aus Offizierscorps und höherem Klerus dafür der Bourgeoisie das Eigentum gegen die Arbeiter garantiert und deren Klassenkämpfe brutal niederhält.

1931 hatte die spanische Bourgeoisie noch gegen den Großgrundbesitz im Bündnis mit den kleinen Bauern und den Arbeitern die Republik durchgesetzt. Fünf Jahre später sieht man sie bereits im Bündnis und als Juniorpartner der Aristokratie. Sie war nicht in der Lage angesichts der weitergehenden Forderungen der revolutionären Volksmassen, die politische Herrschaft selber mittels eines Parlaments auszuüben und die Volksmassen an sich zu binden. Weil sie schwach war, suchte und fand sie Schutz bei der Grundbesitzeraristokratie, der seit alters her Kirche und Militär botmäßig waren.

Industriell war Spanien damals wenig entwickelt. Über drei Viertel der Bevölkerung lebten auf dem Lande als kleine Bauern oder als Landarbeiter, die sich bei den Grundbesitzern verdingen mußten. Über ihre Stellung auf dem Lande übte die Grundbesitzeraristokratie ihre Herrschaft aus.

Ihren Besitz hat die Grundbesitzeraristokratie bis heute erhalten können. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden ist in den Händen weniger konzentriert. An der Spitze der Gutsbesitzer stehen nach wie vor die adligen Herrschaften, deren Güter Zehntausende von Hektar des fruchtbarsten Bodens ausmachen.

Geändert hat sich das Gewicht der verschiedenen Klassen in der Bevölkerung, denn heute leben 75 % in den Städten und die meisten davon verdingen sich dort als Arbeiter bei den Kapitalisten. Also hat sich auch die Bourgeoisie entwickelt. Obwohl die größten Betriebe in den Händen des imperialistischen Finanzkapitals sind und die spanische Bourgeoisie daran nur Beteiligungen hält, hat sie während der Franco-Herrschaft Kapital gebildet, so daß sie heute anders dasteht als vor 40 Jahren. Das Kräfteverhältnis zwischen Grundbesitzerklasse und Bourgeoisie hat sich mithin verändert und die Bourgeoisie hat immer deutlicher den Eindruck, daß die Aristokratie ihr ein Klotz am Bein ist.

Die gewaltigste Veränderung hat sich freilich mit der Entwicklung der großen Industrie in Spanien auf der Seite des Proletariats getan. Es ist heute die zahlenmäßig größte und zugleich die revolutionäre Klasse, jedoch noch ohne einheitliche revolutionäre Führung. Für die Bourgeoisie wird aber immer deutlicher, daß die bisher geübten faschistischen Formen der Niederhaltung der Arbeiter an Wirkung verlieren und im Gegenteil dazu führen, daß die Klassenwidersprüche schroffer hervortreten. Ein Grund mehr für sie, an der Nützlichkeit ihres Bündnisses mit der Aristokratie zu zweifeln und es wie ihre westeuropäischen Klassenbrüder direkt mit bürgerlicher Arbeiterpolitik zu versuchen. Für die Bourgeoisie stellt sich also die Frage, ob sie weiter unter der politischen Führung des Grundbesitzes ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk sichern kann und das heißt für die Bourgeoisie, ob sie Juan Carlos und die "Kontinuität in der Veränderung" akzeptieren soll. Oder ob sie in der Lage ist, selbständig mit Hilfe eines bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Parteien die politische Herrschaft auszuüben.

Teile des imperialistischen Finanzkapitals sähen es lieber, wenn die spanische Bourgeoisie Manns genug wäre, letzteres zu tun. Die Europäische Gemeinschaft zum Beispiel knüpft daran die Aufnahme Spaniens und die diplomatischen Manöver der europäischen Staaten gegenüber dem Franco-Regime in den letzten Wochen brachten das deutlich zum Ausdruck.

In Spanien findet diese Debatte statt innerhalb und zwischen den beiden Plattformen, der ""Junta Democratica", deren führende Organisation die revisionistische KP Spaniens ist, und der "Plattform des demokratischen Übergangs", die von der sozialdemokratischen PSOE angeführt wird und der sowohl die Christdemokraten wie mehrere revolutionäre Organisationen angehören. Beide Gruppen haben sich zwar inzwischen gegen Juan Carlos ausgesprochen. Sie haben jedoch bisher weder ein einheitliches Programm festlegen können, noch sind diese beiden bürgerlichen Oppositionsplattformen entschieden über den Weg, den die Bourgeoisie in Spanien gehen soll. Keine dieser Plattformen riskiert es, den Bruch mit der Aristokratie in Kauf zu nehmen und Forderungen zur Agrarreform zu erheben. Und das heißt, sie suchen nach nach wie vor den Kompromiß mit der Aristokratie und führen nicht den Kampf um die Bauern. Die sozialdemokratische PSOE ist sogar bereit, den Prinzen Juan Carlos, eine Kreatur von Francos Gnaden, als König zu akzeptieren. Und die revisionistische KP lehnt zwar den Prinzen ab, aber keineswegs die Monarchie. Sie fordert nicht einmal die Republik. Die spanische Bourgeoisie und die politischen Agenten der spanischen und der imperialistischen Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung führen die Auseinandersetzung um die Zukunft in geduckter Haltung gegenüber der Aristokratie. Sie fürchten, gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern deren Säbel nicht entbehren zu können. – **(gj)**

Luxusjachten besonders gefragt

Die Messeleitung der "Deutschen Bootsausstellung International", die am Sonntag in Hamburg zu Ende gegangen ist, meldet einen "unerwartet erfolgreichen Verlauf" der Messe. Besonders gut liefen die Geschäfte mit 100 000 bis 300 000 DM teuren 'Traumjachten'. Die Erklärung ist leicht zu geben. Die Deutsche Bundesbank stellt in ihrem Monatsbericht für Oktober fest, daß "die Selbständigen relativ hohe Beträge für den privaten Verbrauch . . . verwendet haben". Beträge, die "merklich höher waren als im vorausgegangenen Halbjahr, in dem sie ebenfalls schon stark zugenommen hatten". Die Kapitalisten jedenfalls leben in der Krise von fremder Arbeit nach wie vor ausgezeichnet.

Schmidt in China

Unordnung zwischen den Herrschenden ist gut für die Unterdrückten

In der Frage der Entspannungspolitik sei er mit seinen chinesischen Gesprächspartnern nicht zu einem übereinstimmenden Urteil gekommen, hat Bundeskanzler Schmidt noch in Peking gegenüber der Presse erklärt. Das kann man ihm gern glauben. Was meint Schmidt, wenn er von Entspannungspolitik redet? In Peking hat er erklärt, gemeint sei damit Friedenssicherung in Europa durch vielfältige Abkommen und Verträge, gestützt auf das bestehende Gleichgewicht der Kräfte. Dieses Gleichgewicht der Kräfte in Europa solle durch die Entspannungspolitik stabilisiert und gesichert werden.

Gleichgewicht der Kräfte vor allem zwischen den beiden Supermächten, das ist für den westdeutschen Imperialismus eine günstige Lage. Als Hauptbündnispartner der USA kann er sich zugleich um Verbesserung seiner Beziehungen zur Sowjetunion bemühen und in Osteuropa gute Geschäfte machen. In Westeuropa kann er als Vormacht auftreten und gegenüber den Ländern der 3. Welt als verständigungsbereite Macht. Das ist es, was sich der westdeutsche Imperialismus von der "Entspannung" erhofft: von aller Welt umworben zu werden, ausgezeichnete Geschäfte nach allen Seiten, Kapitalanlagemöglichkeiten, wo er nur will und den Zugang zu den Rohstoffen offen.

Der Wind will nicht aufhören

Die politischen Sprecher der Volksrepublik China haben dem Bundeskanzler Schmidt gesagt, daß aus solchen Träumen nichts werden wird. Es gibt kein Gleichgewicht der Kräfte. Die Supermacht USA hat einige Niederlagen erlitten. Die andere Supermacht, die Sowjetunion, "betreibt in forcierter Weise Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, behält eine offensive Stellung weit über die Bedürfnisse ihrer Verteidigung bei". Statt Gleichgewicht und Entspannung verschärfen sich Rivalität und Aufrüstung. Oder wie der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping sagte: "Der Wind will nicht aufhören, wenn auch die Bäume Ruhe wünschen."

Bürgerliche Politiker von der CDU haben gegenüber der SPD/FDP-Regierung schon oft Ähnliches gesagt und erklärt, daß diese die Lage des westdeutschen Imperialismus zu rosig sehe. Und wenn die Pekinger "Volkszeitung" feststellt: "Die Welt ist in großer Unordnung", dann mögen für einen Moment die Reaktionäre und Konservativen den Eindruck haben, das sei ihnen aus dem Herzen gesprochen.

Aber dieser Eindruck hält nicht lange an. Denn auf "Die Welt ist im Augenblick in großer Unordnung" folgte im Leitartikel der "Volkszeitung" gleich die Schlußfolgerung: "Die Lage ist vorzüglich". Die "Frankfurter Allgemeine" findet das ganz und gar unglaublich: "Vorzügliche Unordnung kommt uns Westlern halt chinesisch vor."

Das ist freilich keine Frage von Westen oder Osten, sondern eine Frage von unten oder oben, ob einem das chinesisch vorkommt. Vorzüglich ist eine Lage großer Unordnung für diejenigen, die in der alten Ordnung die Ausgebeuteten und Unterdrückten sind: für die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker. Für sie ist es gut, wenn die herrschende Ordnung an Stabilität verliert und durch wachsende Rivalität der Imperialisten untereinander diese gegenseitig ihre Kräfte schwächen. Das schafft der Entwicklung der revolutionären Kräfte Raum und fördert die Weltrevolution. Die Außenpolitik der Volksrepublik China unterstützt diese Entwicklung nach Kräften. Sie behauptet nicht, die Widersprüche zwischen den Imperialisten und insbesondere zwischen den beiden Supermächten ließen sich ausgleichen, sondern legt dar, daß diese Widersprüche zum Zusammenprall führen werden. Sie nutzt die Widersprüche zwischen den Imperialisten aus, um sie aufeinanderzuhetzen. Und sie verschweigt das auch keineswegs. Dem Bundeskanzler wird es jedenfalls ganz schön in den Ohren geklingelt haben, als ihm der stellvertretende chinesische Miniterpräsident in aller Höflichkeit beim Festbankett gesagt hat: Eure Welt ist in großer Unruhe, besonders "Europa befindet sich in großer Unruhe und Aufruhr" – ist das nicht ausgezeichnet!

Teng Hsiao-ping hat die Völker Europas gewarnt vor einem neuen Weltkrieg und sie aufgefordert, dagegen Vorbereitungen zu treffen. An was für Vorbereitungen hat er dabei wohl gedacht? Über die Bundesregierung wird an getroffenen Vorbereitungen berichtet: Sie "hat Anstrengungen gemacht, um die westeuropäische Einigkeit voranzutreiben, und ist für eine 'Stärkung des eigenen Verteidigungswillens' eingetreten, um der Supermachtbedrohung zu begegnen. Gleichzeitig hat sie begonnen, verbesserten Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt mehr Beachtung zu schenken." "All dies", so die Pekinger "Volkszeitung", "ist im Interesse der Einigkeit der Völker Europas und der Welt gegen den Hegemonismus."

Zweierlei Vorbereitungen

Auch das ist ein Lob, worüber sich die Bundesregierung nicht recht freuen kann. Eintreten für westeuropäische Einigung und für Stärkung des eigenen Verteidigungswillens, das verschärft die Widersprüche zu den Supermächten, speziell zum Sozialimperialismus. Verschärft aber auch die Widersprüche zwischen den europäischen Mächten und verschärft den Widerspruch der herrschenden Ausbeuterklassen zu den eigenen Völkern. Das treibt die "vorzügliche Unruhe" in der Welt weiter voran. Indem die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie sich zu behaupten versucht, richtet sie sich zwangsläufig gegen den Hegemonismus der Supermächte und verstärkt gleichzeitig die Unruhe, die ihrer eigenen Herrschaft den Boden entzieht.

Wenn Teng Hsiao-ping die Völker auffordert, sich gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges vorzubereiten, dann meint er damit keineswegs, sie sollten die eigene Bourgeoisie bei deren Vorbereitungen unterstützen. Denn die Vorbereitungen der imperialistischen Bourgeoisie auf Krieg laufen allemal auf Errichtung eines Militärzuchthauses für die Arbeiter hinaus. Würden die Arbeiter ihre Herren bei der Errichtung einer solchen Ordnung unterstützen, statt die große Unordnung für ihre Befreiung auszunützen, dann wäre die Lage überhaupt nicht "vorzüglich".

Gerade weil die chinesischen Revolutionäre voller Zuversicht sind in die Kraft und den Willen der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker, Revolution zu machen und sich selbst zu befreien, gerade darum erklären sie die wachsende Unordnung in der Welt für vorzüglich. Mit ihrer Außenpolitik baut die in China herrschende Arbeiterklasse auf die Revolution und fördert sie zugleich. Nur Narren können auf die Idee kommen, die Ausgebeuteten und Unterdrückten müßten auf Aufruhr verzichten, weil die Diplomatie der Volksrepublik China die Imperialisten gegeneinander hetzt und die westdeutschen Imperialisten ermuntert, sich gegen die Supermächte zu behaupten und diesen Weltoberherren Paroli zu bieten. Die Vorbereitung der Völker gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ist der Kampf für die Revolution. – **(wm)**

Bundeshaushalt 1976, Regierungsprogramm in Zahlen

Entrechtung und Ausplünderung der Massen für die imperialistische Expansion

Die Bundesregierung hat ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 1976 sowie den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 1976 bis 1979 vorgelegt. Haushalt und Finanzplan sind das Herz des bürgerlichen Staates, muß er in ihnen doch offen Farbe bekennen über den Regierungskurs, der eingeschlagen werden soll.

‚Farbe bekannt hat die Regierung in ihrem Bundeshaushalt und die in verschiedenen Artikeln der KVZ vertretene Ansicht bestätigt, daß die SPD-Regierung verschärft den Kurs der Ausplünderung und Entrechtung der Massen einschlägt. Die mittelfristige Finanzplanung bis 1979 macht darüberhinaus deutlich, daß dieser Raubzug des Finanzkapitals und seiner Regierung gegen die Massen auf nach dem erhofften Ende der Krise fortgesetzt werden soll.

Unter Ausnutzung der wachsenden Staatsschuld hat das Finanzkapital der Bundesregierung in den letzten Monaten ein verschärftes Programm gegen die Volksmassen diktiert. Mit dem neuen Bundeshaushalt wird dieser Druck noch schwerer werden. An neuen Schulden will die Regierung 1976 38,6 Milliarden Mark machen, eine Milliarde mehr als in diesem Jahr. Und zur Rückzahlung alter Schulden muß sie sich noch weitere 19,6 Milliarden borgen, die sie wiederum nur bei den Banken bekommt. Rund 58 Milliarden Mark sind so an Schulden im Haushalt 1976 eingeplant, und mit wachsender Schuldenlast wächst die Macht des Finanzkapitals, die SPD-Regierung auf den Kurs ständig schärferer Angriffe gegen die Massen zu zwingen.

Die imperialistische Position wird gestärkt

Worin besteht der vom Finanzkapital diktierte Regierungskurs in der gegenwärtigen Krise? Zum einen in der Forderung, neue Absatzmärkte auf dem Weltmarkt müßten erschlossen und neue Kapitalanlagegebiete in der Welt müßten gewonnen werden, um den Zugriff auf die Reichtümer der Länder der Dritten Welt zu erhalten.

Und wie setzt das Finanzkapital die Regierung und ihren Haushalt für diese Forderungen ein? Dazu liest man im Bundeshaushaltsgesetz: Bis zu einem Gesamtbetrag von 72 Milliarden Mark wird das Finanzministerium ermächtigt, Bürgschaften, Garantien *"im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren"* zu übernehmen (Artikel 8). Das sind 12 Milliarden Mark mehr als im letzten Jahr oder 20 Prozent. Zu diesen 72 Milliarden Mark zur Sicherung des Warenexports kommen noch einmal 17 Milliarden Mark Bürgschaften hinzu und damit 3 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr, *"zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland"*.

Kurz, mit einem Gesamtbetrag von bis zu 89 Milliarden Mark können die Monopolkapitalisten, die hauptsächlich den Außenhandel beherrschen, sich am Staatshaushalt gütlich tun, wenn sie Waren, die sie ins Ausland exportiert haben, nicht bezahlt erhalten. Wenn ein Volk der Dritten Welt die Souveränität über seine eigenen Reichtümer geltend macht und die westdeutschen Kapitalisten enteignet. Gleichzeitig sind diese Bürgschaften ein Mittel, die Position der westdeutschen Imperialisten in der Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Ländern zu stärken, indem sie auch noch "risikoreichere" Geschäfte, die sie auf eigene Faust nicht durchziehen könnten, geschützt durch die staatlichen Garantien abwickeln.

Warum die Regierung 1976 so großzügig als Bürge für ausländische Schulden an die westdeutschen Imperialisten auftritt, hat sie folgendermaßen begründet: *"Vor allem dürften in 1976 auch einige besonders große Projekte, die im Interesse unserer Rohstoff- und Energieversorgung liegen, realisiert werden. Außerdem ist weiterhin ein hoher Auftragseingang aus den Ölländern und Staatshandelsländern zu erwarten."* (Begründung zu Artikel 8) Im Klartext heißt dies, daß dieser Haushalt verstärkt eingesetzt wird, um die Politik zur Erschließung neuer Märkte und Ausbeutungsgebiete vor allem im Bereich des Sozialimperialismus und der erdölfördernden Länder zu unterstützen.

Seine Rolle als führende Macht unter den westeuropäischen Ländern versucht das westdeutsche Finanzkapital seit längerem schon durch verstärkte Aufrüstungsbemühungen zu untermauern. Mehr und bessere Waffen, das ist hier der Ruf, und Bundeshaushalt und Finanzplan sind diesem Ruf gefolgt.

Im Militärhaushalt, der den größten Teil der Ausgaben für diesen Zweck enthält, sind für das nächste Jahr 31,5 Milliarden Mark eingeplant. Eine runde halbe Milliarde mehr als im letzten Jahr.

Tatsächlich schlagen sich die Aufrüstungsbemühungen aber vor allem in einer Umschichtung der Gelder innerhalb des Militärhaushaltes nieder. Dazu heißt es im Finanzplan, der den Kurs bis Ende der Siebziger bestimmen soll: *"Die verteidigungsinvestiven Ausgaben (Beschaffungen etc. . .) werden gegenüber 1975 erhöht."* Gekürzt werden die Abfindungen an Zeitsoldaten.

Drastische Erhöhung der Mittel für die Finanzierung des Raubzugs auf fremde Völker, das ist der erste Punkt im Haushaltsplan.

Aber auch für die Profitmacherei in Westdeutschland selbst haben die Finanzkapitalisten den neuen Bundeshaushalt einzusetzen gewußt. Dazu wird in § 11 des Haushaltsgesetzes festgelegt: *"Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 39,725 Milliarden Mark zu übernehmen. 1. Zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft"*, für die alleine 13 Milliarden vorgesehen sind. Weitere 5,1 Milliarden Mark sind für Bürgschaften zur *"Gesundung des Steinkohlebergbaus"* eingeplant.

Dieser Gesamtbetrag für Bürgschaften wurde gegenüber dem Vorjahr um 6 Milliarden erhöht und läuft darauf hinaus, daß die Staatskasse einspringen muß, wenn die Kapitalisten zur Bezahlung ihrer Schulden selbst nicht in der Lage sind.

Weiter: Ein Teil der Staatskasse wird den Kapitalisten direkt zur Verfügung gestellt.

Dazu gehören die Zinsen für die Staatsschuld, die zu rund 95 Prozent an das Finanzkapital gehen. 5,6 Milliarden Mark waren es dieses Jahr, und 8,2 Milliarden Mark werden es im nächsten Jahr sein. Diese Sorte von Zahlungen an das Finanzkapital steigt natürlich von Jahr zu Jahr, mit wachsender Staatsschuld. Die mittelfristige Finanzplanung legt dazu folgende Beträge fest: 11,1 Milliarden Mark im Jahr 1977, 13 und 14,5 Milliarden Mark im Jahr 1978 bzw. 1979.

Noch offener und direkter setzen die Kapitalisten aber die Staatskasse für ihre Profitmacherei ein mit dem Posten der *"laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Privatunternehmen"*.

Hier ist eingeplant, daß die Regierung den Kapitalisten nächstes Jahr 8,5 Milliarden Mark direkt als "Zuweisungen" schenkt, und bis 1978 soll dieser Betrag auf 9,8 Milliarden Mark steigen.

Nicht nur mit Krisenprogrammen wie in diesem und im vergangenen Jahr schiebt der Staat den Kapitalisten das Geld zu. Sondern das ist eine Dauereinrichtung im Staatshaushalt. Dauerhafte staatliche Profitgarantie für die Kapitalisten, das ist der zweite Punkt.

Für diesen Kurs sollen die Massen auch noch zahlen

Um den Raubzug auf fremde Völker und die Garantie der Kapitalprofite bezahlen zu können, muß die Regierung sich Geld besorgen. Dazu stehen ihr zwei Mittel zur Verfügung, die Steuer und die Staatsschuld.

Was die Steuern betrifft, so wollen SPD und FDP diesen Regierungskurs finanzieren, indem die Steuerschraube gegenüber den Massen immer angezogen wird. Ermessen kann man daran, was von den sozialdemokratischen Phrasen zu halten ist, die Erobung neuer Absatzgebiete in der Weltmarkt nütze den Lohnabhängigen in Westdeutschland. Grad andersherum! Mit immer neuen Lasten, einem immer drückenderen Staatshaushalt und Angriffen auf ihre Rechte müssen sie es bezahlen.

Am meisten verspricht sich die Regierung dabei, indem sie durch indirekte Steuern das Geld den Volksmassen aus den Taschen zieht. Dazu gehört die Erhöhung der Mehrwert-, Tabak- und Branntweinsteuer ab 1977. Im Finanzplan versichert die Regierung ihren Auftraggebern: *"Eine Erhöhung der Umsatzsteuer trifft die Besteuerung des Verbrauchs, führt also nicht zu zusätzlichen steuerlichen Belastungen im Unternehmensbereich und zu Einengungen des Investitionsspielraums. Sie berührt nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft."*



Die Ausplünderung durch Tariferhöhungen wird nicht hingenommen. Demonstration gegen Fahrpreiserhöhung in Dortmund. Bericht S. 8

Durch zusätzliche Ausplünderung der Volksmassen per Steuer gedenkt die Regierung 1977 an die 8,2 Milliarden Mark und bis 1979 an die 11 Milliarden zusätzlich pro Jahr in den Staatshaushalt zu bekommen. Auch über die Lohnsteuer sollen die Lohnabhängigen für diesen Regierungskurs bluten. Folgende Rechnung hat die Regierung in Bundeshaushalt und Finanzplan aufgestellt.

1976 betragen nach dem Haushaltsplan ihre Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer rund 46,6 Milliarden Mark. 1979 sollen es dann 70,9 Milliarden sein. Gleichzeitig geht die SPD-Regierung davon aus, daß in dieser Zeit eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 2,5 bis 3 Prozent herrscht und daß die Zahl der Lohnabhängigen und der geleisteten Arbeitszeit nicht zu- sondern im Gegenteil geringfügig abnimmt. Woher anders soll also diese Steigerung der Einnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer um rund 53 Prozent bis 1979 kommen als hauptsächlich indem der Staat sich immer größere Teile vom Lohn nimmt?

Die Regierung setzt darauf, daß infolge von Preissteigerungen und Lohnerhöhungen immer mehr Lohnabhängige in höhere Steuersätze hineingeraten und bei sinkendem Reallohn immer höhere Lohnsteuer bezahlen.

Ein Regierungskurs der wachsenden Ausplünderung und Entrechtung

Der vom Finanzkapital durchgesetzte Regierungskurs bedeutet für die Massen nicht nur wachsende Steuerlast, sondern in Haushalt und Finanzplan wird der Raubzug gegen die Lebensbedingungen und Rechte der Massen umfassend festgelegt. Die Regierung soll vorangehen, ist hier die Forderung des Finanzkapitals. Dazu gehören im einzelnen:

– Eingespart werden soll an Lohn und Stellen im öffentlichen Dienst. Dazu legt § 17 des Bundeshaushaltsgesetzes 1976 fest, daß *"1 000 Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte einzusparen"* sind. Bekannt ist, daß die Zahl der Oberregierungsräte und sonstigen Staatskontrolleure wächst, und es kann sich diese Maßnahmen in einer Verschärfung der Arbeitshetze der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst niederschlagen. Das ist die Regierungspolitik und im Haushaltsgesetz festgelegte Politik der Lohndrückerei. Auswirken werden sich diese Maßnahmen so, daß auch die Kapitalisten diese gesetzlich festgelegte Lohndrückerei und Arbeitshetze zum Anlaß verschärfter Ausbeutung der bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten nehmen werden.

– In die gleiche Sparte der staatlich verordneten Verschärfung der Ausbeutung gehört, daß die staatlichen Mittel für die Arbeitslosenhilfe gekürzt werden. 8,53 Milliarden waren es in diesem Jahr, 6,83 Milliarden bleiben davon im nächsten Jahr übrig. Eingespart werden soll vor allem an den Fachhochschülern und Hochschülern, die künftig nach Beendigung des Studiums keine Arbeitslosenhilfe mehr erhalten. Auch diese Maßnahme bewirkt die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und ermöglicht den Kapitalisten weitere Lohndrückerei. Erreicht wird mit ihr weiterhin, daß Kinder armer Eltern ihr Studium abbrechen oder erst gar nicht beginnen, wenn sie damit rechnen müssen, keine Stelle zu finden und auch keine Arbeitslosenhilfe zu erhalten.

– Dazu gehört weiterhin, daß die Gelder der Arbeitslosenkasse gekürzt werden sollen. Die Ausgaben für "Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz" betrugen dieses Jahr 8,83 Milliarden Mark. Sie werden 1976 auf 6,6 Milliarden Mark gekürzt und sollen 1977 nur noch 0,84 Milliarden und 1979 0,63 Milliarden betragen. Geht man, wie die Regierung annimmt, davon aus, daß auch in dieser Zeit rund 3 Prozent stets arbeitslos sind, so kann man ermessen, wie sich diese Maßnahme auswirkt. Sie wird zu ständigen Erhöhungen der Arbeitslosenversicherungsbeiträge führen über die bereits jetzt beschlossenen 3 Prozent. Verstärkt werden soll damit der Druck auf die Arbeitslosenkasse, die Zahlung des Arbeitslosengeldes immer mehr an die Bedingung zu binden, jede Arbeit anzunehmen zu jedem Lohn.

– Ganz besonders will es die Regierung mit der Ausbildung der Jugend treiben. Die Gelder für die Ausbildungsförderung und den Hochschulausbau werden gekürzt, und der Finanzplan sieht die Fortführung dieser Maßnahmen bis 1979 vor. So wirkt sich dieser Regierungskurs des Finanzkapitals dahingehend aus, daß nurmehr eine schmale Schicht der Jugend eine Ausbildung an Oberschulen und Hochschulen erhält, während die Masse der Jugend an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert wird. Ganz besonders deutlich wird dies, betrachtet man einen Landeshaushaltsplan, der für die Finanzierung des Volksbildungswesens zuständig ist. So sieht der von der CSU-Fraktion in Bayern beschlossene Kultusetat vor, daß die Lernmittelfreiheit gestrichen, die Fahrkostenerstattung zurückgenommen und jede dritte freiwerdende Lehrerstelle eingespart wird.

– Betrieben wird durch diesen Regierungskurs auch die Vernichtung der mittleren und kleinen Bauern. Eingespart werden sollen in der Landwirtschaft 1976 rund 269 Millionen Mark, und für das Jahr 1979 soll der Betrag auf 1,1 Milliarden ansteigen. Gestrichen und eingestellt werden sollen Förderungsmaßnahmen, was den Konkurs kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe beschleunigen wird.

– Gestrichen werden soll an den Ausgaben für Gesundheit und den Umweltschutz, die von 1,5 auf 1,4 Milliarden 1976 gekürzt werden sollen.

– Gekürzt werden sollen weiterhin die Wohnungsprämien und -beihilfen, was auf nichts anderes hinauslaufen wird, als daß immer größere Teile der Lohnabhängigen gezwungen sind, in menschenunwürdigen Behausungen zu leben, wo sie nicht für horrende Mieten aufkommen können, und daß sich die Zahl der Obdachlosen vergrößern wird.

– Geplündert werden sollen die Sparkonten der Volksmassen, damit die Kapitalisten ihre Waren leichter losschlagen können. Dies geschieht über die Kürzung der Sparförderung, die im Finanzplan folgendermaßen begründet wird: *"Die Sparförderung durch staatliche Prämien ist angesichts des hohen Sparwillens und der gestiegenen Sparfähigkeit im Laufe der Zeit problematisch geworden."*

– Eingeplant ist ferner, daß durch ständige Preissteigerungen die Monopole den Volksmassen das Geld aus der Tasche ziehen. So geht die Regierung in der mittelfristigen Finanzplanung von jährlichen Preissteigerungen von 5 Prozent bis 1979 aus. Offensichtlich soll die Ausplünderung der Volksmassen durch Preissteigerungen zum gesetzlich geschützten Recht der Monopole werden.

Eine Politik, die nur mit dem Knüppel durchgesetzt werden kann

Es liegt bei diesem in Bundeshaushalt und Finanzplan niedergelegten Regierungskurs der SPD-Regierung auf der Hand, daß er den Widerstand der Massen hervorruft. Das ist einkalkuliert. Der Polizeiknüppel wird wichtiger, und der Justizapparat wird ausgebaut. In der Finanzplanung ist dafür Vorsorge getroffen.

So heißt es bezüglich der Einsparungen der Planstellen im öffentlichen Dienst im Bundeshaushaltsgesetz: Diese Vorschriften *"gelten nicht für die Organe der Rechtsprechung und der Inneren Sicherheit . . ."*, wie auch nicht für die Bundeswehr.

Auch im Finanzplan 1976 bis 1979 hat die Regierung Maßnahmen getroffen, mit denen sie dem Widerstand der Massen begegnen will. Sie schreibt im Finanzplan: *"Die Bundesregierung mißt weiterhin dem Bereich der Inneren Sicherheit besondere Bedeutung bei. Auch für die kommenden Jahre sind Ausgaben von jährlich mehr als einer Milliarde DM vorgesehen, um die personelle und materielle Ausstattung der Sicherheitsorgane zur Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus zu verbessern."*

Ausdehnung des imperialistischen Raubzugs in fremde Länder und Verschärfung des Raubzugs gegen das eigene Volk: Das steht in den nüchternen Zahlen, die im Bundeshaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind.

Die bürgerlichen Politiker und ihre Presse werden mit viel Getöne versuchen, diesen Kern des Finanzhaushalts zu verbergen. Aber die Pläne der Regierung liegen hier auf dem Tisch. Es handelt sich um keine Vermutungen und Spekulationen mehr. Der Inhalt steht unzweifelhaft fest.

Daß sie diese Pläne durchsetzen kann, steht aber keineswegs fest. Im öffentlichen Dienst, in Betrieben und Gewerkschaften, unter Studenten und Schülern wächst der Widerstand. Zumeist ist er noch zersplittert, richtet sich gegen einzelne Maßnahmen. Aber wo der Kampf aufgenommen wird, findet er rasch Solidarität. – **(er)**

Wyhl: Die Landesregierung ist zufrieden

Bürgerinitiativen haben Räumung des Bauplatzes beschlossen

Wie in der letzten Kommunistischen Volkszeitung berichtet, wurde zwischen der kleinen Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen und dem CDU-Fraktionsführer Späth ein Vorschlag ausgearbeitet, der das Verlassen des Bauplatzes in Wyhl zum Inhalt hat, um Verhandlungen mit der Landesregierung zu ermöglichen. Am letzten Mittwoch haben die Bürgerinitiativen mehrheitlich beschlossen, den Bauplatz in Wyhl zu räumen, um Verhandlungen mit der Landesregierung zu ermöglichen. "Mit Erleichterung", schreibt die "Badische Zeitung", habe am Donnerstag die baden-württembergische Regierung die Entscheidung zur Kenntnis genommen. "Allerorten herrscht Aufatmen", meint dieses Blatt. Die herrschende Klasse sieht Lichtstreifen am Horizont, sich jetzt überall, wo Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken geleistet wird, durchzusetzen.

Große Unruhe bei den Kaiserstühlern

Am Donnerstag nach der Entscheidung der Bürgerinitiativen warnte die Bundesregierung vor unüberschaubaren energiepolitischen Konsequenzen der Verwaltungsgerichtsverfahren gegen Kernkraftwerksprojekte, schon wegen der langen Bauzeiten und der Dauer gerichtlicher Verfahren könne es zu unübersehbaren Folgen kommen, wenn jedem Kernkraftwerksprojekt ein Gerichtsverfahren und die rechtskräftige Entscheidung aller strittigen Fragen abgewartet werden muß. Also noch schneller soll es in Zukunft gehen, nicht ein paar Jahre. Natürlich atmen die herrschende Klasse und in ihrem Troß die bürgerlichen Politiker, die Landessynoden der Kirche, die Zeitungsschreiber auf, wenn sie ein Stück vorwärts gekommen sind bei der Durchsetzung des Ziels, den Willen der Kaiserstühler Bevölkerung zu zertreten und das Kernkraftwerk zu bauen. CDU-Fraktionsführer Späth, heißt es, bedankte sich bei dem Weisweiler Pfarrer Richter in einem Brief. Natürlich freut sich die Landesregierung, daß die bürgerlichen Führer der Initiativen wieder stramm an ihrer Seite stehen. So schreibt das Zentralorgan der Landesregierung, die "Stuttgarter Nachrichten": "Die führenden Köpfe der Widerständler gegen den Atommeiler sind ordentliche Bürger in guten Positionen (Pfarrer, Apotheker, Müllermeister). Sie fühlen sich in der Rolle des Rechtsbrechers nicht eben wohl. Sie möchten in einem gewissen Einklang mit 'ihrem' Staat stehen." Ganz einfach war es für die Herren nicht, zu vertuschen, daß sie mit der Landesregierung auf derselben Linie liegen. So berichten die "Stuttgarter Nachrichten" über die Versammlung der Bürgerinitiativen am Mittwoch: "Die kleine Verhandlungskommission zeigte allerdings jetzt schnell, daß sie ihren Erfolg notfalls auch ein bißchen an den Regeln der Demokratie vorbei an diesem Abend durchzupeitschen bereit war. Der Diskussionleiter Heinz Siefritz ignorierte Geschäftsordnungsanträge, schloß um 21.30 rigoros die Rednerliste und ein paar Minuten später wurde dann auch noch die Redezeit auf 2 Minuten beschränkt. Das geschah alles, ohne erst lange die Zustimmung der Beteiligten zu erbitten. 'Ihr könnt mich jetzt steinigen, aber ich werde diesen Antrag ignorieren', sagte Siefritz am Schluß, als die Verschiebung der Abstimmung verlangt wurde. Da allerdings brach ein ungeheurer Tumult aus, aber abgestimmt wurde dann schließlich doch." (Stuttgarter Zeitung) Das ist richtig, daß es Tumulte gab. Denn durchzusetzen, daß die Kaiserstühler Bevölkerung die Frage des Kernkraftwerks Wyhl aus ihren Händen in die Hände von ein paar Freiburger Richtern gibt, das muß Tumult geben, das kann nicht durchgesetzt werden, ohne daß die Regeln der Demokratie verletzt werden. Ein Vertreter der kleinen Verhandlungskommission lehnte das Ergebnis ab, ein anderer erklärte, daß er ab jetzt jeden Schritt der Verhandlungen öffentlich machen werde.

Der Beschluß der Bürgerinitiativen hat am Kaiserstuhl große Unruhe ausgelöst. Am Sonntag waren den ganzen Tag über 1 000 Menschen auf dem Platz, um über die jetzige Lage zu diskutieren. Die Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich auf dem Platz sehen ließen, waren im Nu von Menschentrauben umringt. "Man denkt gerade, ihr bekommt wieder Vertrauen zu Filbinger und den Stuttgarter Banausen. Die sind doch weiter gegen uns, denen darf man nicht einen Finger hinstrecken", meinte einer. Am Abend kam es zu einer großen Diskussion auf dem Bauplatz. Die Befürworter des Beschlusses erklärten, man könne sich die Sympathien im Land nicht verscherzen durch Sturheit. Man könne jetzt vor den Wahlen durchsetzen, daß sich die Landesregierung festlegen muß auf das Hauptverfahren. Göppert erklärte das am Mittwochabend noch deutlicher. "Jeder müsse nun bekennen, ob er ins Hauptverfahren gehen wolle oder nicht. Und in dieses Verfahren zu gehen heiße, sich diesem Verfahren zu unterwerfen." (Badische Zeitung)



Wyhl: Der besetzte Platz, das Faustpfand in der Hand des Volkes, soll nach dem Beschluß der Bürgerinitiativen geräumt werden. Das Bild zeigt Besetzer am Feuer im Freundschaftshaus.

Dieses Vorgehen legt die Entscheidung in die Hände einiger Richter und liefert die Kaiserstühler Bevölkerung aus. Die Vertreterin aus Ober-Rottweil erklärte, daß sie das undemokratische Vorgehen nicht hinnehmen werden, daß man das Vorgehen der kleinen Verhandlungskommission bisher nur von Filbinger kenne und daß das bei uns nicht geduldet werden kann. Der Sprecher des KBW erklärte, daß die Entschlossenheit der Bevölkerung, das Kernkraftwerk zu verhindern, der Grund ist, daß der Kampf sich so stark entwickelt hat und es gelungen ist, so breite Unterstützung im Land zu bekommen. Richtig war es, den Bauplatz zu besetzen, um den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Auf unserer Sturheit, das Kernkraftwerk nicht zu bauen, liegt unser Erfolg. Das, was wir uns erkämpft haben, soll jetzt aufgegeben werden, und nicht wir sollen zu entscheiden haben, ob gebaut wird oder nicht, sondern einige Richter sollen jetzt entscheiden. Das ist falsch. Nicht die Forderung, das Hauptverfahren zu akzeptieren, hat uns zusammengeschweißt, sondern unser Wille, hier kein Kernkraftwerk zu dulden und dies auch durchzusetzen. Für diesen Beitrag gab es viel Beifall.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses ist keine Einheit möglich

Einige Kaiserstühler meinten, daß der Beschluß zwar nichts tauge, aber jetzt Einheit notwendig ist und alle am selben Strang ziehen müssen. Dieser Strang kann aber nur sein: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, das ist der Wille des Volkes. Dieser Strang kann nicht sein, die Entscheidung aus der Hand des Volkes zu nehmen, um sie an ein Gericht zu geben. Denn Aufgabe des Gerichts ist es, das Eigentum an Produktionsmitteln zu schützen, und das ist das Recht der Kernkraftwerk Süd GmbH, auf ihrem Grund ein Kernkraftwerk zu bauen. Deshalb ist die Einheit auf der Grundlage des Beschlusses der Bürgerinitiativen nicht möglich.

Die Lage ist so, daß der Beschluß nicht hingenommen wird. Die "Badische Zeitung" warnt auch die Landesregierung vor übertriebenem Optimismus. Auf der einen Seite stehe die Landesregierung, auf der anderen Seite die Kaiserstühler Bauern, und dazwischen die "besonnenen" Teile der Bürgerinitiativen, schreibt der Kommentator.

Der Unmut am Kaiserstuhl über diesen Beschluß muß eine Richtung bekommen. Diese Richtung wird sein, den Schlag der Landesregierung nicht zu schlucken, sondern daran zu arbeiten, die Einheit herzustellen auf der Grundlage: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, das ist unser Wille. Daran muß energisch gearbeitet werden, um die Verhandlungen der Landesregierung zu konfrontieren mit dem Willen des Volkes und klarzumachen: Ihr kommt nicht durch. – (r., Emmendingen)

Jusos fordern starke Besteuerung der Reichen

Ein halbherziger Vorschlag

Die Jungsozialisten haben die Forderung erhoben, durch Erhöhung der Steuern für die Reichen eine Einkommenshöchstgrenze von 5 000 DM netto im Monat durchzusetzen. Die Jusos haben damit einen empfindlichen Punkt getroffen. Das "Handelsblatt" giftet: "Selbst Marx und Lenin waren nicht so radikal." Da irrt das "Handelsblatt": Die waren noch radikaler. Die nannten nicht nur als eine der ersten Maßregeln der herrschenden Arbeiterklasse "starke Progressivsteuer", sondern wollten das Privateigentum an den Produktionsmitteln ganz beseitigen. Und in bezug auf die Steuer gingen Marx und Lenin so weit, die völlige Beseitigung aller indirekten Steuern zu fordern, also der Steuern auf Gebrauchsgüter, zumeist auf Güter des Massenkonsums. Und die Bestreitung der Staatsausgaben ganz aus der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Die Jusos vermeiden es, auf diesen Punkt einzugehen. Und das ist auffällig. Denn aktuell steht ja gerade an, daß die Bundesregierung beschlossen hat, ab 1. Januar 1977 die Mehrwert-, die Tabak- und die Branntweinsteuer zu erhöhen. Alles das sind indirekte Steuern und sie werden fast ausschließlich von den breiten Volksmassen aufgebracht. Es steht also eine Erhöhung der Steuerlasten für die breiten Volksmassen um 8,2 Milliarden DM bevor. Der Vorstoß der Jungsozialisten hat stark den Beigeschmack eines propagandistischen Entlastungsangriffs für die Regierung auf dem linken Flügel. Nach dem Motto: Nicht nur die Armen, auch die Reichen sollen Opfer bringen. Dabei ist das Opfer der Armen schon durch die Regierung beschlossene Sache, die zusätzliche Besteuerung der Reichen nur ein Juso-Vorschlag.

Eine Kampfperspektive eröffnet der Juso-Vorschlag für die Volksmassen nur dann, wenn die Forderung nach starker Progressivsteuer gegen die Reichen verbunden wird mit der Ablehnung der Steuererhöhungen, welche die Regierung dem Volk auflasten will. Wofür sollen die werktätigen Massen Opfer bringen? Ihr ganzes Leben ist ein einziges Opfer zugunsten des Wohllebens der Reichen.

Die Propagandisten des Kapitals sind sehr besorgt, daß dieser Zusammenhang durch den Juso-Vorschlag ins Gespräch kommt. Das "Handelsblatt" bemüht sogar Karl Marx, um zu beweisen, daß der Juso-Vorschlag einer starken Progressivsteuer "schlichte Idiotie" sei. Wenn "kein Bundeskanzler, kein Libero, kein Manager, kein Erfinder, kein Chirurg" mehr als 5 000 Mark verdienen dürfte, würden all diese Leute zu arbeiten aufhören und sich auf die faule Haut legen: "Wer würde noch 25 Tage im Monat arbeiten, wenn er sein Einkommenslimit bereits nach fünf Arbeitstagen erreicht hat. Nur im Arbeitslager könnte er gezwungen werden, darüberhinaus noch Mehrwert für die Gesellschaft zu produzieren und sich vom Kollektiv ausbeuten zu lassen."

Es ist zum Lachen: Die Parasiten der Gesellschaft führen sich als die Produzenten des Mehrwerts auf und behaupten, sie würden erst dann nach Leistung bezahlt, wenn sie mindestens 25 000 Mark im Monat bekommen. Für bloß 5 000 Mark im Monat blieben wir für fünf Sechstel des Monats ohne Regierung, ohne Fußball, ohne Chef im Betrieb, ohne Wissenschaft und ohne Chirurgie. Und wenn für bloß 5 000 Mark im Monat regiert, Fußball gespielt, von den Arbeitern geschaffener Mehrwert eingestrichen, geforscht und operiert werden müsse, dann sei das "Ausbeutung durch das Kollektiv".

Man kann nur hoffen, daß die Propagandisten des Kapitals häufiger Gelegenheit bekommen, sich zu diesem Thema zu äußern: Wenn die Bourgeoisie und ihre Spitzenfunktionäre beginnen müssen, ihre Einkünfte zu rechtfertigen, werden sie sich nicht viele Freunde im Volk schaffen. – (wm)

Spitzeleinkäufer ertappt

Die Bekämpfung von Gegnern des bürgerlichen Staates müsse "mehr als bisher" durch "Eindringen der Verfassungsschutzbehörden" in ihre Organisationen betrieben werden, hat die FDP auf ihrem jüngsten Parteitag gefordert. Eindringen heißt für den bürgerlichen Staat Einkaufen. Freiwillig stellt sich ihm niemand zu Diensten. In den meisten Fällen wird eine persönliche Notlage ausgenutzt (Schulden). Die Banken geben den Staatsorganen willig Auskunft. Bei den Revolutionären ist das anders: Sie erweitern ihre Reihen auch in den Einrichtungen des Feindes und es bedarf dazu keiner Bezahlung.

Bremen. Anfang September kam ein Mann zu mir. Er sei Ermittlungsbeamter des Innenministeriums, es gehe um die Nicht-Anmeldung beim Kreiswehrersatzamt. Ich sagte, daß ich in Bremen bleiben wolle, worauf er versprach, das zu regeln. Mit Blick auf meine Wohnung fing er dann eine Diskussion an, die sich um die Vor- und Nachteile in dieser Gesellschaft drehte.

Einige Zeit später besuchte ich meine Eltern im Ruhrgebiet. Da tauchte der Mann wieder auf. Er lud mich in eine Kneipe ein, weil er in Gegenwart meiner Mutter nicht reden wolle. Ich fragte ihn, was er denn wolle. Schließlich rückte er damit raus: "Ich gehöre einer Gruppe an, die sich mit der Entwicklung der verschiedenen Parteien und der Sicherheit unseres Staates beschäftigt." Ob er mich als Agenten anwerben wolle, fragte ich ihn. Ja, das wolle er. Ich tat unschlüssig. Er gab mir eine Woche Bedenkzeit. Ich solle das Gespräch geheimhalten.

In Bremen informierte ich sofort die Genossen. Er kam dann zum festgesetzten Termin, so daß er beobachtet werden konnte. Ob ich jemanden informiert hätte? Ich verneinte. "Das ist gut so, denn ich habe mich abgesichert, ich bin nicht allein hier"; er gab jemandem ein Zeichen. Er erklärte mir auch, was geschehen würde, wenn ihn hier zwanzig Genossen erwartet hätten. Dann machte er sein Angebot. Ich hätte etwa 3 000 DM Schulden, die würden gelöscht, ansonsten würde ich nach Leistung bezahlt, für Flugblätter weniger, für Namen usw. mehr. Er wolle mich nicht im KBW, sondern in einer anderen Gruppe einsetzen und dort für meinen raschen Aufstieg sorgen. Weitere Informationen erst, wenn ich zugesagt hätte. Als ich nun ablehnte, wollte er unbedingt eine Begründung. Als klassenbewußter Arbeiter würde ich mich nicht dafür kaufen lassen, die Interessen der Arbeiter zu verraten, sagte ich ihm. Er versuchte es noch damit, daß in Bremen sowieso bald alles unterwandert sei. Im übrigen solle ich die Sache geheimhalten, sonst würden die Genossen denken, ich habe vielleicht doch zugesagt.

Wie sich herausstellte, hatte er sich auch in meiner Firma nach mir erkundigt und er wußte auch sonst über meine Vergangenheit gut Bescheid. – (r., Bremen)

Delmenhorst. Mit einer Schlappe für den bürgerlichen Staat endete der Prozeß gegen zwei Genossen, denen "vorgeworfen" wurde, als Redakteure der Ortsbeilage Delmenhorst der KVZ ein Foto des Verfassungsschutz-Spitzels G. Fleischer gegen seinen Willen veröffentlicht zu haben.

Fleischer war vor Monaten bei dem Versuch ertappt worden, einen Studenten gegen gute Bezahlung in die Ortsgruppe Delmenhorst des KBW zu schleusen mit dem Ziel, daß dieser dort als Spitzel für den Verfassungsschutz arbeitet.

Um solche schmutzigen Geschäfte des Staatsapparates im Verborgenen zu halten und die Bespitzelung von Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes ungestört betreiben zu können, wurde dieser Prozeß angestrengt. Die Staatsanwaltschaft stützte sich in ihrer Anklage auf Ermittlungen der politischen Polizei Delmenhorst. Aus von ihr vorgelegten angeblich internen Papieren des KBW sollte der Beweis erbracht werden, daß die beiden Angeklagten für die Veröffentlichung verantwortlich sind.

Am ersten Verhandlungstag hatten die Angeklagten ausgeführt, daß nicht sie, sondern dieser Staat angeklagt werden muß, der das Volk durch geschmierte Agenten bespitzelt.

Am zweiten Verhandlungstag wollte die Staatsanwaltschaft mit den Chefspitzeln der politischen Polizei, Schmedes und Jahnke, als Zeugen aufwarten. Doch es erschien weder der eine noch der andere. Einer sei krank, erklärte der Richter, der andere sei versetzt worden und es könne nicht überprüft werden, ob eine ordnungsgemäße Ladung erfolgt sei.

So einfach macht es sich das Gericht, wenn es um Polizeibeamte geht. Richter Ewert vertagte im Beisein von etwa 30 interessierten Zuhörern den Prozeß erneut. Dann, als alle weg waren, machte der Staatsanwalt den Verteidigern das Angebot, die Verhandlung einzustellen. Die Kosten übernimmt die Staatskasse, und alle weiteren Prozesse in dieser Sache werden eingestellt; das machten die Verteidiger zur Bedingung. Schließlich willigten Staatsanwalt und Richter ein.

In diesem Ausgang des Verfahrens, das stark riecht nach Absprache zwischen Polizei und Gericht, kommt die ganze Feigheit dieser bezahlten Agenten des Staates zum Ausdruck, wenn es darum geht, vor der Öffentlichkeit ihre "Ermittlungen" darzulegen.

So endete dieser Prozeß mit einer kläglichen Niederlage des bürgerlichen Staates bei dem Versuch, einen Schlag gegen die kommunistische Presse zu führen, um die eigenen widerwärtigen Methoden im Verborgenen zu halten. Das ist dem Staatsapparat nicht gelungen und wird auch weiterhin nicht gelingen. – (wb)

Streiks in der Textilindustrie

Gegen untertarifliche Bezahlung

Albstadt/Tailfingen. Die Textilarbeiter der Kern KG in Tailfingen und Balingen haben sich durch einen Warnstreik erfolgreich die Bezahlung nach Tarifverträgen erkämpft.

Die Kapitalisten der Kern KG hatten sich in Zeiten der Hochkonjunktur meist an die tarifliche Bezahlung gehalten, doch seit etwa einem Jahr waren sie nicht mehr bereit, sich voll an den Tariferhöhungen zu beteiligen. So wurde die Lohnerhöhung vom 1. Mai nur begrenzt ausbezahlt; zudem weigerte sich die Kern KG, die vermögenswirksamen Leistungen von 26 auf 39 DM pro Monat zu erhöhen. Akkordlöhne zwischen 5 und 6 DM sind keine Seltenheit. Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Kern-Kapitalisten, die seit Frühjahr im Gange waren, wurden vor zwei Wochen von der Kern KG telefonisch für gescheitert erklärt. Daraufhin beschloß die Belegschaft in einer Versammlung einstimmig den Warnstreik.

Die Firmenleitung drohte, das Weihnachtsgeld zu streichen und jeden einzelnen regreßpflichtig zu machen, falls es zum Streik käme. Die Kollegen ließen sich jedoch nicht einschüchtern, und im Hauptwerk in Tailfingen und dessen Zweigstelle in Balingen wurde für 90 Minuten bzw. eine Stunde die Arbeit niedergelegt.

Daraufhin machten die Kern-Kapitalisten den Vorschlag, nach Tarif zu bezahlen, jedoch nur »mit dem Betriebsrat, nicht aber mit der Gewerkschaft zu verhandeln.

Dieser Vorschlag wurde von den Kollegen jedoch abgelehnt. Die Versammlung sprach sich einstimmig dafür aus, nur einen Tarifvertrag, der zwischen Kapitalisten und Gewerkschaft abgeschlossen wird, anzunehmen.

Doch schon Stunden nach dem Warnstreik erklärten sich die Kern-Kapitalisten bereit, der Fachvereinigung Wirkerei-Strickerei Albstadt beizutreten, womit auch die Kern KG der Tarifpflicht unterliegt. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft Textil/Bekleidung mitteilte, sollen nun in Tailfingen einige Firmen folgen, in denen ähnliche Verhältnisse herrschen wie in der Kern KG. – (a., Tailfingen)

Streik für die Tarifleistungen

Wiesbaden. Seit Mittwoch, 29.10., steht die Belegschaft der Strumpffabrik ELES in Gleidenstadt im Streik. Mit 98 von 100 abgegebenen Stimmen wurde der Streik für die Durchsetzung der gültigen Tarife im Textilgewerbe beschlossen. Vorenthalten werden 7 Tage mehr Urlaub, monatlich vermögenswirksame Leistungen und das Weihnachtsgeld. Alle zwei Tage findet eine Streikversammlung statt. Die Streikposten stehen in Schichten bis zu 14 Stunden vor den Toren. Die Gewerkschaft unterstützt den Streik und zahlt Streikgelder. Ein Streikkomitee wurde vom Betriebsrat und der Gewerkschaft gegründet.



Akkordlöhne von 5 bis 6 DM sind in der Textilindustrie keine Seltenheit. Mit untertariflicher Bezahlung drängen die Textilkapitalisten die Arbeiter an den Rand der Existenz. Mit Streiks verlangen die Belegschaften die tarifliche Bezahlung.

DGB-Demonstration in Dortmund, 8.11.

Unter den Forderungen der Arbeiterklasse demonstrieren!

Stellungnahme der Jugendvertretung der Technischen Hochschule Darmstadt zur Demonstration des DGB in Dortmund am 8. November

Darmstadt. Die Demonstration des DGB soll ohne vorherige Diskussion in Betrieben und Gewerkschaftsgruppen unter den Forderungen nach Mitbestimmung durchgeführt werden. Die Jugendvertretung der Technischen Hochschule ruft auf, unter folgenden Forderungen auf die Demonstration zu fahren: Weiterbeschäftigung aller Lehrlinge nach der Ausbildung! Sofortige Aufhebung der Stellenbesetzungssperre im öffentlichen Dienst!

Wir halten es nicht für richtig, in Dortmund für Mitbestimmung zu demonstrieren, denn damit wird sich weder eine Verbesserung der Berufsausbildung noch eine verbesserte Situation der Arbeitslosen durchsetzen lassen. Notwendig ist es z.B., konkret gegen die Stellenbesetzungssperren zu demonstrieren, wie ihre Folgen an der Technischen Hochschule Darmstadt deutlich zeigen. Die 23 Lehrlinge, die jetzt rausgeschmissen werden, werden arbeitslos auf der Straße sitzen, und die Arbeitshetze für die Kollegen im öffentlichen Dienst verschärft sich gleichzeitig immer mehr. Deshalb werden wir auch mit den obigen Forderungen nach Dortmund fahren, denn die Durchsetzung dieser Forderungen bedeutet, daß die Kollegen an der Technischen Hochschule nicht arbeitslos auf der Straße sitzen werden und daß die Mehrarbeit nicht auf Kosten der verbliebenen Kollegen geht. Mit der Mitbestimmungsparole kann dies nicht erreicht werden, denn was soll mitbestimmt werden? Soll mitbestimmt werden, wie schlecht die Ausbildung der Lehrlinge ist?

Mitbestimmungsparolen abgelehnt

Mannheim. Am 2.11. führte das Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim eine Veranstaltung mit zeitweise 100 Teilnehmern zur Vorbereitung der Dortmunder DGB-Demonstration durch. Dort wurde eine Resolution verabschiedet. In ihr heißt es unter anderem: In der Situation der kapitalistischen Krise "haben gerade die Arbeiterjugendlichen begonnen, für die Durchsetzung ihrer Interessen den Kampf aufzunehmen.

Die arbeitslosen Jugendlichen treten dafür ein, als Arbeitslose anerkannt zu werden und ausreichend Geld zu bekommen. Der Facharbeiterabschluß an der Berufsschule muß für jeden möglich sein . . .

Die Forderung nach Mitbestimmung ist nicht in der Lage, Arbeitsplätze zu sichern, weil nach wie vor das Profitinteresse und die Konkurrenzbedingungen die Richtschnur bleiben für die Entscheidungen und die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden. (. . .)

Die Jugendlichen können ihre Lage nicht **mit** den Kapitalisten gemeinsam, sondern nur **gegen** sie durchsetzen.

Die Anwesenden rufen deshalb dazu auf, an der Kundgebung unter folgenden Forderungen teilzunehmen:

- Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit erhalten, als Arbeitslose. Arbeitslosengeld in Höhe von 60 % des Facharbeiterlohnes.
- 2 Berufsschultage in der Woche
- Möglichkeit zum Facharbeiterabschluß für arbeitslose Jugendliche an der Berufsschule.
- Übernahme aller Lehrlinge nach der Ausbildung.

Wir fordern die anwesenden Mitglieder des DGB-Kreisjugendausschusses auf, sich für die Teilnahme der Unterzeichner dieser Resolution an der Kundgebung in Dortmund einzusetzen."

Der Erfolg der Abstimmung – nur wenige Gegenstimmen – zeigte, daß die Mehrheit es nicht für richtig hielt, unter Mitbestimmungs-Parolen zu demonstrieren, sondern unter Kampfforderungen der Arbeiterjugend. Die anwesende DGB-Jugendsekretärin verließ vor der Abstimmung den Saal. Sie hatte in der Diskussion die Forderung nach Mitbestimmung befürwortet.

In einer weiteren Resolution wurde die Beschränkung der Teilnehmerzahl durch den DGB kritisiert und Aktivitäten wie zum Beispiel Stände zur Vorbereitung der Demonstration festgelegt.

Regierung will Gesetzentwurf zur Mitbestimmung noch dieses Jahr vorlegen

Die Mitbestimmung ist kein Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse

Der "Spiegel" berichtet in seiner letzten Nummer über die Einigung der Regierungskoalition auf einen Entwurf zum Mitbestimmungsgesetz. Nach Bundeskanzler Schmidt ist die Mitbestimmung eine der Reformen, die nichts oder nur ganz wenig kosten und verfassungsmäßig kein Risiko enthalten. In die Reihe solcher Reformen gehört schon der Strafparagraf 218, das Beamtenrechtsrahmengesetz oder die verschiedenen Strafprozeßänderungen. Die Mitbestimmung soll nun das Gesetzeswerk sein, was im Gegensatz zu den anderen Reformen, die nichts kosten, den Arbeitern tatsächlich mehr Rechte zugesteht. Das behauptet zumindest die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Rechte, die die Arbeiter nach der Mitbestimmung haben, wie sie im einzelnen auch aussehen wird, bestehen darin, daß sie Vertreter in den Aufsichtsrat der großen Konzerne wählen dürfen. Daß die Arbeiter eine solche Wahl durchführen sollen, darüber waren sich alle Mitbestimmungsverfechter seit langem einig, über den Wahlmodus, über den Anteil der Arbeitnehmer, über die Rolle der leitenden Angestellten wurde sich heftig gestritten. Nun drängt die Zeit, die Mitbestimmung soll verabschiedet werden.

Warum, das zeigt die gegenwärtige Weltwirtschaftslage. Die großen Monopole stehen in einem heftigen Konkurrenzkampf untereinander. In der Automobilindustrie kämpfen die Großkonzerne VW gegen General Motors gegen Ford gegen FIAT usw. Das gleiche Bild bietet sich in der Chemieindustrie, in der Stahlindustrie, in allen hochmonopolisierten Industriezweigen. Diesen scharfen Konkurrenzkampf können die Monopole nur führen, wenn sie die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen, die Kette, an der sie die Belegschaft halten, enger wird. Ihr Ziel muß es sein, die Belegschaften in diesen Konkurrenzkampf der Konzerne hineinzuziehen. Keine Belegschaft wird dies freiwillig machen; dazu brauchen die Monopole die Peitsche.

Verweigern die deutschen Arbeiter den westdeutschen Imperialisten die Gefolgschaft, so ist deren Position auf dem Weltmarkt dahin. Eine möglichst feste Bindung an den Konzern ist deshalb erforderlich, und ein Zusammenschluß der Belegschaften der verschiedenen Konzerne im Kampf für ihre Rechte und Interessen muß deshalb verhindert werden. Was liegt da näher, als "Vertreter der Arbeitnehmer" in die Leitungen der Konzerne zu setzen. In diesem Fall sitzen dort die Vertreter, um das Wohl der Belegschaft mit dem des kapitalistischen Konzerns zu verbinden. In diesem Aufsichtsrat müßte sich das ungefähr so abspielen: Die Kapitalvertreter geben einen Überblick über die Lage des Konzerns, der in einem scharfen Konkurrenzkampf mit den anderen steht. Um diesen Kampf zu gewinnen, ist es notwendig, daß der Konzern mehr Gewinne macht. Sonst geht er kaputt, und die Arbeitsplätze sind auch dahin. Also muß mehr Leistung gebracht werden, der Konzern durchrationalisiert werden, "Wildwuchs" beschnitten werden. Die Mitbestimmer aus Gewerkschaft und Betrieb werden diesen Plänen des Kapitals zustimmen müssen, damit der Betrieb und die Arbeitplätze erhalten bleiben. Sie werden vor die Belegschaft treten und versuchen, die Arbeiter auch davon zu überzeugen. In den anderen Betrieben passiert ganz genau das gleiche. Die Belegschaften würden sich genauso wie die Konzerne in einem scharfen Konkurrenzkampf untereinander zerfleischen.

Die Mitbestimmung schadet der Einheit und fördert die Spaltung

Alfred Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Mitglied des Bundestages, führte das am Beispiel aus: *"In der Zeit der Mitbestimmung ist die August Thyssen Hütte AG der größte kontinentaleuropäische Stahlerzeuger geworden, nicht trotz Mitbestimmung, sondern auch wegen der Mitbestimmung."* (KVZ Nr. 22/1974) Haben die Kapitalisten die Arbeiter erst einmal dorthin getrieben, daß sie mit "ihrem" Konzern gegen die Arbeiter der anderen Konzerne ziehen, dann haben die Kapitalisten allesamt leichtes Spiel, die so durch Konkurrenz zersplitterten und gespaltenen Arbeiter zu schlagen.

Das Bestreben der Kapitalisten, "ihre" Belegschaft in ihren Konkurrenzkampf zu ziehen, wird durch die Mitbestimmung gestärkt. Die Vertreter aus Betrieb und Gewerkschaft in den mitbestimmten Aufsichtsräten haben keine andere Möglichkeit, als sich an der Führung des Konzerns, wie es die Gesetze des Kapitalismus verlangen, zu beteiligen, und entscheidendes Gesetz ist das der Konkurrenz.

So untergräbt die Mitbestimmung sogar die Existenz der Industriegewerkschaften. Der Fortschritt der Industriegewerkschaften besteht ja gerade darin, daß sie nicht nur die Einheit der Belegschaften gegen "ihren" Kapitalisten herstellen, sondern die Arbeiter eines ganzen Industriezweiges gegen die Kapitalisten dieses Industriezweiges zusammenschließen. Was eine wesentliche Erleichterung für den Lohnkampf und den Kampf gegen die Willkür der Kapitalisten ist.

Gibt es eine linke Variante der Mitbestimmung?

Die linken Mitbestimmer werden sagen, wenn in den Aufsichtsrat tatsächliche Vertreter der Arbeiter gewählt werden, so können sie sich dort gegen die Kapitalvertreter durchsetzen, nicht den Weg des Kapitals gehen, sondern dort die Interessen der Belegschaft vertreten. Sie sollten sich Minister Arendt, ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender der IG Bergbau, dazu anhören: *"Die Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital im Aufsichtsrat zwingt beide Seiten, sich zu einigen. Dieser Einigungszwang ist ein wichtiger Bestandteil des neuen Gesetzentwurfes. Er verpflichtet und schafft einen Anreiz zur Zusammenarbeit über unterschiedliche Interessen hinweg. Allein durch Zusammenarbeit unter Einigungszwang kann ein gleichgewichtig besetzter Aufsichtsrat seine Aufgaben erfüllen, die auch die angemessene Wahrung der Interessen sowohl der Anteilseigner als auch der Arbeitnehmer einschließt."* Sehr richtig führt der Minister hier den *Einigungszwang* an. Worin dieser Zwang besteht, liegt auf der Hand, es ist der Zwang der kapitalistischen Konkurrenz, der Zwang der Gesetze des Kapitalismus, der jeden Aufsichtsrat dazu bringt, für Erhaltung und Vermehrung seines Kapitals und gegen die Arbeiter vorzugehen. Eine Aufspaltung der Mitbestimmung in eine rechte Variante für das Kapital und in eine linke für die Arbeiter ist unmöglich. Welche Art von Gewerkschaftsvertreter oder Belegschaftsvertreter auch immer im Aufsichtsrat sitzen mag, die Auswirkungen bleiben die gleichen: Förderung der Konkurrenz unter den Arbeitern und damit Schwächung der Einheit. Das dient nur dem Kapital.

Das Monopolkapital kennt die Vorzüge der Mitbestimmung!

Das Großkapital im Bereich der Montanmitbestimmung hat sich aus der Debatte um die Mitbestimmung weitgehend rausgehalten. Es sieht keine Bedrohung der Marktwirtschaft durch die Mitbestimmung. Ein Mann, der es wissen muß, der Vorstandsvorsitzende der Salzgitter AG Birnbaum, sagt auf die Frage des "Spiegel": "Hat der Unternehmer Birnbaum es leichter, weil er einen mitbestimmten Betrieb führt? – *Ja, vermutlich deshalb, weil wir glücklicherweise auf beiden Seiten personell immer gut besetzt waren.*" (KVZ Nr. 41/1975)

Natürlich würde das Großkapital lieber ohne Gewerkschaftsvertreter in den Konzernleitungen sitzen und alleine die Peitsche gegen die Arbeiter schwingen und die Arbeiter gegeneinander hetzen. Aber gleichzeitig wissen die Kapitalisten um die Vorzüge von "Arbeitnehmervertretern", die das Geschäft der Spaltung betreiben und vor die Belegschaften treten, um die notwendigen Peitschenhiebe zu rechtfertigen. Je schärfer das Monopolkapital im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt steht, um so deutlicher wird ihm der Vorzug solcher mitbestimmter Aufsichtsräte. Je stärker sich die Arbeiter der Konzerne zusammenschließen, um die Auswirkungen dieses Konkurenzkampfes nicht länger ertragen zu müssen, um so notwendiger wird für das Kapital die Mitbestimmung, um die erreichte Einheit wieder zu zerstören. Welch einen Vorzug haben sie, wenn in der Tarifauseinandersetzung in der Stahlindustrie der Klöckner-Arbeitsdirektor vor die Belegschaft tritt, über die Lage des Konzerns berichtet und die Arbeiter bekniet, daß jetzt gegen die Konkurrenten zusammengehalten werden muß.

Wenn da einige Kapitalisten das Wort erheben und mahnen, daß die Mitbestimmung die Marktwirtschaft gefährden könne, so kommt dadurch zum Ausdruck, daß sie es zwar lieber alleine machen würden, aber wenn sie sich schon auf die Gewerkschaftsführer stützen müssen, diesen vorher klargemacht werden muß, daß sie die Verantwortung als Mitbestimmer vollständig zu übernehmen haben und jegliches "soziale Gehabe" in den Aufsichtsräten nichts zu suchen hat.

Die Mitbestimmung wird den Verlauf des proletarischen Klassenkampfes nicht aufhalten können

Der Plan, mit der Mitbestimmung die Herrschaft der Bourgeoisie auf Dauer zu sichern, kann nicht gelingen. Genausowenig wie die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten die Gesetze des Kapitalismus aufheben kann, genausowenig kann die Mitbestimmung den Kampf der Arbeiter verhindern. Das beste Beispiel ist die Montanindustrie, wo die Arbeiter trotz aller Mitbestimmerei den Kampf gegen die Kapitalisten nicht aufgegeben haben. Die Mitbestimmung ändert nichts an der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, sie ändert nichts an dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten, sie ändert auch nichts an den Krisen des Kapitalismus. Deshalb wird sie auch den Kampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen des Lohnsystems und gegen das Lohnsystem selbst nicht verhindern können. – **(db)**

Stahltarifrunde

Nicht 5% bieten die Stahlkapitalisten an, sondern 3,5%

Am 30. Oktober haben die Stahlkapitalisten nach drei Verhandlungen erstmals ein Angebot vorgelegt. Dieses Angebot bezeichnen sie als ein Paket von 5 Prozent. Zur Bekräftigung dieses Pakets hat der Vorsitzende des "Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Stahlindustrie" erklärt, daß nur noch über die Aufteilung innerhalb des Paketes verhandelt würde, nicht aber über die Höhe.

Dieses Paket sieht im einzelnen vor: 4 Prozent Lohnerhöhung und 200 Mark Urlaubsgeld, was umgerechnet 1 Prozent ausmacht. Diese 200 Mark Urlaubsgeld sind 100 Mark weniger als letztes Jahr für die Sonderzahlung vereinbart wurde. Das Urlaubsgeld ist deshalb, berechnet auf die Vorjahreszahlung, keine Lohnerhöhung, sondern eine Kürzung, keine Erhöhung von 1 Prozent, sondern eine Kürzung von 0,5 Prozent. Insgesamt ist das Paket der Kapitalisten also ein Päckchen von 3,5 Prozent.

Die Forderung der IG-Metall-Tarifkommission von **8 Prozent** hat für den Ecklohn 120 Mark bedeutet, das Angebot der Kapitalisten heißt rund 50 Mark brutto.

In der "Metall" Nr. 22 wird zu dem Angebot Stellung genommen; das Angebot wurde als unzureichend bezeichnet und festgehalten, daß die Arbeitnehmer einen Einkommensverlust nicht hinnehmen werden. Zum gleichen Zeitpunkt hat die Große Tarifkommission am Montag, dem 3. November, das Angebot abgelehnt und die Verhandlungskommission beauftragt, weiter zu verhandeln. Ein Mitglied der Tarifkommission vertrat dagegen, daß die Verhandlungen sofort abgebrochen werden sollen. Das fanden die versammelten Reformisten und Revisionisten aber nicht der Unterstützung wert, man wollte lieber weiter verhandeln.

Was gibt es aber mit den Kapitalisten noch zu verhandeln? Ihr Angebot liegt vor. Vielleicht kann es der Verhandlungskommission noch gelingen, Kosmetik rauszuhandeln, dann ist aber Schluß. Worin diese Kosmetik bestehen kann, auch dies zeichnet sich schon ab. Wenn der Kapitalistenvertreter sagt, innerhalb der 5 Prozent könne man zugunsten des Urlaubsgeldes Verschiebungen vornehmen, und die "Metall" Nr. 22 auf die Aufstockung des Urlaubsgeldes verweist, dann kann die Kosmetik nur darin bestehen, daß das Urlaubsgeld auf 300 Mark erhöht wird und dafür die Lohnerhöhung etwas gekürt. Was im Monat ungefähr 5 bis 10 Mark brutto ausmachen dürfte.

Sicher wird es bis zu diesem Ergebnis noch zähe Verhandlungen geben. Nach jeder Verhandlung werden die Kapitalisten erklären, nun sei aber Schluß, die IG-Metall-Ver-Händler sich unbefriedigt zeigen, schließlich eines Nachts von Freitag auf Samstag wird dieses oder ein ähnliches Ergebnis vorliegen. Für die Stahlarbeiter aber hat die IG Metall parat: Mehr war nicht drin, wir haben alles ver sucht.

Ein solches Vorgehen kann nicht die richtige Antwort der Stahlarbeiter auf das Angebot der Kapitalisten sein. Trotzdem kann man es nutzen, um sich auf den unumgänglichen Lohnkampf vorzubereiten. Wenn jeder Schritt der Ver-Händler in den Betrieben nicht unkommentiert und unaufgeklärt bleibt, wird das zweierlei bewirken. Erstens werden die Ver-Händler unsicher, ob sie so, wie sie es sich gedacht haben, durchkommen, zweitens wird es die Kollegen aufklären, die bislang noch unentschlossen sind über das, was dort abläuft, und man wird sie gewinnen können für die eigenständige Front der Stahlarbeiter im Lohnkampf gegen die Stahlkapitalisten. – (db)



Offenbach. Mit etwa 60 Wagen protestierten IGM-Mitglieder gegen das provokatorische 4 %-Angebot im Elektrohandwerk: "Gegen Lohndiktat im Elektrohandwerk", "4 % Arbeitgeberangebot sind eine Herausforderung".

In Hannover erschienen die Zeitungen nicht

Die Setzer beim Verlag Madsack streikten für Neueinstellungen

Hannover. Am letzten Freitag erschienen die beiden großen Tageszeitungen in Hannover nicht.

200 Kolleginnen und Kollegen aus der Satzerstellung (Lichtsatz, Montage usw.) beim Verlag Madsack hatten am Donnerstag, 30.10., spontan die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderung lautete: Neueinstellung von mehr Personal.

Seitdem der Verlag Madsack & Co. sein neues Druckzentrum in Hannover-Kirchrode bezogen hat, was gleichzeitig mit der Umstellung von Hoch- auf Offsetdruck und von Maschinensatz auf Lichtsatz verbunden war, ist die Arbeitsbelastung für die Kollegen von der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" stark angestiegen. Wurden in der alten Druckerei im Zentrum Hannovers nur die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ), "Land & Garten" sowie einige kleine Objekte gedruckt, so erstellen die Kollegen im Druckzentrum heute die HAZ, die "Neue Hannoversche Presse" (NHP), an der der Verlag Madsack & Co seit kurzem mit 50 Prozent beteiligt ist, die "Bild"-Hannover, "Land & Garten", wöchentlich "Die Zeit" und einiges andere mehr. Neue Leute wurden nicht eingestellt.

Als die Vorbereitung für die Freitagsausgabe auf vollen Touren lief, warfen die Kollegen aus der Setzerei die Brocken hin.

Am Freitagmorgen gab es dann in Hannover keine HAZ und NHP! Der Verlust durch das Nichterscheinen der Freitagsausgabe soll nach offiziellen Angaben 400 000 DM betragen haben.

Die Streikaktion fand großen Widerhall in anderen Abteilungen des Verlages. Die Drucker lehnten es aus Solidarität mit den Technikern ab, bereits fertiggestellte Druckvorlagen des Verlages Madsack zu drucken; so wurden von ihnen nur Fremdaufträge von anderen Verlagen (Bild) gedruckt.

Die Madsack-Kapitalisten reagierten auf den Streik: Man wolle mit dem Betriebsrat in Verhandlungen treten, die Kollegen sollten weiterarbeiten. Doch damit kamen sie nicht durch. An diesem Abend ging keiner mehr an die Arbeit.

Am nächsten Morgen trat dann die Geschäftsleitung mit den Streikenden, dem Betriebsrat und Vertretern der IG Druck und Papier in Verhandlungen ein. Ergebnis: sofortige Einstellung von zwei neuen Kollegen – alles andere soll von einer Kommission geregelt werden. Die Forderung der Kollegen lautet: sechs bis acht Neueinstellungen. – (h, Hannover)

Allgemeinen Zeitung" stark angestiegen. Wurden in der alten Druckerei im Zentrum Hannovers nur die "Hannoversche Allgemeine Zeitung"
haben.
Die Streikaktion fand großen Widerhall in anderen Abteilungen des Verlages. Die Drucker lehnten es aus
alles andere soll von einer Kommission geregelt werden. Die Forderung der Kollegen lautet: sechs bis acht Neueinstellungen. – (h, Hannover)

Arbeiter der Steinfabrik Dr.C.Otto streikten gegen Lohnkürzung

Arbeiter der Steinfabrik Dr.C.Otto streikten gegen Lohnkürzung

„Einmal muß Schluß sein!"

Bochum. Am Freitag, dem 31. Oktober, haben die Kollegen der Frühschicht in der Silika- und Schamotteabteilung der Steinfabrik Dr. C. Otto in Bochum-Dahlhausen die Brocken hingeschmissen. Der Streik richtet sich gegen die von der Betriebsleitung angekündigte Kürzung des Weihnachtsgeldes.

Durch einen Trick versuchte der Kapitalist, die Kürzung zu vertuschen. Er will die Dividende, die die Kollegen im Juni dieses Jahres für das Geschäftsjahr 1975 erhalten haben (etwa 300 bis 350 DM, auf das Weihnachtsgeld anrechnen. Diese Maßnahme soll nur die Arbeiter treffen, denen so etwa 40 Prozent des tariflich zugesicherten Weihnachtsgeldes verlorengehen würden. Für die Angestellten hat sich der Unternehmer etwas anderes ausgedacht: Die sollen dieses Jahr das Weihnachtsgeld noch kriegen. Dafür aber im nächsten Jahr keine Dividende.

Die Firma stellt Industriesteine her, die zum Ausmauern von Hochöfen und anderen Brennanlagen benutzt werden. Etwa 65 bis 70 Prozent der Belegschaft von etwa 900 sind Ausländer, meistens türkische Kollegen.

Vor drei Wochen hat die Betriebsleitung nun in Teilen der Produktion Kurzarbeit eingeführt. Pro Monat fallen sechs bis sieben volle Schichten weg, jede Woche abwechselnd eine oder zwei Feierschichten. Dem vorausgegangen war schon vor längerer Zeit die Streichung der Überstunden. Ebenfalls ist die Akkordzulage in den betroffenen Produktionsbereichen weggefallen. Rechnet man alle diese Maßnahmen zusammen, so ergeben sich für die am meisten betroffenen Kollegen Lohnkürzungen bis zu 350 DM, in einzelnen Fällen noch mehr.

Nach der Pause am Freitagmorgen legten über hundert Kollegen die Arbeit nieder und gingen auf den Hof. Die deutschen Kollegen, vor allem die Facharbeiter, waren die treibende Kra[illegible] dieser Arbeitsniederlegung, sie [illegible]n die ausländischen Kollegen [illegible] der Mehrheit sind, für ihre ge[illegible]me Sache gewinnen.

[illegible] um 10.15 Uhr nach der [illegible]ließen die Arbeiter und ein [illegible]Angestellten ihre Arbeits[illegible] zogen aus den verschiedenen Werken vor die Verwaltung. Die Versammlung wurde vom Gesamtbetriebsrat eröffnet. Er gab einen Bericht über den Stand der Auseinandersetzung. Der Streitfall sei jetzt der Schlichtungsstelle zugeleitet. Die müsse jetzt entscheiden. Damit waren die Kollegen nicht zufrieden. In Sprechchören forderten sie: "Harich komm raus!" Harich ist Direktor der C. Otto-Werke in Dahlhausen. Anschließend Pfiffe und Buhrufe. Nach einiger Zeit kam Harich, begleitet von einigen höheren Angestellten, heraus.

Harich meinte, jetzt in dieser schweren Zeit käme es darauf an, vernünftig zu bleiben und das Erreichte zu sichern. Er sagte, die Schlichtungsstelle würde schon befinden, was rechtens sei. Die Kollegen forderten eine klare Entscheidung hier und jetzt. Der Betriebsrat forderte die Kollegen auf, bis nächsten Montag zu warten, dann sei die Entscheidung heraus. Schließlich, nach zweieinhalb Stunden, brachen die Kollegen die Versammlung ab und gingen wieder an die Arbeit. – (h.)

IG- Druck: Arbeitslosenausschuß eingesetzt

Im November soll die erste Versammlung organisiert werden

Frankfurt. Ein Arbeitslosenausschuß wurde auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier am 31. Oktober eingesetzt. In den drei letzten Jahren ist die Zahl der Beschäftigten im Druckgewerbe des Frankfurter Raumes um 1 800 oder etwa 15 Prozent gesunken. 150 Kollegen sind arbeitslos, weitere Entlassungen stehen bevor.

Auf der Versammlung lag eine Resolution gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit vor, die bereits im Februar von der Mitgliederversammlung verabschiedet worden war, aber bisher unter den Tisch gekehrt worden ist. Ein Kollege forderte, daß der beschlossene Arbeitslosenausschuß sofort eingerichtet wird und noch im November eine Versammlung stattfinden soll. Der Vorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß die Resolution noch nicht angenommen sei, und sie wurde nochmals diskutiert. Gestritten wurde dabei über die Frage, ob arbeitslose Kollegen, die vorher noch nicht in der Gewerkschaft waren, in einem Arbeitslosenausschuß mitarbeiten dürften.

Schließlich einigte sich die Mehrheit auf eine Formel, daß es Werbeveranstaltungen für die nicht organisierten Kollegen geben muß.

Anschließend wurde die Resolution einstimmig verabschiedet.

Das Arbeitslosengeld muß sofort um mindestens 15 Prozent erhöht werden; es muß "für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden".

"Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung müssen in Zukunft voll von den Betrieben getragen werden. (. . .) Langfristig angestrebt werden muß, daß sowohl Arbeitslosenversicherung als auch Arbeitslosenvermittlung durch die Versicherten selbst verwaltet werden."

"Die Initiative des Hauptvorstandes für die Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen, gegen Überstundenschinderei sowie Doppel- und Sonderschichten, für die Einhaltung der Bestimmungen des Manteltarifvertrages ist konsequent von unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten durchzusetzen. (. . .)

Ab sofort müssen auf Bezirks- und Ortsebene regelmäßige Arbeitslosenversammlungen der Gewerkschaft einberufen werden. Die Versammlungen sollen auch als Werbeveranstaltungen für bisher unorganisierte Kollegen genutzt werden. (. . .)

Der Kollege, der die Resolution nochmals eingebracht hatte, wurde in der Sitzung beauftragt, die Versammlung zu organisieren. – (u., Stadtteilzelle Bockenheim)

„Euer Boß ist einsichtiger"

Druckkapitalist zitiert den IG-Metall-Vorsitzenden gegen die Forderungen der Kollegen

In der "Kommunistischen Volkszeitung" Nr. 40 steht ein Artikel über das Interview des Gewerkschaftsvorsitzenden Loderer mit dem "Spiegel". Die praktischen Konsequenzen von dem Klassenversöhnlertum des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer habe ich bei unserer letzten Betriebsversammlung bei Caruna-Druck, Miltenberg, vor ein paar Tagen erlebt. Nachdem der Betriebsrat, der ziemlich viel Forderungen der Kollegen vortrug und Rechenschaft ablegte, fertig war, ergriff der Chef das Wort. Zuerst kam der übliche Unternehmerbrei über die Krise, die Talsohle, die steigenden Personalkosten und Öl-, Strom-, Papier- usw. Preise. Dann zückte er den besagten "Spiegel" und, nachdem er uns vorgerechnet hatte, daß ihm jeder Arbeiter im letzten Jahr etwa 5 000 DM weniger erwirtschaftet habe, las er uns daraus zur Untermauerung einige Absätze aus dem Interview vor. Besonders die Stelle, daß die Unternehmen "Erträge" bräuchten, hob er hervor. Er sagte uns ins Gesicht: "Euer Boß (der IG-Metall-Chef Loderer) ist offenbar einsichtiger." Sodann endete er mit der Feststellung, daß unsere internen Forderungen nicht erfüllbar seien. Die Arbeiter ließen sich während der Betriebsversammlung aber nicht beirren, und es gelang uns, dem Chef einige Zugeständnisse abzuzwingen.

Unter anderen Forderungen wurde durchgesetzt: Fahrgeld für Samstagarbeit, Fahrgeldvergütung, wenn Überstunden gemacht werden mußten und dann nicht mit der Bahn zurückgefahren werden kann, sondern das Auto benutzt werden muß. Neues Waschbecken in der Druckerei.

Gefordert wurde außerdem Urlaubsgeld und die Bezahlung der Abteilungsleitervertretung, wenn sie von einem Arbeiter zusätzlich übernommen werden muß.

Nach der Versammlung aber kamen viele Kollegen zu uns Gewerkschaftern und schimpften, daß sie auf keinen Fall da reingehen, wenn solche Leute die Führung hätten. Wir versuchten dagegen aufzuzeigen, daß gerade der Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse solchen sozialdemokratischen Verrätern das Wasser abgraben wird. – (g.)

Nach Streik Abbau zurückgenommen

Dortmund. Nach einem einstündigen Streik der Arbeiter der Büromaschinenfabrik Pohlschröder nahm die Geschäftsleitung den geplanten Abbau von übertariflichen Leistungen an Weihnachtsgeld zurück.

500 streikten gegen Streichungen

Tübingen. Am Montag, 27.10., legten 500 Arbeiter der Montanwerke Kaelble die Arbeit nieder. Die Geschäftsleitung plant die Schließung der Betriebsküche, die Streichung des Fahrgeldzuschusses, Wegfall des Zuschusses von 50 DM für jeden Beschäftigten pro Jahr für einen Betriebsausflug sowie die Einstellung von Paketsendungen an Betriebsrentner.

Gericht: Erwitte-Streik "illegal"

Erwitte. Das Landesarbeitsgericht in Hamm hat den Kampf der Erwitter Kollegen der Zementfabrik Seibel um ihre Arbeitsplätze als "illegal" erklärt. Die Arbeiter hatten gegen Entlassungen das Werk besetzt gehalten.

Hafenkapitalisten plündern Arbeitslosenversicherung

Garantielohn aus der Arbeitslosenkasse gezahlt

Hamburg. Im Hamburger Hafen ist es immer schon so gewesen, daß die Arbeit unregelmäßig anfällt. An manchen Tagen werden alle vorhandenen Hafenarbeiter gebraucht, an manchen Tagen viel weniger. Dies hat bei der Gesamthafenbetriebsgesellschaft, die nur Hafenarbeiter **ausleiht** an die verschiedenen Stauereien und Kaibetriebe, wenn diese Bedarf haben, zur Folge, daß an manchen Tagen die Kollegen, die zur Arbeitseinteilung erscheinen, wieder nach Hause geschickt werden müssen. – Der Lohn ist in diesem Fall über ein Garantielohnabkommen gesichert. – Bisher wurde dieser Garantielohn von den Hafenkapitalisten bezahlt.

In der gegenwärtigen Krise haben sich jedoch die Stempeltage sehr erhöht. Sie haben sich mehr als verzehnfacht im Vergleich zu den Vorjahren. Bis einschließlich August waren es 1975 bereits 44 358 Schichten, für die der Garantielohn bezahlt werden mußte. Entlassen werden keine Kollegen, da ja an den Tagen hoher Anforderung alle gebraucht werden.

In einer besonderen Vereinbarung mit der Bundesanstalt für Arbeit hat nun die Gesamthafenbetriebsgesellschaft **Kurzarbeitergeld** für die Ausfalltage beantragt (unter Zustimmung des Betriebsrates) und bekommen. Für die Kollegen wird kein Ausfall entstehen, weil der Betriebsrat nur unter der Bedingung zugestimmt hat, daß der Unterschied vom Kurzarbeitergeld zum vollen Garantielohn von der Firma zu tragen ist.

Trotzdem ist die Bewilligung von Geld aus der Arbeitslosenversicherung abzulehnen. Damit werden lediglich die Profite der Stauer- und Kaibetriebe, die im Gesamthafenbetrieb zusammengeschlossen sind, abgesichert. Sie haben plötzlich durch den Garantielohn kaum noch Ausfall, und die Kasse beim Arbeitsamt soll durch die Beitragserhöhung um 1 Prozent ab Januar wieder gefüllt werden.

Wir Arbeiter haben aber kein Interesse daran, daß die Kapitalisten unsere Arbeitslosengeldkasse plündern, auch wenn wir an unserem Bruttolohn keine Einbuße hinnehmen müssen. Deshalb ist auch die Meinung falsch, "mir ist es egal, woher das Geld kommt. Hauptsache, es werden keine Kollegen entlassen, und es gibt nicht weniger Lohn", die ein Betriebsrat auf unserer Betriebsversammlung äußerte. Von zwei anderen Kollegen jedoch wurde richtig gesehen, daß es kurzsichtig ist, einer Regelung zuzustimmen, von der man zwar jetzt nichts merkt an finanziellen Einbußen, die aber insgesamt für alle Lohnabhängigen die Erhöhung der Beiträge mit sich bringt. – (j., Hamburg)

Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen Westberlin

HBV-Fachgruppe aufgelöst

Westberlin. Am Donnerstag, dem 30. Oktober, hat der Landesvorstand der Gewerkschaft HBV in Westberlin mit acht gegen fünf Stimmen beschlossen, die 500 Mitglieder starke Fachgruppe Buchhandel und Verlage aufzulösen.

Man wirft der Fachgruppe vor: Erstens, wir hätten zuviele Mitgliederversammlungen einberufen (bis jetzt haben drei stattgefunden). Zweitens, wir hätten eine "zu aktive und an den wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Tatsachen vorbeigehende" Tarifkampagne geführt.

schlüsse im letzten halben Jahr).

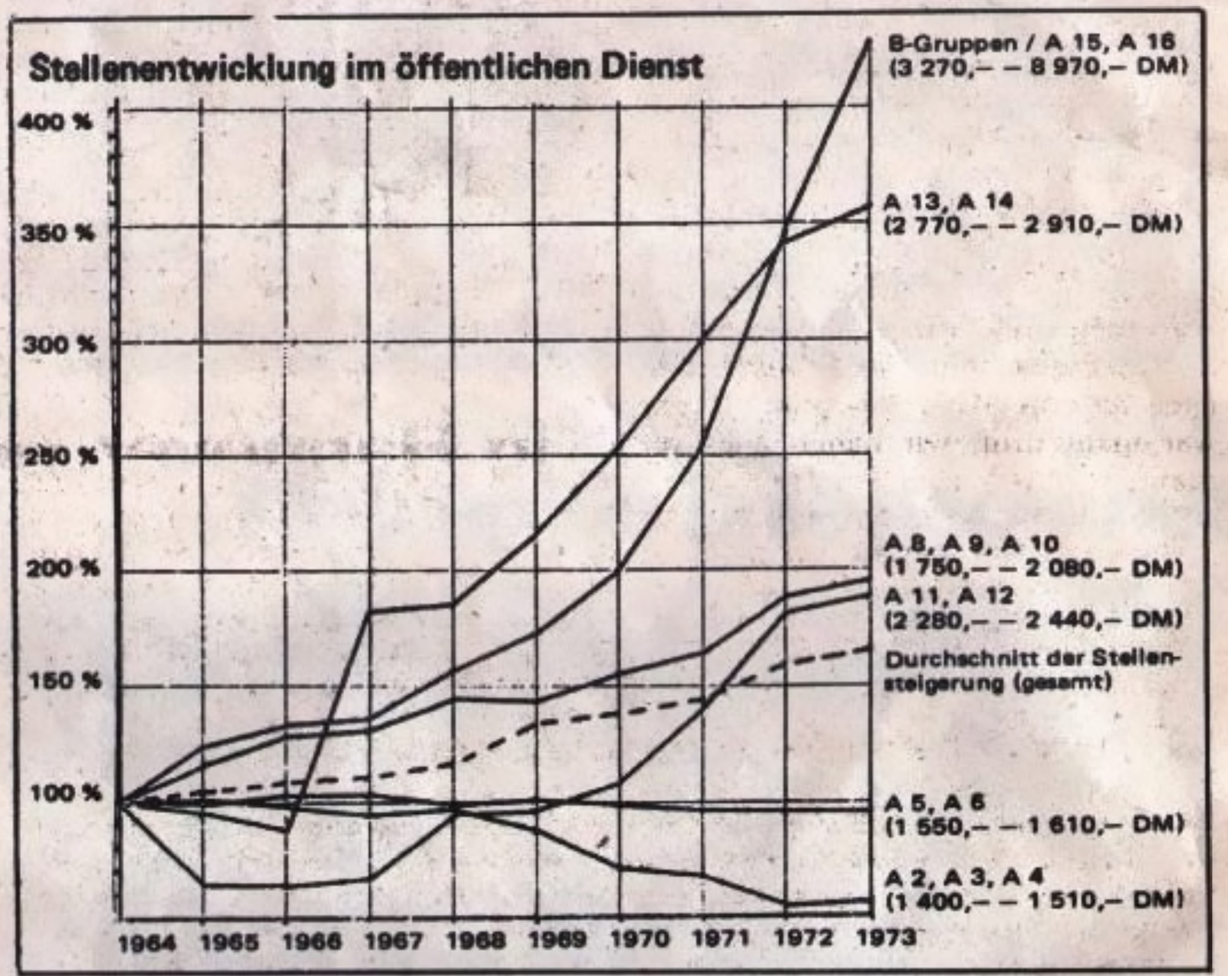
Viertens, der Vorstand der Fachgruppe sei nicht eindeutig gegen "linksextremistische Sektierergruppen" eingetreten oder habe sich überhaupt nicht gegen fortschrittliche Kollegen ausgesprochen.

In der diesjährigen Tarifrunde haben die SPD-Gewerkschaftsführer den Unternehmern erleichtert, die Verhandlungen abzubrechen und einen tariflosen Zustand herbeizuführen, indem der HBV-Vorsitzende Viether durchblicken ließ, wir sollten statt auf unserer Forderung zu be-

Auseinandersetzung um Unvereinbarkeitsbeschluß

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt

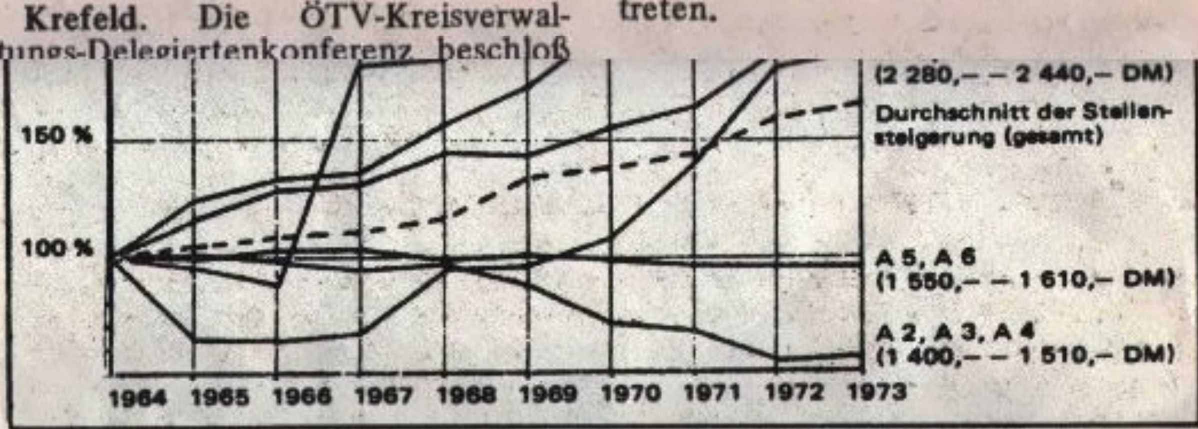
Frankfurt. Am 13. und 27. Oktober fand die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Frankfurt statt. Die anwesenden 290 Delegierten vertraten etwa 36 000 Mitglieder. Mit knappen Mehrheiten kamen die Anträge durch nach Einrichtung zentraler Vertrauensleuteversammlungen, ebenso der Antrag nach Urabstimmung vor den Tarifabschlüssen. Bei dem Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde das erste Abstimmungsergebnis von 132 zu 126 nach zehn Minuten, als die Konferenz schon andere Punkte behandelte, als "irrtümlich" verdreht angegeben und der Antrag dann mit 126 zu 132 Stimmen als abgelehnt bezeichnet. In einem Antrag, der angenommen wurde, wird der Bezirksvorstand aufgefordert, *"die Arbeitskampfmaßnahmen der Belegschaft wie Dienst nach Vorschrift, Verweigerung von Überstunden und Mehrarbeit zu unterstützen bzw. zentral in die Wege zu leiten"*. In mehreren Anträgen wird die Aufhebung der Stellensperre und die Aufhebung der Sparmaßnahmen der Bundesregierung gefordert. Der Gewerkschaftstag wird aufgefordert, alle Boykottmaßnahmen gegen die chilenische Junta zu unterstützen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ausbildung chilenischer Offiziere zu unterlassen, keine weitere finanzielle Unterstützung zu leisten und den Handel mit der Junta zu unterbinden. Da noch nicht einmal die Hälfte der Anträge behandelt werden konnte, wurde die Konferenz vertagt.



Die Stellen der höheren Beamten sind in den letzten 10 Jahren um über 400 % bzw. über 350 % vermehrt worden. Der Durchschnitt der gesamten Stellensteigerung beträgt dagegen nur zirka 160 %.

Gleiches Kindergeld für ausländische Arbeiter!

Krefeld. Die ÖTV-Kreisverwaltungs-Delegiertenkonferenz beschloß


Die Stellen der höheren Beamten sind in den letzten 10 Jahren um über 400 % bzw. über 350 % vermehrt worden. Der Durchschnitt der gesamten Stellensteigerung beträgt dagegen nur zirka 160 %.

Lohnforderungen erst im Frühjahr?

"Wir werden erst im Frühjahr unsere Forderung aufstellen."

Das steht als amtliche Äußerung von Heinz Kluncker im neuesten ÖTV-Magazin. Das wird als "Präzisierung" des Beschlusses der Großen Tarifkommission vom 11. September des Jahres ausgegeben. Dort war beschlossen worden, daß man Forderungen erst aufstellt, "wenn die wirtschaftliche Lage für 1976 einigermaßen überschaubar ist".

‚Der Lohn- und Gehaltstarifvertrag läuft aus im Januar. Er war für dreizehn Monate abgeschlossen worden. Januar ist Winter.

Die "Präzisierung" von dem Beschluß der Großen Tarifkommission durch Heinz Kluncker bedeutet: Entweder steht man bei gekündigten Verträgen mit **gar keiner Forderung** da. So daß man gleich sagen könnte, "jedes Angebot ist uns recht". Oder man **kündigt gar nicht**. Und beginnt erst im "Frühjahr" die Lohnbewegung.

Von den Sozialdemokraten im Hauptvorstand der ÖTV ist man allerhand gewöhnt. Aber es kann doch Heinz Kluncker nicht im Ernst glauben, daß er mit diesem Frühlingsvorschlag landen wird?

Man wird im Januar eine Forderung haben müssen, und zwar eine richtige. In verschiedenen Kreisverwaltungen wird gegenwärtig über richtige Forderungen beraten. Die Strömung, daß für alle in Mark und Pfennig gleiche Forderungen aufgestellt werden müssen, ist nach den Erfahrungen des Vorjahres stark. Im Gespräch und teilweise auch schon beschlossen sind Forderungen zwischen 120 und 150 DM für alle gleich.

Für Tarifverträge gelten Kündigungsfristen. Der laufende Tarifvertrag muß bis 31. Dezember gekündigt sein, sonst läuft er weiter. Dann gibt es eine Lohnpause. Ganz zwanglos. So weit wird es der Hauptvorstand nicht treiben. Das kann man vermuten.

So weit lassen es die Belegschaften im öffentlichen Dienst nicht kommen.

rungen beraten. Die Strömung, daß für alle in Mark und Pfennig gleiche Forderungen aufgestellt werden müssen, ist nach den Erfahrungen des Vorjahres stark. Im Gespräch und teilweise auch schon beschlossen sind Forderungen zwischen 120 und 150 DM für alle gleich.

Für Tarifverträge gelten Kündigungsfristen. Der laufende Tarifvertrag muß bis 31. Dezember gekündigt sein, sonst läuft er weiter. Dann gibt es eine Lohnpause. Ganz zwanglos. So weit wird es der Hauptvorstand nicht treiben. Das kann man vermuten.

So weit lassen es die Belegschaften im öffentlichen Dienst nicht kommen.

Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen Westberlin

HBV-Fachgruppe aufgelöst

Westberlin. Am Donnerstag, dem 30. Oktober, hat der Landesvorstand der Gewerkschaft HBV in Westberlin mit acht gegen fünf Stimmen beschlossen, die 500 Mitglieder starke Fachgruppe Buchhandel und Verlage aufzulösen.

Man wirft der Fachgruppe vor: Erstens, wir hätten zuviele Mitgliederversammlungen einberufen (bis jetzt haben drei stattgefunden). Zweitens, wir hätten eine "zu aktive und an den wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Tatsachen vorbeigehende" Tarifkampagne geführt.

Die Fachgruppe steht seit Juni im Tarifkampf und ist gegenwärtig im tariflosen Zustand. Sie ist selbständiger Träger des Tarifkampfs. Wir haben uns im Gegensatz zur Gewerkschaftsführung in Düsseldorf nicht mit 6,9 Prozent Lohnerhöhung zufriedengegeben, sondern forderten einen Festbetrag von 170 DM für alle.

Drittens, wir hätten uns zuviel mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen auseinandergesetzt, statt daß sich der Vorstand aktiv für diese Beschlüsse eingesetzt hätte (wir hatten drei Ausschlüsse im letzten halben Jahr).

Viertens, der Vorstand der Fachgruppe sei nicht eindeutig gegen "linksextremistische Sektierergruppen" eingetreten oder habe sich überhaupt nicht gegen fortschrittliche Kollegen ausgesprochen.

In der diesjährigen Tarifrunde haben die SPD-Gewerkschaftsführer den Unternehmern erleichtert, die Verhandlungen abzubrechen und einen tariflosen Zustand herbeizuführen, indem der HBV-Vorsitzende Viether durchblicken ließ, wir sollten statt auf unserer Forderung zu bestehen bei 6,9 Prozent abschließen.

Die Fachgruppe hatte diese Politik nicht hingenommen. In Diskussionen in den Buchhandlungen sofort nach dem Beschluß des Landesbezirksvorstandes waren sich die Kollegen einig, daß die Arbeit der Fachgruppe weitergeführt werden muß und daß sie wieder als ordnungsgemäße Gliederung der Gewerkschaft HBV anerkannt werden muß. – (Eine Kollegin der Fachgruppe Buchhandel und Verlage Westberlin der Gewerkschaft HBV)

Gleiches Kindergeld für ausländische Arbeiter!

Krefeld. Die ÖTV-Kreisverwaltungs-Delegiertenkonferenz beschloß am 25.10.:

"Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV wird aufgefordert, vom Gesetzgeber eine Änderung des Kindergeldgesetzes dahingehend zu verlangen, daß ausländische Arbeitnehmer, die nicht aus EG-Ländern stammen, behandelt werden wie Arbeitnehmer aus EG-Ländern."

"Die Gremien der Gewerkschaft ÖTV werden aufgefordert, einheitlich und massiv den offiziellen Diskriminierungs- und Kürzungstendenzen der Bundesregierung sowie der Arbeitgeberverbände gegen die Bediensteten im öffentlichen Dienst entgegenzutreten.

Festgeldforderungen

Heidelberg. Die ÖTV-Delegiertenversammlung Bereich Länder, Deutsches Rotes Kreuz / Evangelische Kirchen, Kreis Heidelberg, hat sich am 30. Oktober einstimmig ausgesprochen für eine Festgeldforderung in der kommenden Tarifrunde, gegen die Lohnstopp-Pläne und gegen die geplanten Sparmaßnahmen der Regierung

Trotz Abblocken der Diskussion: Die Tarifrunde wird vorbereitet

Hamburg. Nachdem die ÖTV-Sekretärin der Abteilung Gesundheitswesen eigenmächtig den Tagesordnungspunkt "Tarifrunde" von der Tagesordnung einer Bereichsversammlung im Universitätskrankenhaus Eppendorf gestrichen hatte, um die Diskussion abzublocken, wird jetzt erst recht an der Vorbereitung der Tarifrunde gearbeitet.

Der Vertrauensleutekörper kritisierte das Vorgehen der Gewerkschaftssekretärin einhellig, auf zwei Bereichsversammlungen wurde bereits beschlossen, daß die Forderung eine Festgeldforderung in Mark und Pfennig sein muß. Ein Kurs der Krankenpflegeschüler arbeitet an einem Fragebogen, um sich über die Forderung Klarheit zu verschaffen, sowohl über die Art als auch die Höhe. In zwei Bereichen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Material sichten soll, um über die Höhe der Mark-und-Pfennig-Forderung eine Einheit erzielen zu können.

130 DM mehr für alle

Köln. Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV, Abteilung "Wissenschaft und Forschung", in der die ÖTV-Kollegen aus der Universität, Fachhochschule, Sporthochschule, Musikhochschule und den hochschulfreien Instituten zusammengefaßt sind, wurde für die kommende Tarifrunde 130 DM für alle gefordert.

Außerdem verurteilten die Kollegen in einem Antrag an die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz die Unterzeichnung eines Patenschaftsvertrages zwischen der Universität Köln und einem Krankenhaus in der deutschen Kolonie in Madrid

160 DM Festgeldforderung

Schwetzingen. Von einem Arbeitskreis vorbereitet wurde der Tagesordnungspunkt Tarifrunde auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des Kreiskrankenhauses Schwetzingen. Beschlossen wurde u.a. ein Festgeldbetrag von 160 DM, Kündigung des Schlichtungsabkommens, Urabstimmung vor dem Tarifabschluß.

Kapitalistenvertreter fordern Verschiebung der Rentenanpassung

Die Rentner sollen schneller ins Grab

Aus Anlaß der in diesem Jahre fälligen Rentenanpassung ist in der bürgerlichen Presse ein großes Gezeter über die finanzielle Lage der Rentenversicherung angestimmt und die Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr gefordert worden.

Die vom Kabinett verabschiedete Rentenanpassung wird für die 11,5 Millionen Alt-Renten eine Rentenerhöhung um 11 Prozent zum 1. Juli 1976 bedeuten. Die eine Million Unfallrenten werden erst ein halbes Jahr später um nur 7,5 Prozent, die 610 000 Altersrenten der Landwirte dann um ebenfalls 11 Prozent angehoben. Damit werden die Renten erst nachträglich den Lohn- und Gehaltssteigerungen in den Jahren 1972 bis 1974 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1973 angepaßt. Für die Durchschnittsrenten in der Arbeiterrentenversicherung, die im Juli 1975 bei etwa 540 DM lagen, wird ein Zuwachs von 59 DM herauskommen, angesichts der horrenden Preissteigerungen, insbesondere bei den Mieten und den öffentlichen Tarifen, also ein klägliches Ergebnis.

Was den Rentnern kaum etwas bringt, ist für die Kommentatoren in der bürgerlichen Presse doch Grund genug, von "dramatischer Verschlechterung der finanziellen Lage der Rentenversicherung" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober) zu reden und mit allerlei Berechnungen den Arbeitern vorzuführen, daß, wenn diese Rentenanpassung durchgeht, entweder der Bankrott der Rentenversicherung oder Beitragserhöhungen ganz unvermeidlich seien.

Die Alten müssen schneller ins Grab, also sollen sie hungern.

Zwar hat die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten noch 1974 einen Anwuchs ihrer Rücklage um 4,8 Milliarden DM, also von 11,4 Prozent auf 47,3 Milliarden erbracht; das entspricht, wenn man das Verwaltungsvermögen abzieht, etwa 8,5 durchschnittlichen Monatsaufwendungen. Die im Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung vorgelegten Alternativrechnungen für die weitere Entwicklung der Rentenfinanzen laufen aber alle darauf hinaus, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage von drei Monatsausgaben schon in den nächsten Jahren wesentlich unterschritten würde. Bei diesen Rechnungen werden Arbeitslosenquoten zwischen 1,5 und 2,5 Prozent für die nächsten 15 Jahre und ein jährlicher Einkommenszuwachs zwischen 6 und 10 Prozent unterstellt.

Die Situation wird dadurch verschlechtert, daß nur etwa 36 Prozent der gegenwärtigen Rücklagen überhaupt liquide sind, der Rest ist längerfristig an Regierung und Kapitalisten verliehen. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren von den gesetzlich vorgeschriebenen Bundeszuschüssen (insbesondere wegen der Kriegsfolgelasten) von insgesamt 89,6 Milliarden nur 78 Milliarden gezahlt hat, den Rest sich selbst gekürzt oder gestundet hat. "Angesichts der großen Etatdefizite muß es aber als höchst zweifelhaft erscheinen, daß der Bund in den nächsten Jahren seine Zuschüsse voll zahlen und zugleich die früher von der Rentenversicherung gestundeten Beträge nachzahlen kann", schreibt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. Oktober.

Den bürgerlichen Kommentatoren gefällt diese Lage insbesondere deshalb nicht, weil die Rentenversicherung aufgrund der hohen Rücklagen bisher eine ausgezeichnete Kapitalsammelstelle für die Kapitalisten und ihren Staat gewesen ist.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt: "Der Verzicht auf eine Beitragserhöhung muß zu einer zusätzlichen Belastung des Kapitalmarktes führen. Die Rentenversicherung, die bis 1974 noch zur Kapitalbildung maßgeblich beigetragen hat, muß Rücklagen auflösen, und zwar bis 1978 in einer Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden Mark."

Bundesarbeitsminister Arendt beteuert zwar, daß es keine Beitragserhöhungen geben werde bis 1980, man könne aber nicht sagen, daß es "auf alle Fälle" bis 1980 keine Erhöhungen geben werde. Spielraum für Leistungssteigerungen gebe es aber in jedem Falle nicht mehr, und es müsse überprüft werden, ob alles, was es jetzt an Leistungen gebe, noch in die heutige Zeit passe. Es ist aber so, daß die Bundesregierung bei ihren Rechnungen schon mit einkalkuliert hat, daß ihr Gesetzentwurf durchkommt, nachdem die Kosten für die Krankenversicherung der Rentner zu 50 Prozent auf die Krankenkassen abgewälzt werden. Das wird die Krankenkassen zu Beitragserhöhungen von einem halben Prozent veranlassen. Die Behauptung, es werde keine Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung geben, ist also ein schlichter Betrug. Die Regierung will hier nur den Weg des geringeren Widerstands gehen, weil eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge nicht direkt über das Parlament beschlossen werden muß, sondern von den Verwaltungsgremien der Krankenversicherungen.

Im Hintergrund werden weitere Angriffe auf die Rentenversicherung vorbereitet.

Im Finanzministerium sind von einem wissenschaftlichen Beirat schon Vorstellungen unterbreitet worden, wie man die Staatszuschüsse, die sich 1975 auf 17 Milliarden belaufen werden, ganz streichen kann. "Von noch größerem Gewicht wäre der Versuch, eine volle Deckung der Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung durch Beiträge . . . zu erreichen. Mit dem Übergang zu dieser Finanzierungsreform könnte eine erhebliche Entlastung der öffentlichen Haushalte erreicht werden." (Die Ortskrankenkasse Nr. 18/1975, Seite 696)

All diese Vorstöße und Drohungen sind darauf aus, die Arbeiter festzunageln auf die Alternative: entweder Erhöhung der Beiträge oder Kürzungen der Leistungen für die Rentner. Die Arbeiter sollen sich dazu hergeben, beim Abbau ihrer eigenen Existenzsicherung im Alter mitzumachen.

Das kann als Alternative überhaupt nur solange vorgeführt werden, wie die Arbeiter noch nicht durchgesetzt haben, daß die Sozialversicherung ausschließlich von den Kapitalisten finanziert wird. Und zwar so, daß die Sicherheit der Arbeiter im Alter und bei Invalidität gewährleistet ist. Dafür zu kämpfen, das ist die Alternative, die sich für die Arbeiterklasse stellt. – **(hv)**

Kleyerschule:

5 bis 25 Liegestützen – das haben wir ihm ausgetrieben

Frankfurt. An der Kleyerschule, einer Berufsschule, war es bisher üblich, daß man Liegestütze machen mußte, wenn man zu spät kam oder wenn einer nicht wußte, was er zu lernen hatte. 5 bis 25 Liegestütze, je nach Laune des Lehrers. Es kam sogar soweit, daß ein Schüler aus einer anderen Klasse, der seinen Lehrer suchte, vor unserer Klasse 10 Liegestütze machen mußte, da er zu spät war.

Zuerst war keine Einigkeit unter den Schülern, so daß keiner gewagt hätte, die Liegestütze zu verweigern. In der Pause haben sich alle darüber aufgeregt, aber keiner wußte, wie man dagegen angehen kann. Erst als einer sagte: "Wenn wir alle 30 Mann zusammenhalten und beim nächsten Mal die Liegestütze verweigern, kann der Pauker gar nichts machen", war allen schnell klar, was zu machen ist.

Obwohl einige Angst hatten, von der Schule zu fliegen, machten sie mit. Denn sie überlegten sich, entweder die ganzen zwei Jahre Liegestütze zu machen und sich schikanieren zu lassen oder etwas gegen die Sauereien zu tun.

Am nächsten Tag mußten wieder fünf Leute im Deutschunterricht 10 Liegestütze machen. Ein Schüler sprach den Lehrer an, was das denn für einen Sinn hätte. Der Lehrer sagte, es würde den Stoffwechsel anregen und gäbe frischen Sauerstoff für das Gehirn. Er meinte, das wäre auch nur eine "freundliche Aufforderung zur sportlichen Betätigung".

Diese sogenannten Aufforderungen waren jedoch in einem solchen Ton, daß jedem klar war, entweder man macht's oder man kriegt eins auf die Schnauze. Über die Argumente des Lehrers lachte die Klasse. Die Schüler dachten sich, der hat doch nicht mehr alle Tassen im Schrank. Er merkte, daß er sich lächerlich machte. Darauf meinte er: "Wer ungebildet ist, begreift das nie, daß Liegestütze notwendig sind."

Offensichtlich hat sich der Lehrer nie gefragt, warum die Schüler so spät kommen und warum sie kein Interesse an seinem Unterricht haben. Ein Schüler erklärte ihm, warum das so ist: "Würde im Unterricht das gelehrt, worin die Schüler einen Sinn sähen und was sie später im Beruf brauchen, und wäre der Unterricht nicht so beschissen, voller Schikanen und stupide, dann hätten sie auch ein Interesse am Unterricht und würden dafür sorgen, daß sie pünktlich sind."

Da war der Lehrer baff. Er merkte, daß die Klasse sich einig ist und sich nicht mehr alles gefallen lassen wird. Seitdem läßt er keine Liegestütze mehr machen. Aber er versucht es jetzt mit anderen Schikanen: zum Beispiel ganze Buchseiten auswendiglernen zu lassen. Die Klasse sah am Beispiel der Liegestütze, daß wenn wir gemeinsam dagegen vorgehen, wir alle Schikanen abschaffen können.

So werden wir es auch bei allen weiteren Schikanen machen.

Die Gründe für diese Schikanen sind einfach die, daß man gewöhnt werden soll an Unterordnung, Zwang, Gehorsam, Maulhalten und Buckelmachen.

Später, wenn wir in die Produktion eingespannt werden, sollen wir genau dieselben Schikanen im Betrieb ertragen, ohne zu mucken. Deshalb werden wir schon in der Schule so behandelt, um das einfach zu schnallen.

Würden wir nämlich später im Betrieb z.B. nicht Akkord arbeiten wollen, weil wir schon in der Schule sagten: "Nein, so nicht!", wären wir für die Kapitalisten natürlich nicht zu gebrauchen. – (t., Berufsfachschüler)

Studienkolleg Darmstadt:

Die Forderungen sind aufgestellt

Darmstadt. Vom 15. Oktober bis zum Beginn der Schulferien sind die Studenten am Studienkolleg Darmstadt in den Streik getreten.

Ihre Forderungen sind: Überwachungen der Prüfungen durch eine unabhängige Kommission! Abhalten des Unterrichts so, daß die Kollegiaten davon Nutzen haben! Automatische Verlängerung der Zulassung zur Hochschule und damit der Aufenthaltserlaubnis bei Nichtbestehen der Abschlußprüfung! Einstellung der proimperialistischen Propaganda am Studienkolleg! Eingliederung in die Technische Hochschule!

Was ist bis jetzt erreicht worden? Erstmals ist eine breite Einheit auf der Grundlage klarer Forderungen unter den verschiedenen Nationalitäten im Studienkolleg zustandegekommen.

Ausgeschlossen davon haben sich lediglich die Übersiedler aus den osteuropäischen Ländern. Diese bekommen nämlich als einzige anstandslos ein Stipendium von 600 Mark, während die Kollegiaten aus der Dritten Welt selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen.



Darmstadt. Für die Eingliederung des Kollegiums in die TH, ist eine der Forderungen der Kollegiaten.

Mit der Unterstützung von ausländischen und auch deutschen Studenten der Technischen Hochschule hat der Protest eine breite Öffentlichkeit gefunden.

So haben sich die Allgemeinen Studentenausschüsse der Technischen Hochschule und der Fachhochschule Darmstadt und die Projektgruppen für Internationalismusfragen der VDS mit den Studenten solidarisiert.

Der Direktor des Studienkollegs konnte nicht, wie er gehofft hatte, durch ein massives Polizeiaufgebot der Unruhe Herr werden, sondern mußte Gespräche anbieten, ebenso das Kultusministerium in Wiesbaden.

Trotzdem gibt sich die Kultusbürokratie nicht geschlagen und bereitet den Gegenangriff vor: Ein erster Schritt in dieser Richtung war schon, daß weder Direktor Lotz noch das Kultusministerium die Vertreter des Studienkolleg-Komitees, das den Streik organisiert hatte, als Gesprächspartner akzeptierten.

Lotz hat seine Einschüchterungsstrategie nicht aufgegeben. Letzte Woche nutzte er die Ferien und verteilte einen Drohbrief, worin allen, die nach den Ferien den Streik weiterführen, mit dem Ausschluß aus dem Studienkolleg gedroht wird. Auch das Regierungspräsidium versuchte den gerechten Protest der Kollegiaten zu unterdrücken. Über die Presse läßt es erklären, daß der Streik der Kollegiaten ungerechtfertigt sei und jede einzelne Forderung sich als völlig unhaltbar erwiesen hätte. Es wird über die Presse der Eindruck erweckt, als sei die Forderung der Kollegiaten nach einer Ausbildung, die sie für eine Tätigkeit in ihren Ländern brauchen, nicht gerecht und als müßten sie dankbar sein für jede Ausbildung, die man ihnen hierzulande verpaßt.

Der Präsident der Technischen Hochschule Böhme hat anfänglich die Forderungen der Kollegiaten unterstützt. Nachdem das Regierungspräsidium über die Presse kund und zu wissen gab, was es von dem Streik hält, stellt er sich tot. Mit seinem Dienstherrn will er sich nicht überwerfen.

Am Montag nach den Ferien haben die Kollegiaten den Streik abgebrochen. Damit sind aber ihre Forderungen nicht vom Tisch, und die Auseinandersetzung wird weitergehen. – (v., Darmstadt)

Streikbeschluß

Frankfurt. Lehrer und Schüler des Abendgymnasiums in Frankfurt haben sich gegen die Neuorganisation des zweiten Bildungsweges, wie ihn ein Entwurf der Kultusministerkonferenz vorsieht, ausgesprochen. Unter anderem sieht dieser Entwurf eine Verschärfung des Leistungsdrucks für dieSchüler und stärkere Arbeitsbelastungen für die Lehrer vor. Für den 11./12. November haben die Schüler des Abendgymnasiums einen Streik beschlossen in Übereinstimmung mit einem Beschluß der Abendgymnasien in Nordrhein-Westfalen und der Delegierten der hessischen Abendgymnasien.

Numerus Clausus für fortführende Schulen

Hamburg. Wenn es nach dem Hamburger Senat geht, hört in Kürze für die Mehrzahl der Arbeiterjugendlichen die Schulausbildung mit dem 15. Lebensjahr auf.

Die Schulbehörde arbeitet an einer Verschärfung des Schulgesetzes. Dem Senat soll darin die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt werden, einen numerus clausus, also eine Zulassungsbeschränkung, für **alle** weiterführenden Schulen (Sekundarstufe II) zu verfügen.

Diese Zulassungsbeschränkungen sollen nach dem Entwurf eingeführt werden, *"wenn die Kapazität erschöpft ist"*. Von dieser "Erschöpfung" können laut Entwurf alle Schulen oberhalb der Haupt- und Realschule betroffen sein, also: höhere Handelsschulen, Fach- und Fachoberschulen, Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und die Oberstufe der Gymnasien. Im Frühjahr 1976 liegt dieser Entwurf der Bürgerschaft zur Verabschiedung vor.

Bereits jetzt gibt es für folgende Hamburger Schulen Zulassungsbeschränkungen: für die Kinderpflegerinnenschule, die Hotelfachschule, die Haushaltsschulen, die Berufsfachschulen für Pharmazeutisch-technische Assistenten und für die Fachschule für Sozialpädagogik. Für die zweijährigen höheren Handelsschulen wurde Mitte September eine Zulassungsbeschränkung beschlossen. Für die zwölften Klassen der Fachoberschulen soll der numerus clausus ab Februar 1976 gelten.

Gesetzlich festgelegt wird damit, daß alle weiterführenden Schulen nur noch von wenigen besucht werden können. Dazu gehört neben dem numerus clausus auch, daß der Ausbau der weiterführenden Schulen eingeschränkt wird oder geplante Verbesserungen wieder gestrichen werden. Zwei geplante Berufsschulneubauten wurden gestrichen, der Berufsschulunterricht wurde nicht von acht auf zwölf Wochenstunden ausgeweitet, das Berufsgrundbildungsjahr wurde nicht ausgebaut usw. Da in Hamburg die freien Lehrstellen im Jahr 1974 von 17 000 auf 8 000 geschrumpft sind, stehen immer mehr Haupt- und Realschulabgänger ohne Ausbildung auf der Straße. Viele von ihnen drängen sich in dieser Situation in die weiterführenden berufsbildenden Schulen.

Dies verhindert jetzt der Hamburger Senat, was bewirkt, daß die Zahl der Hauptschüler, die ohne Ausbildung bestenfalls Hilfsarbeiter werden können, anwächst. Übrig bleibt ihnen allenfalls noch, in eine der neu eingerichteten Arbeitslosenklassen zu gehen. Aber wie sieht es da aus?

In diesem Jahr sind die Arbeitslosenklassen "personalverstärkt" worden, jetzt sitzen statt 35 Schülern sechzig in einer Klasse. Nach Inkrafttreten des numerus clausus werden sie vollends aus den Nähten platzen. Das schreckt aber die Behörde keineswegs.

Was in diesen Klassen betrieben wird, spottet jeder Beschreibung. Für einen Beruf wird nicht ausgebildet, sondern es wird "wiederholt"! Behandelt wird das kleine Einmaleins und die sogenannte Vervollständigung der Deutschkenntnisse.

Wie wird die Auslese für die weiterführenden Schulen nun betrieben? Gesiebt wird nach den Noten, und die Kinder reicher Eltern werden da stets besser abschneiden. Denn bewertet nach Noten wird die "Bildung", die die Bourgeoisie braucht, und in einer Bourgeoisfamilie kennt man sich da besser aus.

Langt's für die Kinder reicher Eltern trotz allem nicht, so kann man noch Nachhilfeunterricht nehmen. Das erfordert Geld.

,Gefördert wird diese Auswahl noch durch die geplante Einführung der Stufenschule mit immer neuen Zulassungsbeschränkungen und Aufnahmeprüfungen. Um trotz "erschöpfter Kapazitäten" in allen Schulstufen aufgenommen zu werden, müssen Nachhilfeunterricht, optimale Arbeitsbedingungen und die erforderlichen Wartezeiten bis hin zur Aufnahme finanziert werden. Selbst wenn die Kinder reicher Eltern dabei steckenbleiben, können sie immer noch auf die Privatschulen ausweichen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden besuchen bereits 9 Prozent aller Schüler in der BRD eine private Schule. Auf der Strecke bleiben die Kinder der Arbeiterklasse und der armen Schichten.

Deutlich wird daran, wie sich die Spaltung des Schulwesens auf die Ausbildung der Masse der Jugendlichen auswirkt. Daß der Staat diese Spaltung jetzt noch verschärft, macht offensichtlich, daß die Arbeiterjugend auf ihn nicht setzen kann, sondern daß sie in ihre eigene Kraft vertrauen muß. – (f., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg)

Streiks an Abendgymnasien

Oldenburg. Während des letzten KVZ-Leserkreises erfuhren wir, daß die Kultusministerkonferenz beabsichtigt, am 13. November den Bonus von 0,5 für die Schüler von Kollegs und Abendgymnasien zu streichen. Kollegs und Abendgymnasien sind Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, in denen Berufstätige nachträglich das Abitur machen können.

Was bedeutet der Wegfall des Bonus? Einer, der z.B. Lehrer werden und an der Universität in Oldenburg Deutsch studieren will, für das der numerus clausus bei 2,6 liegt, könnte jetzt bei einem Notendurchschnitt von 3,1 noch durch den Bonus einen Studienplatz erhalten. Beim Wegfall des Bonus muß er mit Sicherheit auf seinen Studienplatz warten, was er sich finanziell meist nicht leisten kann.

Das Ganze läuft darauf hinaus, den "zweiten Bildungsweg", den die Bourgeoisie einst groß propagiert hat, auszutrocknen und die Hochschulen für den "zweiten Bildungsweg" dicht zu machen.

Die Schüler wollen sich das aber nicht gefallen lassen. An den Kollegs und Abendgymnasien in Oldenburg, Wolfsburg, Braunschweig, Hannover, Hamburg, Berlin und wahrscheinlich auch an vielen anderen Orten im gesamten Bundesgebiet wird daher für den 12. und 13. November ein Streik geplant. An den Streiktagen wollen die Schüler in die Innenstädte gehen und die Bevölkerung über ihren Streik informieren. – (KVZ-Lesekreis der Kommunistischen Hochschulgruppe Oldenburg)

Beschluß der Landesringe

"Mitte November wird an allen Instituten des zweiten Bildungsweges in Nordrhein-Westfalen gestreikt!" Diesen Beschluß faßten dieletzten Tagungen der Landesringe der Studierenden an den Kollegs und Abendgymnasien in Nordrhein-Westfalen.

Demonstrationen gegen die staatliche Preistreiberei

Dortmund. In Dortmund demonstrierten am Freitag 600 Menschen gegen die Absicht des Stadtrates, die Tarife für Busse und Straßenbahnen der Stadtwerke zu erhöhen.

Unter den Losungen **"Keine Fahrpreiserhöhung" und "Der Stadtrat muß die Fahrpreiserhöhung ablehnen"** hatte der Aktionskreis "Kampf den Fahrpreiserhöhungen" zu dieser größten örtlichen Demonstration seit mehr als zwei Jahren aufgerufen. In dem Aktionskreis hatten sich vor drei Wochen die "Falken", Jungdemokraten, Freie Sozialisten, Vereinigte Kriegsdienstgegner, Wanderjugend, Evangelische Schülergruppe und Studentengemeinde, das Dortmunder Lehrlingstheater, die Ortsgruppe Dortmund des KBW und ihre Massenorganisationen sowie ein weiteres Dutzend örtlicher Jugend- und Studentengruppen zusammengeschlossen. Die DKP war mit ihren Jugendorganisationen MSB Spartakus und SDAJ nicht in der Aktionseinheit, weil ihre Forderung nach Nahverkehrsabgabe der Konzerne von allen anderen Gruppen als Teil der Plattform der Aktionseinheit abgelehnt wurde.

Die Gruppe "Roter Morgen" und die Gruppe "Rote Fahne" waren nicht aufgenommen worden, weil sie die zweite Losung ablehnten und als Plattform der Aktionseinheit die Einschätzung der DKP als sozialfaschistisch verlangten.

Die Demonstration und Kundgebung verlief in guter und kämpferischer Stimmung und gab so dem Willen der Mehrheit der Dortmunder Bevölkerung richtig Ausdruck; schließlich waren ja auch in knapp zehn Tagen über 6 000 Unterschriften für die Forderungen des Aktionskreises gesammelt worden.

Am nächsten Montag, dem Tag der Beschlußfassung des Stadtrats, wird der Aktionskreis eine Kundgebung durchführen, auf der als Sprecher Gewerkschafter, Jugendvertreter, Berufsschulsprecher, Vertreter von Schülermitverwaltungen und Allgemeinen Studentenausschüssen den entschiedenen Willen aller Schichten des Volkes und der Arbeiterklasse gegen diese weitere Ausplünderung bekräftigen.

Braunschweig. 350 Menschen beteiligten sich in Braunschweig an einer Demonstration am 1. November gegen eine erneute zwanzigprozentige Erhöhung der Fahrpreise. Aufgerufen hatte die Schülervertretung der Gewerblichen Berufsschule I. Die Ortsgruppe des KBW unterstützte den Aufruf. "Für die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen durch den Stadtrat" und "Senkt ihr nicht die Preise, dann gehn wir auf die Gleise", riefen die Demonstranten. Eine kurze Blockade der Straßenbahngleise wurde durchgeführt. Die Polizei versuchte vergeblich, mit Motorrädern, mit Tritten und Schlägen die Gleise freizumachen.

Trier. "Zum ersten Mal hat sich gegen die Stadtratspolitik Protest in einem solchen Umfang gebildet. Offen aufgestanden sind die Menschen gegen die Ausplünderung durch die ständig steigenden städtischen Gebühren ... Die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen sind deshalb eine große Ermutigung für die Lohnabhängigen und die lernende Jugend, auch wenn das unmittelbare Ziel, die Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen, diesmal noch nicht erreicht wurde", heißt es in einer Erklärung, die von den 170 Teilnehmern einer derneuten Demonstration gegen die Tariferhöhungen verabschiedet wurde. Zu der Demonstration hatte eine Aktionseinheit aufgerufen von Gewerkschaftern, Schulsprechern und Schülermitverwaltungen mehrerer Gymnasien und einer Realschule, dem Studentenparlament der Universität, der Katholischen Studierenden Jugend, der Sympathisantengruppe des KBW und der Kommunistische Studentenbund Trier.

Schon am 16. Oktober, an dem Tag, an dem der Stadtrat die Erhöhungen beschlossen hat, waren 250 Menschen auf der Straße, um gegen die Erhöhung zu protestieren. Als sie in den Sitzungssaal des Stadtrates mit ihren Transparenten zogen, ließ der Stadtrat mit Polizeigewalt räumen. Es war die größte Demonstration in Trier seit Kriegsende. 5 500 hatten sich durch Unterschriften mit den Forderungen der Aktionseinheit solidarisiert. Nach dem Beschluß des Stadtrates ist es dann aber nicht mehr gelungen, mehr Menschen für die Demonstration zu gewinnen.

Die Befürworter des § 218 studiert

Diskussionsveranstaltung in Heidelberg- Weststadt

Heidelberg. Vor etwa drei Wochen machte das Bereichskomitee Weststadt/Bergheim bei Heidelberg eine Veranstaltung, zu der es neben Vertretern der Parteien, Kirche, Richterschaft auch zwei Ärzte des Gesundheitsamtes von Heidelberg eingeladen hatte.

Als zwei Komiteemitglieder Dr. Heberer und Dr. Ebermann aufsuchten, um sie einzuladen und sie zu einer Stellungnahme zum neuen Gesetzentwurf und zu den Forderungen der Komitees aufzufordern, konnten sie erfahren, wie gerade diese Herren, von denen es tagtäglich abhängt, ob Frauen, die zur Abtreibung gezwungen sind, ihren Schein bekommen oder nicht, sich als willfährige Büttel des Staates erweisen.

Die Meinung des Dr. Heberer, stellvertretender Leiter des Gesundheitsamtes, war, daß im Moment alles so "unkontrolliert" ablaufe. Das stört ihn also, nicht die elende Lage der werktätigen Frauen, die sie oft zur Abtreibung zwingt, sondern daß der Staat die Kontrolle und Übersicht verloren hat. Abtreibung sei unverantwortbar, meinte er, die Staatsautorität müsse schließlich respektiert werden. "Die Frauen, die ihre Kinder nicht wollten, sollten sie doch zur Adoption freigeben", denn es gebe sowieso zu wenig Nachwuchs, die Geburtenziffern gingen zurück, in dieses Vakuum strömten die Ausländer, "wenn das so weitergeht, graben wir unser eigenes Grab!" Um die Erhaltung des Volkes geht's dem Herrn also, besser gesagt, um die Erhaltung billiger Arbeitskräfte, über die die herrschende Klasse dann je nach Bedarf verfügen kann.

Dr. Ebermann, der Leiter der Gutachterstelle für Schwangerschaftsunterbrechungen, trat gleich als offener Gegner der Bewegung gegen den § 218 auf: "Ich rede nur noch mit Ärzten." "Sie sind ja gesteuert." "Ich bin auf jeden Fall gegen die ersatzlose Streichung des § 218." Und auf die Frage, ob er also dafür sei, daß Frauen für eine Abtreibung bestraft werden, schmiß er die Komiteemitglieder raus.

Beide Herren weigerten sich, ihre Meinung auch öffentlich zu vertreten, und sind nicht auf die Veranstaltung gekommen.

Sehr gut konnten wir uns auf der Veranstaltung, zu der über 60 Menschen gekommen waren, aber mit einem evangelischen Klinikseelsorger und einem Vertreter der SPD auseinandersetzen. Unser Ziel, bei dieser Diskussion mit den Verfechtern des § 218 aufzuzeigen, daß nur im selbständigen Kampf des Volkes dieser Paragraf zu Fall zu bringen ist, haben wir erreicht. Das Gerede des SPD-lers war im Grunde ein Aufruf an die Menschen, der SPD doch als "traditioneller Partei der Schwachen" weiterhin zu vertrauen. Damit stieß er allerdings auf den Protest fast aller Anwesenden, die ihm die Politik seiner Partei gerade hier in Heidelberg vorhielten (Altstadtsanierung, Erhöhung der Straßenbahnpreise usw.). Ziemliche Empörung gab es, als er im gleichen Atemzug die Strafbarkeit der Abtreibung verteidigte und andeutete, daß er selbst ja auch mal jemandem geholfen habe. Dieser Versuch, sich anzubiedern, kam nicht an, denn klarer konnte er nicht aufzeigen, daß dieser Paragraf ein Klassenparagraf ist, den die Reichen und Höhergestellten dieser Gesellschaft leicht umgehen können, der die armen Schichten des Volkes aber schikanieren und bevormunden soll.

In einer Abstimmung haben sich bis auf vier (einschließlich Pfarrer und SPD-Vertreter) alle Anwesenden hinter die Forderungen des Komitees gestellt und unterstützt, daß das Komitee in den nächsten Tagen Stände vor dem Gesundheitsamt macht, in denen es die volksfeindlichen Ansichten der Doktoren Heberer und Ebermann anprangert und auf die "Beraterfunktion" des Gesundheitsamtes hinweist. Für die Arbeit des Komitees wurden 468 DM gespendet! – **(d.)**

Justizterror gegen Gegner des § 218

Viermal 7-tägige Ordnungsstrafe verhängt und sofort vollstreckt

Frankfurt. In Handschellen ließ der Richter Rolf Schwalbe am Montag, dem 3. November, drei Frauen und einen Mann zu jeweils sieben Tagen Einzelhaft abführen.

Angeklagt war ein Mann, dem zum Vorwurf gemacht wird, Parolen gegen den § 218 anläßlich der Demonstration, zu der gleich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der DGB nach Karlsruhe aufgerufen hatte, gemalt zu haben und sich seiner Verhaftung widersetzt zu haben. Gegen den Angeklagten war vor Prozeßbeginn Haftbefehl erlassen worden mit der Begründung, daß er in einer Wohngemeinschaft lebe.

Zum Prozeßbeginn hatten Mitglieder des Frankfurter Frauenzentrums dem wegen seiner Terrorurteile in politischen Prozessen berüchtigten Gerichtsvorsitzenden "Ehrenkränze für seinen Einsatz zur Rettung ungeborenen Lebens" – so das Flugblatt des Frauenzentrums – mitgebracht. Als sie diese Kränze vor dem Richter niederlegen wollten, befahl Schwalbe sofort seinen Justizwachtmeistern und den drei geladenen Polizei-Zeugen, die Beteiligten festzunehmen. Die Polizisten stürzten sich mit unglaublicher Brutalität auf die Frauen und schlugen sie teilweise regelrecht zusammen. Auch ein Rechtsanwalt wurde aus dem Saal geworfen. Richter Schwalbe eilte persönlich hinaus auf den Gerichtsflur und beteiligte sich selbst durch körperliche Gewalt an der Festnahme von zwei Frauen (aus der Presseerklärung der zwei Verteidiger).

Nach der Festnahme ließ er drei Frauen und einen Mann gefesselt vorführen und verhängte die höchstmögliche Ordnungsstrafe wegen "ungebührlichen Verhaltens im Gerichtssaal": sieben Tage Haft. Die drei Frauen und der Mann wurden sofort in die Strafanstalt Preungesheim abtransportiert und in Anstaltskleidung gesteckt. Sie werden in strenger Einzelhaft bei vollständiger Isolierung gefangengehalten. Einzelhofgang ist angeordnet, und jeglicher Kontakt zu anderen Gefangenen ist untersagt. Einer Frau wurde sogar verboten, telefonisch Hilfe zu verständigen, damit ihr Kind zu Hause versorgt werden konnte.

Die Leiterin der Strafvollzugsanstalt, Pilgrim, erklärte auf den Protest der Verteidiger hin, die strenge Trennung von den anderen Häftlingen sei laut Dienstvollzugsordnung notwendig.

Am Dienstag haben über hundert Menschen vor dem Gefängnis für die sofortige Freilassung der Inhaftierten und gegen den § 218 demonstriert. Vor dem Gefängnis waren starke Polizeikräfte aufgefahren.

Auch an den folgenden Tagen werden Kundgebungen vor dem Gefängnis stattfinden. Das Komitee gegen den § 218 ruft mit dazu auf.

Für Freitag rufen das Komitee gegen den § 218 und die Ortsgruppe des KBW zu einer Demonstration zum Amtsgericht auf. Aktionseinheitsverhandlungen waren bei Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen.

Vom Chef unter Druck gesetzt. Eine schwangere Frau berichtet:

„Die Schwangerschaft passt ihnen nicht"

Frankfurt. Nachdem ich etwa fünf Monate zur Aushilfe von der Zeitarbeit in meinem jetzigen Betrieb gearbeitet hatte, wurde mir eine feste Anstellung angeboten. Der Arbeitsvertrag wurde im Mai gemacht, die Arbeit nahm ich im Juli auf.

Anfang Oktober erkrankte ich, gleichzeitig wurde eine Schwangerschaft festgestellt. Eine Bescheinigung darüber schickte ich zusammen mit der Krankmeldung an die Personalabteilung.

Als ich drei Wochen später meine Arbeit wieder aufnahm, kam die erste Überraschung: Die gesamte Abteilung war über meine Schwangerschaft bestens informiert, obwohl solche Mitteilungen des Arbeitnehmers an den Arbeitgeber vertraulich zu behandeln sind. Als ich daraufhin gleich zum Abteilungsleiter ging, um mich über diese Indiskretion zu beschweren, bekam ich nach scheinheiligen "Glückwünschen" folgendes zu hören: Menschlich sei man enttäuscht, denn ich hätte mir doch überlegen sollen, in welche Situation ich jetzt ihn und seine Abteilung brächte. Nachdem nach langer Zeit vor drei Monaten die Planstelle mit mir besetzt werden konnte, sähe es jetzt so aus, daß durch den mir zustehenden Mutterschutz mehrere Monate die Stelle unbesetzt bleiben werde und die Arbeit liegen bleibe. Eine zusätzliche Einstellung würde der Hauptvorstand des Konzerns nicht genehmigen. Durch meine Schwangerschaft hätte ich also die Abteilung in eine sehr schwierige Lage gebracht, das müßte ich doch verstehen.

Ich konnte dazu nur erklären, daß ich dies keinesfalls verstehen könne. Ob er mir denn eine Abtreibung aus Geschäftsinteresse vorschlagen wolle? Dies wies er natürlich weit von sich, ganz im Gegenteil, er habe mir ja gratuliert.

Solche unverblümten Unverschämtheiten und solche Unverfrorenheit leisten sich die Kapitalisten und ihre Vertreter, die hochbezahlten Manager. Gerade wie es ihnen paßt, sind sie meistens "aus prinzipiellen Erwägungen" für das Fortbestehen des Paragrafen 218.

Wenn es aber so kommt, daß sie und ihre Abteilung plötzlich durch das "unangenehme" Mutterschutzgesetz, das kläglich genug ist, in die Lage kommen, daß Arbeit liegen bleibt, weil sie in Zeiten der Krise niemanden zusätzlich einstellen und rationalisiert wird, wo es nur geht, dann versuchen sie die Leute einzuschüchtern und reden von menschlicher Enttäuschung.

Hinter der sogenannten "menschlichen Enttäuschung" schaut unmaskiert die Fratze des Unternehmers heraus, der soviel wie möglich aus der Belegschaft herausschlagen will. Wenn es darum geht, Frauen um ihr Recht auf Lohnfortzahlung nach dem Mutterschutzgesetz zu betrügen, ist ihnen nichts zu schäbig. – **(h., Frankfurt)**

stens informiert, obwohl solche Mitteilungen des Arbeitnehmers an den Arbeitgeber vertraulich zu behandeln sind. Als ich daraufhin gleich zum Abteilungsleiter ging, um mich über diese Indiskretion zu beschweren, bekam ich nach scheinheiligen "Glückwünschen" folgendes zu hören: Menschlich sei man enttäuscht,
ich dies keinesfalls verstehen könne. Ob er mir denn eine Abtreibung aus Geschäftsinteresse vorschlagen wolle? Dies wies er natürlich weit von sich, ganz im Gegenteil, er habe mir ja gratuliert.
Solche unverblümten Unverschämtheiten und solche Unverfrorenheit leisten sich die Kapitalisten und ihre
chen Enttäuschung" schaut unmaskiert die Fratze des Unternehmers heraus, der soviel wie möglich aus der Belegschaft herausschlagen will. Wenn es darum geht, Frauen um ihr Recht auf Lohnfortzahlung nach dem Mutterschutzgesetz zu betrügen, ist ihnen nichts zu schäbig. – (h., Frankfurt)

Gegen den § 218
Hannover. Die ÖTV-Vertrauensleute beim Landkreis Hannover haben am 8. September einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: "Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218.
und dem Volk für die Abschaffung des § 218 zu kämpfen."
Gegen die Disziplinierung am Kolping-Kolleg

Gegen den § 218

Hannover. Die ÖTV-Vertrauensleute beim Landkreis Hannover haben am 8. September einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: "Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218. Die Entscheidung über den § 218 darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden, vielmehr muß das Volk selber entscheiden." Der DGB-Kreisvorstand wird aufgefordert, in Hannover eine Veranstaltung gegen den § 218 durchzuführen.

Hannover. Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Annastift hat einstimmig einen Volksentscheid gegen den § 218 gefordert.

Hannover. Die Jugendmitgliederversammlung der ÖTV an der Medizinischen Hochschule Hannover hat einen Antrag an die Kreisjugendmitgliederversammlung beschlossen, in dem ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert wird.

Hildesheim. 37 Kollegen unterschrieben die Forderungen der Initiativen und Komitees am Stadttheater Hildesheim. Einige Kollegen arbeiten im Hildesheimer Komitee mit. Ein Aushang am Gewerkschaftsbrett über Aktivitäten in ÖTV und Gewerkschaft der Bühnenangestellten gegen den § 218 wurde von Kollegen begrüßt. In der Beleuchtung sind von 12 Kollegen acht gegen den § 218.

Osnabrück. Die Jugendversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen hat mehrheitlich beschlossen, die Forderungen der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen.

Münster. Die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen des Stadtverbandes Münster der GEW hat die Forderungen der Komitees gegen den § 218: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! mehrheitlich verabschiedet. Der Beschluß wurde an den Vorstand weitergeleitet.

Seesen. Der Schülerrat der Seesener Oberschule hat auf seiner Sitzung am 15. Oktober eine Resolution verabschiedet, in der die vier Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt werden. In der Resolution heißt es u.a.: "Auch uns Oberschüler, die wir in der großen Mehrzahl von unserer Herkunft nicht zu den Besitzenden gehören und später selber lohnabhängig werden, geht der § 218 direkt an. Es liegt in unserem Interesse, gemeinsam mit den Arbeitern und dem Volk für die Abschaffung des § 218 zu kämpfen."

Gegen die Disziplinierung am Kolping-Kolleg

Freiburg. Gegen das Urteil des Freiburger Landgerichts im Fall Kolping-Kolleg hat das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Freiburg protestiert,

"1. weil darin dem Träger der Schule, der Kirche, das generelle Recht zugestanden wird, den Schülerinnen ihre politischen und 'ethischen Grundsätze' aufzuzwingen. (Hier: § 218)

2. weil im Urteil ein mehrwöchiger Schulverweis wegen der § 218-Gegnerschaft der Schülerinnen als 'angemessene Strafe' anerkannt wird, dies aber in Wirklichkeit eine ungeheure politische Bevormundung der gesamten Schülerschaft darstellt.

3. weil in der Begründung des Urteils schon die Androhung weiterer Disziplinarmaßnahmen enthalten ist, falls die Schülerinnen in Zukunft nicht kuschen und den Auffassungen der Kirche widersprechen.

Diese Disziplinierungen der Schülerinnen und die Unterstreichung der staatlichen Bevormundung durch den § 218 weisen wir zurück!", heißt es in der Resolution.

Stuttgart. Der Landesring der Studierenden des zweiten Bildungsweges in Baden-Württemberg hat in einer Presseerklärung gegen die Disziplinierungen der beiden Schülerinnen am Freiburger Kolping-Kolleg Protest eingelegt. In der Erklärung heißt es u.a.: "Damit werden die durch das Schulverwaltungsgesetz ohnehin schon eingeschränkten Rechte an den kirchlichen Kollegs noch mehr beschnitten. Dieser Vorfall bedeutet für den Landesring eine Verschärfung der politischen Disziplinierung an Instituten des Zweiten Bildungswegs. Das bedeutet: Einführung des Radikalenerlasses am Zweiten Bildungsweg. Sollten diese Disziplinierungsmaßnahmen nicht bedingungslos zurückgenommen werden, wird sich der Landesring entsprechende Maßnahmen vorbehalten."

Berichtigung

Durch einen unkorrigiert gebliebenen Satzfehler ist in der letzten KVZ eine falsche Zahlenangabe über die Demonstration gegen den § 218 in Frankfurt enthalten. An der Demonstration nahmen nicht 2 000, sondern 4 500 Menschen teil. – (Red.)



Mannheim: Diskussion im Foyer des Theaters über das Stück "Cyankali"

Diskussion nach der Aufführung des Stückes "Cyankali"

„Heute nicht anders als vor 50 Jahren"

Mannheim. Am Abend des 23.10.75 waren nach einer Theatervorstellung des Stückes "Cyankali" von F. Wolff im Mannheimer Nationaltheater im Foyer noch mehr als 150 Besucher zusammen, die über den Inhalt dieses Stückes, den § 218, mit dem Vorsitzenden des deutschen Frauenärzteverbandes Dr. Wegner diskutierten

Der hohe Funktionär der weißen Zunft bemühte sich mit Eifer, die Anstrengungen der bürgerlichen Parlamentarier zur Zementierung des § 218 als Fortschritt gegenüber den Verhältnissen in der Weimarer Republik, wo das Stück spielt, hinzustellen. Vor allem wegen der Einführung der Notlagenindikation. Allerdings "müssen hier selbstverständlich einige Vorschaltstellen eingeschaltet werden", denn sonst könne ihm ja jede Frau von einer Notlage erzählen.

Was dieser Dr. Wegner über die Menschen denkt, die auf das Recht auf Abtreibung angewiesen sind, kam heraus, als er nach seiner Meinung zu der Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 gefragt wurde. "Gegen die ersatzlose Streichung des § 218 muß ich Ihnen entgegenhalten, was ganz banal klingt: Dann heben Sie doch auch die Gesetze gegen den Diebstahl auf, denn es wird soviel gestohlen in Deutschland, daß man gar keine Diebe mehr zu fassen braucht."

Die Diskussionsteilnehmer sahen sich durch das verächtliche Geschwätz des Ärztefunktionärs nur darin bestärkt, daß der Kampf für das Recht auf Abtreibung fortgesetzt werden muß.

Folgende Resolution wurde verabschiedet und beschlossen, diese mit Bitte um Veröffentlichung an die Zeitungen der Gegend zu schicken:

"Wir haben heute im Nationaltheater in Mannheim das Stück 'Cyankali' gesehen, das uns deutlich vor Augen geführt hat, was die Menschen zur Abtreibung zwingt und wie die Menschen durch den § 218 zu Kriminellen abgestempelt werden. Wir haben gesehen, daß dies allein die soziale Not ist, in die die Menschen durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse getrieben werden. Das war vor 50 Jahren so, wo das Stück spielt, und ist auch heute nicht anders. Deshalb können wir uns mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht abfinden, das diesen Paragraphen zementiert. Keine Instanz, kein Gericht, auch nicht die Ärzte können bestimmen, daß dieser Paragraph bleiben soll. Deshalb unterstützen wir die Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"

Angenommen bei 5 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen. – **(ch, Heidelberg)**

betr: Maulkorberlaß

Seine Magnifizenz
der Rektor
tut kund u. zu wissen:

"Die Verteilung u. der Anschlag von Plakaten Flugblättern u. ä. mit nichtwissenschaftlichem, nicht-hochschulpolitischem, beleidigendem oder nötigendem Inhalt sind grundsätzlich unzulässig."

Erlaubt dagegen ist jegliches Schrifttum, das dem Geist unserer staatlichen Ordnung, der herrschenden Wissenschaft u. dem Privateigentum entspricht.

So muß es gelingen, die Rebellion unter den Studenten einzudämmen: auf daß die, die nichts besitzen, es lernen, sich der hohen Verantwortung der Reichen u. ihren Professoren zu beugen.

Die entsprechenden Zwangsmittel sind bereitzustellen.

gegeben zu Hd. 24.7.75

Oberzensor u.
Korruptionsrektor
Niederländer

Universität Heidelberg:

Dem Korruptionsrektorat den Kampf angesagt

Heidelberg. Wie bereits in der letzten KVZ berichtet, führten die Studenten der Universität Heidelberg letzte Woche eine Veranstaltung zur "Korruption und Vetternwirtschaft" durch, die vom Rektor Niederländer verboten worden war.

Veranstalter war die Kommunistische Hochschulgruppe. Verhindern wollten Staatsbürokratie und Rektorat damit, daß ihre Korruptionsmanöver, die inzwischen durch den Schlußbericht eines Untersuchungsausschusses des Landtags aktenkundig sind, ans Tageslicht gezerrt werden. Was den Landtag betrifft, können sie darauf vertrauen, daß man dort auf eine "interne Bereinigung" dieses parasitären Sumpfes setzt. So ist ihre Hauptsorge, daß die Studenten ihre Betrügereien weiter aufdecken und ihnen das wissenschaftliche Mäntelchen von der Schulter ziehen, worunter die nackte Geldgier zum Vorschein kommt. Daß diese Sorge völlig berechtigt ist, haben die Studenten mittlerweile durch ein Plakat, das in vielen Exemplaren in der Universität hängt, ausgedrückt (siehe nebenstehendes Plakat).

Während Professoren sich mit ergaunerten Geldern ein feines Leben machen, sieht die Lage der Studenten völlig anders aus. Ihre Studienbedingungen verschlechtern sich immer mehr, und politisch sollen sie sich dem Staat und seinen Korruptionsprofessoren unterwerfen. Dagegen sich zu wehren, ist völlig gerecht.

Nachdem so bei den Medizinern durch Polizeieinsatz ein Büchertisch abgeräumt wurde, fand eine Woche darauf ein Aktionstag am selben Institut statt. Auch der Maulkorberlaß des Rektors konnte nicht verhindern, daß auf Wandzeitungen ausführlich "beleidigt und genötigt" wurde, d.h. die märchenhaften Verdienste der Klinikdirektoren wurden dargelegt und politische Literatur wurde verkauft.

Ein wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung der Studenten war die Universitätsvollversammlung am Donnerstag letzter Woche, welche durch die Kommunistische Hochschulgruppe initiiert worden war.

Ziemlich plump versuchte da das Rektorat, die Kommunistische Hochschulgruppe von den Studenten zu isolieren. Es erteilte dem Allgemeinen Studentenausschuß, der von den Jusos gestellt wird, die Erlaubnis für die Vollversammlung unter der Auflage, daß *"die geplante Veranstaltung ohne Beteiligung der Kommunistischen Hochschulgruppe stattfindet, nachdem diese in letzter Zeit in massiver rechtswidriger Weise die Ordnung der Universität verletzt hat"*.

Die Vollversammlung erteilte diesem Manöver des Rektorats eine klare Absage und wählte ein Mitglied der Kommunistischen Hochschulgruppe zum Diskussionsleiter. Der Resolutionsvorschlag der Kommunistischen Hochschulgruppe bezüglich Aktionstagen und einer Streikurabstimmung gegen die staatlichen Angriffe auf die materielle Existenz und politische Selbständigkeit der Studenten wurde mit großer Mehrheit angenommen (siehe untenstehenden Bericht).

Schon zuvor hatte das Rektorat die Angriffe auf die politische Selbständigkeit der Studenten verschärft. So hat das Kultusministerium die Wahlen zum Studentenparlament verschoben, und zwar so, daß die Wahlen teilweise in den Semesterferien stattfinden sollen. Weiterhin wollen Ministerien und Rektorat die Fachschaften liquidieren.

Um die Korruptionsmachenschaften der Professoren, welche das Kultusministerium deckt, zu entlarven, und um die Angriffe von Ministerium und Rektorat zurückschlagen zu können, benötigen die Studenten aber einen Allgemeinen Studentenausschuß, der konsequent ihre Interessen gegenüber der Kultusbürokratie und dem Rektor vertritt. Und wie sieht es da aus? Der Juso-AStA erkennt den Beschluß der Universitätsvollversammlung nicht an. Sein Vorschlag zum Kampf gegen das Verbot der Veranstaltung der Kommunistischen Hochschulgruppe letzte Woche bestand darin, man solle die Veranstaltung zwei Wochen verschieben.

Das ist die Linie des Duckmäusertums vor dem Staat und liefert die Studenten den Angriffen von Ministerium und Rektorat aus. Was wir brauchen, ist ein AStA, der die Kämpfe der Studenten unterstützt, und zwar bedingungslos. – (e., Kommunistische Hochschulgruppe / Red.)

Beschlüße zu Urabstimmungen und Streiks

Freiburg. Am Montag, dem 3.11., fand die zweite Vollversammlung an der Freiburger Universität in diesem Semester statt. Zu dieser zweiten Vollversammlung waren 1 000 Studenten gekommen, nachdem in der Woche zuvor bereits eine Vollversammlung mit 1 200 Studenten stattgefunden hatte. Es wurde auf Vorschlag der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) die Urabstimmung über einen Streik vom 1. bis 3. Dezember bei drei Gegenstimmen beschlossen. Beschlossen wurde von zwei Dritteln der anwesenden Studenten, den Streik unter folgenden Forderungen zu organisieren:
"Erhöhung der Ausbildungsförderung ab 1. Oktober 1975!
600 DM Ausbildungsförderung und 1 200 DM Elternfreibetrag!
Weg mit der Darlehensregelung!
Rücknahme aller Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen!
Weg mit den Ersatzgeldern!
Keine Landesgebührenordnung!
Einspruchsrecht der Organe der Verfaßten Studentenschaft bei allen Änderungen der Prüfungs- und Studienbedingungen!
Sofortige Einstellung aller Bespitzelungsverfahren!
Rücknahme der politischen Entlassungen!
Weg mit dem Ministerpräsidentenbeschluß!
Weg mit dem Schieß-Erlaß!
Für das uneingeschränkte politische Mandat der Organe der Verfaßten Studentenschaft!
Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!
Übernahme aller Studenten in die Referendarausbildung!
Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen und keine Arbeit finden!"

Weiterhin wurde in der Resolution beschlossen:

"Der AStA führt vom 20. bis 28. November eine Urabstimmung über einen Streik an der Freiburger Uni vom 1. bis 3. Dezember durch . . .

Der Streik ist beschlossen, wenn mindestens 33 Prozent der immatrikulierten Studenten sich an der Urabstimmung beteiligen und die Mehrheit mit Ja stimmt.

Die Universitätsvollversammlung fordert die Landesastenkonferenz auf, ihren Beschluß vom 22.10.1975 zu einem einheitlichen Streik in Baden-Württemberg insofern zu korrigieren (vgl. letzte KVZ), als die Forderung nach 'Einspruchsrecht der Organe der Verfaßten Studentenschaft bei allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen' wieder aufgenommen wird. In dem Aufruf der Landesastenkonferenz fehlt jegliche Forderung, mit der wir uns gegen die Verschlechterung der Studien- und Prüfungsbedingungen zur Wehr setzen können, und er ist von daher unzureichend. Der AStA wird beauftragt, diese Korrektur auf der nächsten Landesastenkonferenz zu beantragen und dafür einzutreten." (aus der verabschiedeten Resolution)

Heidelberg. Mit großer Mehrheit verabschiedete die Vollversammlung der Universität Heidelberg letzten Donnerstag auf Vorschlag der Kommunistischen Hochschulgruppe eine Resolution zur Durchführung einer Streikurabstimmung. Darin heißt es: "Das Rektorat schlägt die Taktik ein, einzelne Auseinandersetzungen isoliert zu brechen. Hier ist ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen notwendig. Die Richtung hierzu ist angegeben durch den Beschluß der Landesastenkonferenz zur Durchführung einer Urabstimmung für Streik vom 1. bis 3. Dezember gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und die politische Entrechtung. Der landesweite Streik ist ein zentraler Schritt zur Durchsetzung der dringendsten Forderungen der Studenten.

Die auf der Universitätsvollversammlung versammelten Studenten sagen dem Rektorat Niederländer den Kampf an und beschließen deshalb, vom 4. bis 6. November Aktionstage an der Universität durchzuführen unter den Forderungen:
– 600 DM BAFöG, 1 200 DM Elternfreibetrag sofort! Weg mit der Darlehensregelung!
– Einspruchsrecht der Organe der verfaßten Studentenschaft bei allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen!
– Weg mit den Straf- und Ordnungsverfahren! Weg mit dem Hausverbot für T. Helgenberger!
– Weg mit dem Veranstaltungsverbot!
– Keine Verschiebung der Studentenparlamentswahlen! Für das Recht der Studentenvertretung, die Wahl zum Studentenparlament selbständig durchführen zu können!
– Weg mit dem Maulkorberlaß des Rektorats!"

Kiel. Montagabend tagte die Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein. Der Antrag des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Kiel zur Durchführung der VDS-Aktionstage wurde mit einigen Änderungen mehrheitlich gebilligt. Im Aufruf heißt es: "Die Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein ruft die Studenten Schleswig-Holsteins auf, durch landesweite Aktionstage vom 1. bis 3. Dezember, die untermauert werden sollten durch Streiks an den Hochschulen, sowie durch die Durchführung einer landesweiten Demonstration am 3. September ihren Protest auszudrücken." Forderungen wurden aufgestellt zu: Einspruchsrecht der Studenten und ihrer Vertretungsorgane bei Änderungen in Studien- und Prüfungsordnungen!

Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen!

Rücknahme der Gehaltskürzungen der wissenschaftlichen Hilfskräfte an der Universität Kiel! Erhöhung der Ausbildungsförderung für Studenten! Die Kieler Hochschulen werden auf einen Warnstreik am dritten Tag der Aktionstage hinarbeiten.

Staatskommisar gegen das politische Mandat der Studentenschaft

Universität Marburg: Die bürgerliche Reaktion erprobt, wie weit sie den Angriff auf die Rechte der Studenten treiben kann

Jahrelang hat die bürgerliche Klasse darauf gesetzt, daß die demokratische Bewegung an den Hochschulen ein Spuk sei, der nach gewisser Zeit vorübergehen würde. Dementsprechend haben die bürgerlichen Politiker darauf gesetzt, die rechten Studentengruppen und die Studentenverbindungen hochzupäppeln und den linken Studenten Freiheitsrechte zu beschneiden.

Die rechten Studenten sollten unter den Fittichen des Staatsapparates in eine Führungsposition gegenüber den Studentenmassen geraten. Jetzt hat die herrschende Klasse eine neue Phase der Auseinandersetzung eingeleitet. Sie hat erkennen müssen, daß sich der Einfluß der Kommunisten an den Hochschulen nicht ausrotten läßt, sondern sich neuerlich ausbreitet, weil die Bedingungen, die die herrschende Klasse mit dem Staatsapparat jedem setzt, der studieren will, tatsächlich unerträglich sind und Widerstand in aller Breite hervorrufen.

In Hessen, das diesmal soweit vor ist, daß es gleich nach Bayern kommt, führt jetzt die Kultusbürokratie einen Schlag gegen die Studentenbewegung, der gefährlich ist. Der Allgemeine Studentenausschuß der Marburger Universität wurde am vergangenen Samstag seines Amtes enthoben, und der Universitätsbeamte Naumann wurde durch den Universitätspräsidenten Zingel als Staatskommissar eingesetzt.

Dagegen erhebt sich Protest, und dies ist gut. Diese Maßnahme wird von den Studenten verstanden als ein Angriff auf Rechte, die sie bitter nötig brauchen, wenn sie nicht Studienbedingungen hinnehmen wollen, die entwürdigend und aufreibend zugleich sind. Schon nach der ersten Drohung des Rektors vor zwei Wochen war es klar; Die Studenten gingen zu Tausenden auf die Straße. Sie protestierten gegen die geplante Maßregelung durch Hochschulbeamte und Kultusminister, die bis zum 29. Oktober eine Erklärung der Studentenschaft verlangten, daß der Allgemeine Studentenausschuß in Zukunft auf politische Äußerungen und Stellungnahmen verzichten sollte.

Der Marburger Rektor war vor Jahren unter Mithilfe der DKP-Studenten als fortschrittlicher Mann in den Sattel gehoben worden. Jetzt sieht man, fortschrittlich ist er nicht, aber schlau, und seine DKP-ler kennt er.

Der Allgemeine Studentenausschuß hat der Drohung mit der Amtsenthebung entgegengesetzt: eine fischblütige Berufung auf die herrschenden Gesetze, die etwas Reaktionäres und Kompliziertes sind, anstatt auf die Interessen der Studenten, die etwas Einfaches sind, das man durch Kampf verteidigen kann.

Dies hat der Rektor als Einladung zur Amtsenthebung aufgefaßt. Er verlängerte das Ultimatum und forderte den DKP-AStA auf, am Freitag zu Kreuze zu kriechen.

Spätestens da war zu sehen: Wenn nicht sofort der Streik eingeleitet wird, dann ist Feierabend. Die DKP-Studenten im Allgemeinen Studentenausschuß schwiegen.

Als der Polizeibeamte im Rektorkittel nun ganz sicher sein konnte, daß gar keine Provokation die DKP-Studenten im Allgemeinen Studentenausschuß bewegen würde, zur scharfen Waffe des Streiks zu greifen, enthob er den Allgemeinen Studentenausschuß des Amtes, und jetzt ist der Staatskommissar da.

Damit hat die Politik des Rückzugs und der Treueerklärung zu den herrschenden Gesetzen, mit der die DKP-Studenten im AStA dem Angriff des Staates auf die Rechte der Studenten ausweichen und ihn unterlaufen wollen, der herrschenden Klasse eine im ersten Akt erfolgreiche Probe des Angriffs auf die Rechte der Studenten ermöglicht.

Denn Gerichtsurteile, die den Studentenvertretungen die politische Äußerung verbieten, gibt es an den westdeutschen Hochschulen schon viele. Gewagt, die Durchführung dieser Gerichtsurteile zu erzwingen bis hin zur Amtsenthebung des Allgemeinen Studentenausschusses, hat der bürgerliche Staat bisher noch an keiner Hochschule, weil sich die bürgerlichen Politiker im klaren sind, daß sich die Studentenschaft dies nicht gefallen läßt.

Ohne daß über den Ausgang der Auseinandersetzung an der Marburger Hochschule schon entschieden wäre, nehmen sich die Reaktionäre bereits die Politik der hessischen Landesregierung und des Universitätspräsidenten Zingel zum Vorbild. An der Gießener Universität wurde bekannt, daß inzwischen der Präsident der Universität den AStA ultimativ aufgefordert hat, seinen Verzicht auf politische Äußerungen zu erklären. Man sieht: Die bürgerliche Reaktion erprobt in Marburg, wie weit sie den Angriff auf die Rechte der Studenten treiben kann.

Durch Zurückweichen vor der bürgerlichen Reaktion und in der Hoffnung, daß die herrschende Klasse nicht ernst macht, wenn man ihr die Treue gegenüber den herrschenden Gesetzen zusichert, kann die Studentenschaft gegenüber diesem Angriff der bürgerlichen Reaktion an den Hochschulen nicht bestehen. Der Reaktion geht es darum, den Widerstand an den Hochschulen und die Studentenbewegung zu brechen. Jedes Zugeständnis ist ihr Hinweis für weitere Maßnahmen zur Entrechtung der Studenten.

Diese Politik jedoch trifft auf entschiedene Gegenwehr, und nicht überall gelingt es den bürgerlichen Kräften, diese Gegenwehr der Studenten zu ersticken und zu fesseln.

An vielen Hochschulen bereits sind Beschlüsse zum Streik gegen die politische Entrechtung und die Verschlechterung der Studienbedingungen für Ende November / Anfang Dezember gefaßt.

Dies zeigt: Die Masse der Studenten ist entschlossen, sich ihre Rechte nicht nehmen zu lassen und der bürgerlichen Reaktion an den Hochschulen entgegenzutreten. Auch an der Marburger Hochschule ist die Auseinandersetzung noch nicht entschieden. Nachdem der DKP-geführte AStA auf der von über 2 000 Studenten besuchten Vollversammlung Anfang dieser Woche den Aufruf zur Einleitung eines Streiks verhindert und die Durchführung einer Urabstimmung für Streik auf Mitte November vertagt hat, hängt die Entscheidung der Auseinandersetzung jetzt davon ab, ob es den Studenten gelingt, Kampfaktionen an den Fachbereichen und an der Hochschule zu organisieren und durchzuführen, die klarmachen, daß die Studentenschaft sich der Amtsenthebung des AStA nicht unterwirft und die Einsetzung des Staatskommissars nicht hinnimmt, sondern auf der Anerkennung ihrer Forderungen und Rechte besteht. – (h.j.)

Breite Solidarität gegen die Bestrafung der Koblenzer Soldaten

Koblenz. Thymo Fischer, jetzt in der 3. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 142, Gneisenaukaserne, bekam zu seiner ersten Disziplinarbuße von 120 DM wegen der Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 nun noch eine zweite Diszi dazu: 21 Tage verschärfter Ausgang. Thymo Fischer darf sich nur noch auf der Stube aufhalten und keine Gemeinschaftsräume der Einheit besuchen.

Er darf keinen Besuch empfangen. Begründung des Kompaniechefs: Die Presseerklärung sei mit Leim in der Kantine angebracht worden und der Inhalt der Presseerklärung sei falsch.

In der Presseerklärung war dargestellt worden, daß Generalleutnant Hildebrandt wegen seiner Teilnahme in Uniform an der Parade der Faschisten in Spanien nicht bestraft worden wäre.

Wolfgang Ayaß aus der 4. Kompanie des Fernmeldebataillons 330 in der Koblenzer Falckensteinkaserne bekam sieben Tage Arrest wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218. Die Strafe wurde auf fünf Monate zur Bewährung ausgesetzt.

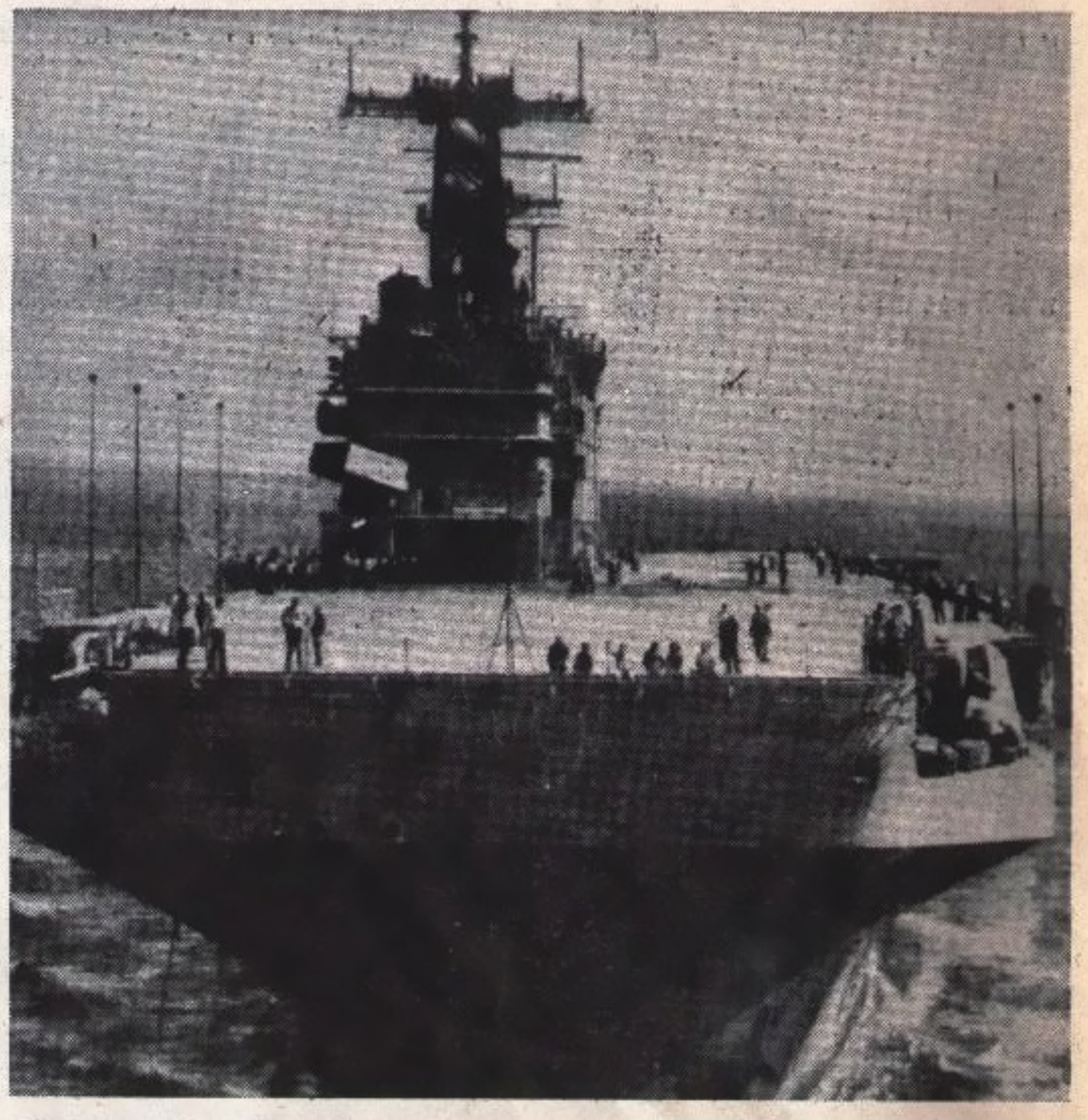
Pionier Horst Wilhelm in der Rheinkaserne wurde am Freitag, dem 23.10., eine Disziplinarstrafe wegen der Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 und der Presseerklärung angedroht. Mittlerweile wurde bekannt, daß der Kommandeur sie nicht verhängen will, weil – wie er sagte – er keine weiteren Märtyrer schaffen will.

Währenddessen treffen in den Kompanien immer mehr Solidaritätserklärungen für die Soldaten ein. Die GEW-Hochschulgruppe Rheinland-Pfalz, Abteilung Koblenz, verabschiedete eine Resolution, die sich gegen die Disziplinarmaßnahmen wendet. Über diese Solidaritätserklärung berichteten das Regionalfernsehen und der Südwestfunk. Auf Anfrage von der Deutschen Presseagentur teilte die Pressestelle des 3. Korps mit, daß Demonstrieren in Uniform verboten sei und die Strafen gerechtfertigt seien.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages reagierte und sicherte den Soldaten eine Überprüfung des Vorfalles zu.

Die letzte Meldung: Der Funker Wolfgang Ayaß wird am 5.11. zu einem MAD-Verhör in die Pionierkaserne befohlen. Dazu bekommt er eine Eskorte von drei Soldaten zur Bewachung mit!

Die Soldaten bitten, daß bei weiteren Solidaritätserklärungen unbedingt ein Durchschlag an die Initiative des Soldaten- und Reservistenkomitees Koblenz, c/o Heinz Dillmann, 5400 Koblenz, Andernacher Str. 88 eingeht. – (ws)



Das neuste Landungsboot der US-Marine, das soeben vom Stapel gelaufen ist, kann ein ganzes Bataillon einschließlich der Ausrüstung aufnehmen. Die Landung von Soldaten und Gerät kann durch Hubschrauber erfolgen.

Resolutionen

Resolution der Vollversammlung der Freiburger Studenten gegen die Disziplinierung der Koblenzer Soldaten

Wir, Studenten der Albert-Ludwig-Universität Freiburg, haben gehört von der Bestrafung und Verfolgung Koblenzer Soldaten, weil sie an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen haben. Wir sind der Meinung, daß es eine vollkommen richtige Sache ist, gegen den § 218 aufzutreten. Der § 218 ist ein Klassenparagraf, der die besitzlosen und unterdrückten Klassen des Volkes trifft. Wenn also Soldaten an der Demonstration teilgenommen haben, so haben sie damit gezeigt, daß sie auf der Seite des Volkes stehen. Wir begrüßen deshalb die Teilnahme der 200 Soldaten in Uniform an der Bonner Demonstration gegen den § 218.

Wir verurteilen deshalb die Bestrafung und Verfolgung von Soldaten, die aktiv den Kampf gegen den § 218 unterstützen. Die Universitätsvollversammlung der Freiburger Studenten fordert deshalb gemeinsam mit den Soldaten die sofortige Zurücknahme der Bestrafung von Norbert Ruh und Thymo Fischer und fordert: Keine Absetzung von Norbert Ruh als gewähltem Vertrauensmann sowie die Einstellung aller Bespitzelung und Verhöre durch den MAD und die Kompanieleitung.

Beschlossen am 3. November von der Vollversammlung der Universität Freiburg von den etwa 1 100 Anwesenden bei 23 Gegenstimmen.

Die Resolution geht an die Kompanieleitung der betroffenen Soldaten.

Protestresolution des Komitees gegen den § 218 Hannover

Wegen Teilnahme in Uniform in Bonn am 21. September gegen den § 218 sind zwei Soldaten aus Koblenz bestraft worden. Sie müssen 150 DM (zur Bewährung) bzw. 120 DM Geldstrafe zahlen. Bei drei weiteren Soldaten aus Koblenz steht die Bestrafung bevor. Der Gefreite Norbert Ruh, Vertrauensmann der 1./schweres Pionierbataillon 310, soll durch das Truppendienstgericht als Vertrauensmann abgesetzt werden. Der Zweck dieser Maßnahmen ist klar: Soldaten, die sich bewußt und offen für gerechte Forderungen der Bevölkerung gegen den bürgerlichen Staat einsetzen, sollen eingeschüchtert werden. Den Mannschaften der 1./schweres Pionierbataillon 310 wollen die Kasernenherren einen ihr demokratisch gewählter Vertrauensmann weggenommen werden. Friedhofsruhe soll in den Kasernen hergestellt werden. Diese Maßnahmen treffen alle Gegner des § 218. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Soldaten sich am Kampf gegen den Schandparagrafen beteiligen. Umso schlechter kann der bürgerliche Staat dann Armee und Polizei gegen das für seine Rechte kämpfende Volk einsetzen.

Wir fordern daher: Keine Absetzung von N. Ruh als Vertrauensmann! Rücknahme der Disziplinarstrafen! Keine Bestrafung von Wolfgang Ayaß, Gerhard Bayha und Horst Wilhelm!

Diese Resolution wurde am 27. Oktober auf einer Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 in Hannover einstimmig verabschiedet. 98 der 120 Anwesenden unterschrieben die Resolution namentlich. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover hat die Resolution mit Zustimmung der Versammlung an die Batteriechefs der betreffenden Soldaten geschickt. – (j., Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover)

Sieben Tage Bau wegen Teilnahme an der Demonstration gegen § 218

Sontra/Kassel. Der Gefreite Kammer aus der 4. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 5 wurde mit sieben Tagen Bau bestraft, weil er in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen hatte (vgl. KVZ Nr. 43).

Stubendurchgang

Cuxhaven. Ein Kanonier des Flugabwehr-Raketen-Bataillons 37, das in Altenwalde stationiert ist, schildert in dem folgenden Brief, der an die Bild-Zeitung gerichtet war, aber dort nicht gedruckt wurde, die kleinlichen Schikanen, mit denen die Offiziere gegen die Mannschaften in diesem Bataillon vorgehen:

"1. Stubendurchgänge werden mit einem weißen Taschentuch durchgeführt. Der Nachappell (Freitagnachmittag von 15 bis 18 Uhr) ist fällig. Obwohl das betreffende Teil nicht gereinigt wurde und der Nachappell in der gleichen Weise durchgeführt wurde, ist es jetzt sauber.

2. Wissen Sie, wie teuer ein Kasten Bier bei uns ist: genau 644,95 DM.

Obwohl in der Kaserne Alkoholverbot herrscht, wird hier und da einmal etwas getrunken, ohne daß dabei randaliert wird. So ergab es sich, daß unser Batteriechef nachts um 1 Uhr fünf Soldaten erwischt hat. Was er um diese Zeit wollte, weiß ich nicht. Es war weder Alarm noch irgendeine Bereitschaft. Die fünf Soldaten (W 15, Monatsgeld zirka 200 DM) mußten eine Disziplinarstrafe bezahlen. Und zwar drei Mann je 100 DM, ein Soldat 120 DM, ein Unteroffizier 200 DM und der Kasten Bier selbst kostet 24,85 DM. Ein verdammt teures Lokal.

3. Soldaten werden gezwungen, Sport mitzumachen, obwohl es heißt, ein Befehl braucht nicht ausgeführt zu werden, wenn er über die körperlichen Kräfte des Soldaten geht. Soldaten, die deshalb den Sport verweigern, werden wegen Befehlsverweigerung angeklagt.

4. Kollektivstrafen sind seit längerer Zeit verboten. Sie werden aber bei uns durchgeführt. Hat ein Soldat zum Beispiel Nachappell, muß die ganze Stube dableiben.

5. Für zusätzlich geleistete Dienste bekommen ein paar Soldaten einen Tag Freistellung vom Dienst. Andere Soldaten wiederum nicht. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

6. Bei der Parole vormittags wird ein Haarappell durchgeführt. Ergebnis: Alle Soldaten haben einen vorschriftsmäßigen Haarschnitt. Nachmittags trifft sie der Batteriechef und sagt: 'Sie müssen zum Friseur.' Sie weisen darauf hin, daß vormittags ein Haarappell war, und bekommen zur Antwort: 'Da können Sie mal sehen, wie schnell Ihre Haare gewachsen sind.'

Da hat man keine Worte mehr.

Verschärfung der Wehrdisziplinarordnung:

Generalität will Kasernenmauern flicken

Seit Monaten protzt die Bourgeoisie und protzen die bürgerlichen Politiker mit einer Steigerung des Ansehens der Bundeswehr und einer Steigerung des Wehrwillens in der Bevölkerung. Auf der 20. Kommandeurstagung im Oktober in Wiesbaden führten Bundeskanzler Schmidt und Verteidigungsminister Leber dieses in schönen Worten aus. Leber erklärte vor den Kommandeuren, daß erstens die Entwicklung der Bundeswehr während der zwanzig Jahre ihres Bestehens "positiv verlaufen" sei. Die Streitkräfte seien ein zuverlässiges Instrument zur Verteidigung des demokratischen Staates. Die Bundeswehr gehöre zu den am besten ausgerüsteten Armeen der Welt und die Bewaffnung und Ausbildung werde ständig verbessert. Nach Mitteilungen des Presseoffiziers des Wehrbereichskommandos 4 führte Leber weiter aus, "zum inneren Zustand der Bundeswehr sei zu vermerken, daß sich die Disziplin spürbar verbessert hat. So sei auch die Anzahl der Anerkennungen gestiegen und die Handhabung von Lob und Tadel sei in der Truppe praktikabler geworden." Insgesamt sei der Wille zur Leistung und Pflichterfüllung der Soldaten gestiegen, so Leber.

So hätte es die herrschende Klasse, so hätten es die bürgerlichen Politiker und die Generalität gerne. Die Soldaten brav und gehorsam und jederzeit zu allem bereit. Damit ist es in der Wirklichkeit allerdings nicht weit her. Und daß es damit nicht weit her ist, zeigt nicht nur das Anwachsen der Bewegung unter den Soldaten, sondern kann man an der Tatsache sehen, daß die Generalität dringend nach einer neuen Wehrdisziplinarordnung verlangt, die sie jetzt auch kriegen soll. Beraten wurde schon im Bundestag über einen Entwurf zur Änderung, er soll demnächst verabschiedet werden.

Diese neue Disziplinarordnung muß man als Dokument auffassen über den wachsenden Widerstand der Soldaten gegen Kasernenunterdrückung und über den wachsenden Willen und die Fähigkeit der Soldaten zum politischen Kampf. Ein Ministerialdirektor vom Verteidigungsministerium faßt in einem Interview in "bundeswehr aktuell" Nr. 11/87 die geplanten Änderungen folgendermaßen zusammen: *"Erweiterung des Rechts auf Durchsuchung und Beschlagnahmen im Zusammenhang mit der Aufklärung eines Dienstvergehens, Schaffung einer Vorschrift, die es der Polizei ermöglicht, auf Ersuchen der Bundeswehr unerlaubt nach Dienstantritt abwesende Soldaten festzunehmen, Verbesserung des Rechtsschutzes bei Maßnahmen der Durchsuchung und Beschlagnahmen sowie die Möglichkeit, dem Soldaten immer dann einen Ausgleich gewähren zu können, wenn gegen ihn zu Unrecht eine Disziplinarstrafe vollstreckt worden ist."*

Möglichkeiten, dem Soldaten immer dann einen Ausgleich zu gewähren, wenn zu Unrecht bestraft. Das heißt der Willkür freie Bahn zu schaffen. Mit der Möglichkeit zum Ausgleich sollen dann die Soldaten zur Duldung der Willkür und Schikane in der Armee bewegt werden. Die Disziplinarstrafen in der Armee steigen rapide an. Wird ein Soldat zu Unrecht eingesperrt und kommt das heraus, so gibt man ihm als "Ausgleich" einen Tag Urlaub, ist den Krach los, keine Beschwerde, keine Solidarisierung der Kameraden, sondern bezahlte Duldung. Das ist die Kalkulation.

Erweiterung des Rechts auf Durchsuchung. Hier geht es darum, möglichst schnell und zügig gegenüber einer größeren Menge von Soldaten vorgehen zu können, etwa einer Stube, eines Zuges usw. War es bisher so, daß nur bestimmte Soldaten ohne richterliche Zustimmung durchsucht werden konnten, wenn *"Gefahr im Verzuge ist"*, dann soll das jetzt unbegrenzt für jede beliebige Anzahl von Soldaten gelten. Es geht darum, gegenüber Rebellionen in der Armee und dem Zusammenschluß den Disziplinarvorgesetzten eine Handhabe zu geben, womit sie jederzeit gegenüber Bewegungen zuschlagen können, eben "wenn Gefahr im Verzuge ist". Das Mittel der Einschüchterung soll verstärkt werden. Das heißt dann so: *"Neu gegenüber dem geltenden Recht ist lediglich die Befugnis des Disziplinarvorgesetzten, bei Gefahr im Verzuge die Durchsuchung und Beschlagnahmen zur Aufklärung ... bei jedem Soldaten, gegen den sich der Verdacht eines Dienstvergehens richtet oder der Gegenstände bei sich führt, die zur Aufklärung eines Dienstvergehens von Bedeutung sein können"*, durchzuführen. (bundeswehr aktuell) Schnell soll also vor gegangen werden können, gegen jeden, bloßer Verdacht genügt.

Auch die Schaffung einer Vorschrift, daß die Polizei einzuschalten ist, ist bedeutend. Jederzeit soll zusätzlich zu den Feldjägern den Soldaten die Polizei auf den Hals geschickt werden (Anruf genügt). Jederzeit kann dann die Polizei in die Wohnungen der Soldaten eindringen. *"Die Polizei ist befugt, zum Zweck der Zuführung* (des gesuchten Soldaten) *die Wohnung und andere Räume des Soldaten zu betreten und nach ihm zu suchen. Das gleiche gilt außer der Nachtzeit für* **andere** *Wohnungen und Räume, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sich der Soldat dort aufhält."* Hier geht es gar nicht einfach um die Deserteure. Hier geht es darum, die Trennung der Soldaten vom Volk, die Isolierung der Soldaten hinter den Kasernenmauern zu verfestigen und abzusichern. Durch diese Regelung soll jede Person, die in irgendeiner Form sich mit Soldaten einläßt, ihnen eine Wohnung, ihnen Tagungsräume vermietet, soll jeder der polizeilichen bürokratischen Schikane ausgesetzt sein, soll jederzeit damit rechnen können, daß ihm die Polizei ins Haus steigt, immer mit dem Vorwand nach Gesuchten. Jederzeit und leicht ist es möglich, dieses zum Beispiel zum Vorwand zu nehmen für Feldjäger und Polizei, in eine Wohnung einzudringen, wo etwa ein Soldaten- und Reservistenkomitee tagt. Erreicht soll werden, daß eine Verbindung von der Bevölkerung zu den Soldaten immer ein Risiko darstellt für die Bevölkerung.

Offenbar gibt es allerhand zu unterdrücken, wenn so freche Willkür eingeführt werden soll.

Wie paßt das zusammen mit den Meinungsumfragen, daß in der Bevölkerung die Bundeswehr beständig für wichtiger gehalten wird, und den Äußerungen der bürgerlichen Politiker, daß der Ausbildungsgrad der Bundeswehr ständig steigen würde?

Ausgezeichnet, möchten wir antworten. Die Bourgeoisideologen verstehen nicht, daß sich immer stärker verbreitet, daß, solange es Waffen gibt, man danach trachten muß, diese zu beherrschen. Deswegen ist es heute so, daß der fortschrittlichste Teil der Soldaten, insbesondere aber die Revolutionäre, keineswegs der naiven Vorstellung von Zersetzung anhängen, daß man sich dem Drill entzieht und nichts lernt. Sie gehen in die Armee, um das Waffenhandwerk zu erlernen. Keineswegs aber gehen sie in die Armee, um zu gehorchen. Zwar schaut es so aus, daß die Armee tatsächlich "besser" wird. Keineswegs darf man daraus schließen, daß die Armee ohne weiteres besser eingesetzt werden kann. Das ist nicht der Fall.

Geradeso wie sich die Soldaten heute zunehmend am politischen Leben beteiligen, und zwar auf seiten der Ausgebeuteten und Unterdrückten, wie sie an gewerkschaftlichen oder politischen Demonstrationen teilnehmen, geradeso wächst selbstverständlich die Zuneigung der Massen zu den Soldaten. Das ist schon bei jedem Manöver so, ist bei jeder Demonstration deutlich. Und genau das ist es, das die Bourgeoisideologen nicht verstehen. – **(jk)**

Interview mit einem Vertreter der Befreiungsfront FRETILIN

Der Befreiungskampf in Ost-Timor

Die "Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Ost-Timor" (FRETILIN), die eine der drei politischen Organisationen ist, die seit dem 25. April gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfen, kontrolliert den größten Teil des Territoriums. Das folgende Interview, das der Portugal-Korrespondent der KVZ mit einem Repräsentanten der FRETILIN in Lissabon durchführte, zeigt die Lage, die in diesem Befreiungskampf seitdem entstanden ist. Der Befreiungskampf ist derzeit in eine besonders schwierige Lage geraten, weil Indonesien, zu dem der westliche Teil der Insel Timor gehört, die Eingliederung Ost-Timors in sein Territorium fordert und zu diesem Zweck in Ost-Timor interveniert.

Genosse, kannst du mir einen kurzen Überblick geben über die Geschichte des Kolonialismus in eurem Lande und über die Kämpfe deines Volkes gegen den Kolonialismus in den vergangenen Jahrhunderten?

FRETILIN: Es gibt bisher noch keine konkrete Studie unserer Geschichte, auf die wir uns stützen könnten in einer Analyse. Die Sorge der Kolonialisten galt der Ausbeutung, dem Raub, der Unterdrückung. Ich kann dir aber auf Grundlage unserer eigenen Studien berichten, die die FRETILIN unbedingt durchführen mußte, um in jedem Augenblick unsere Kampfziele richtig bestimmen zu können und um zu wissen, ob unsere Ziele tatsächlich den tiefsten Interessen unseres Volkes entsprechen.

Es ist während der ganzen Kolonial-Geschichte der eine Wunsch vorhanden, der immer unterdrückt wurde: der Wille zur Unabhängigkeit. Der portugiesische Kolonialismus hat praktisch unser Land in den ganzen letzten fünfhundert Jahren beherrscht. Wi , die FRETILIN, teilen die Epoche des Kolonialismus bei uns in zwei sehr wichtige Phasen ein. Den Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts charakterisieren wir als eine Epoche, in der der portugiesische Kolonialismus sich auf den Raub beschränkte, auf den systematischen Raub unserer Reichtümer, vor allem des Sandelholzes. In dieser Phase hat sich die portugiesische Herrschaft nie in einer konstanten Präsenz konkretisiert. Die Portugiesen haben lediglich Handelsniederlassungen geschaffen an unseren Küsten, in enger Verbindung mit anderen Handelsposten im südostasiatischen Raum, in Macau, Malakka.

Also, diese ganze Phase war beschränkt auf den Handel auf der Grundlage des systematischen Raubs. In dieser Zeit beschränkt sich die portugiesische Präsenz auf etwa ein halbes Dutzend Missionsstützpunkte, die – wie sie sagen – die Heiden bekehren gingen. Aber diese Tätigkeit der Missionare hatte eine Kehrseite. Während die Missionare die christliche Religion predigten, den Gehorsam, die liebevolle Fürsorge und alle diese sogenannten Tugenden, hatten sie das Ziel, unser Volk zu bändigen, damit es die portugiesische Präsenz akzeptiere. Die Missionare gingen also voran und hinter ihnen kamen alle Ausbeuter, die das wertvolle Sandelholz gegen Dinge von geringem Wert eintauschten, wie Spiegel, Glasperlen usw.

Unser Sandelholz gab es auf der ganzen Insel, keine Stelle, wo es das nicht gab, und es war weltbekannt. Die Kolonialisten raubten dieses Holz, aber sie bauten es nicht wieder an, und zu einer bestimmten Zeit war es aus damit.

Die Aufnahme der Kaffeeproduktion

Als es mit dem Sandelholz zu Ende ging, führten die Kolonialisten eine neue Produktion ein. Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts führten sie den Kaffee ein. Das gleiche hatten die Holländer in Java gemacht. Die Ersetzung des Sandelholz-Zyklus durch den Kaffee-Zyklus markiert den Beginn einer neuen Phase des Kolonialismus. Für die Produktion des Kaffees war es notwendig, auf Timor eine neue Verwaltungsart einzuführen. Der Kaffee wird im Gegensatz zum wildwachsenden Sandelholz angebaut. Man braucht Boden, um anzubauen. Man braucht zur Verfügung stehende Arbeitskräfte. In dieser Zeit beginnt eine "Pazifizierungskampagne" in unserem Territorium, die Kolonialisten dringen ins Innere unseres Landes ein, unterwerfen die verschiedenen Königreiche, sie hetzten ein Königreich gegen das andere auf, sie spalten und nutzen die Spaltung aus, um so das ganze Volk von Timor zu beherrschen und ihm die neue Form kolonialer Präsenz aufzudrücken. Hier ist also schon das klassische Schema des Kolonialismus da, wodurch das Land in den Produzenten von Rohstoffen und in einen Abnehmer von Fertigprodukten verwandelt wird.

Der portugiesische Kolonialismus versuchte sich anfangs unsere Produktionsstruktur nutzbar zu machen, also unsere Art zu produzieren, die charakterisiert war durch kollektive Arbeit. Sie fingen an, die Gemeinde-Ländereien zu entwickeln, und pfropften weiten Zonen die Kaffeeproduktion auf. Dieses Gemeineigentum, diese Ländereien des Volkes wurden später dem Volk entrissen und den ersten Kolonialisten übergeben, den portugiesischen Plantagenbesitzern. Alles, was das Volk produziert hatte, ging in deren Hände über. Die Kolonialisten hatten von einem Augenblick auf den anderen große fertige Kaffeeplantagen und mußten überhaupt nichts tun. Die wenigen Großgrundbesitzer, die es heute in Timor gibt, sind entweder Nachfahren dieser Kolonialisten oder es sind sogar noch Kolonialisten, die bisher noch nicht gestorben sind.

Gleichzeitig machte sich der portugiesische Kolonialismus die gesellschaftliche Struktur zunutze. Die großen Feudal-Fürsten fingen auch an, Kaffee zu produzieren auf ihren weiten Ländereien, sie hielten sich jetzt Knechte. Sie wurden so eingeborene Großgrundbesitzer. So wuchs aus Kolonialisten und aus neuen Agenten des Kolonialismus eine Lakaien-Klasse des portugiesischen Regimes heran. Man muß hier bemerken, daß es kaum Schulen gab. Diejenigen, die zur Schule gehen konnten, waren die Kinder der Kolonen oder der traditionellen Elite, die später die öffentlichen Beamten wurden und dem Kolonialstatut nach eine privilegierte Schicht bildeten.

Die nationale Bewegung

Aber während dieser ganzen Kolonialgeschichte hat es in unserem Volk immer nationalistische Bewegungen gegeben. 1719 entbrannte eine große Rebellion in Cova und Cotubaba, um 1840 die Revolte von Camenasse, 1912 die große Revolte von Manufache, 1959 die letzte von Uato-Lari. Also während der Kolonialgeschichte gab es immer den Willen des Volkes, sich vom fremden Joch zu befreien.

Warum sind diese Bewegungen gescheitert? Die FRETILIN meint, daß einer der Gründe die Spaltung des Volkes war, die ausgenutzt wurde durch den Kolonialismus, der Königreiche gegen andere Königreiche stellte, dann aber auch die bessere Kriegsausrüstung der Kolonialisten. Aber eine weitere Begründung, die wir für fundamental halten, ist das Fehlen einer Avantgarde-Organisation gewesen, die wirklich die Wünsche des Volkes hätte ausdrücken können und die das Volk zum Ziel hätte führen können. Das zeigt sich heute. Heute ist die unbestrittene Avantgarde unseres Volkes die FRETILIN, unter deren Führung, trotz aller Hindernisse, die man in den Weg gestellt hat, unser Volk in den bewaffneten Kampf getreten ist und die Agenten des Imperialismus, die UDT und die APODETI, hinausgeworfen hat. Diese Agenten befinden sich jetzt außerhalb unseres Territoriums.

Auf welche Schichten und Klassen stützen sich diese drei Bewegungen oder Organisationen, die UDT, die APODETI und die FRETILIN?

FRETILIN: Du mußt wissen, vor dem 25. April hat es niemals eine organisierte Bewegung gegeben, so wie beispielsweise die FRELIMO oder die PAIGC. Erst nach dem 25. April wurden die materiellen Bedingungen für die Existenz einer Avantgarde geschaffen. Die FRETILIN ging aus einer politischen Vereinigung der ASDT hervor, die sich vor allem aus Intellektuellen zusammensetzte, die während der Zeit des Kolonial-Faschismus ihre Arbeit in der Illegalität verrichtet hatten, Arbeit mit Literatur, z.B. Aufbau kleiner Zellen, die sich dann ausweiteten.

Die Verbindung mit dem Volk war aber beschränkt wegen der großen Repression, die PIDE handelte sehr gewalttätig, es war ziemlich schwer. Erst nach dem 25. April konnte man sich richtig organisieren und sich zur FRETILIN proklamieren.

Nach dem 25. April entstand auch gleich die UDT, die "Demokratische Union von Timor". Die UDT organisierte alle Kolonialisten und ihre Nachfahren, also die lokale Bourgeoisie, die noch auf der föderalistischen These beharrten und also sofort die Föderation mit Portugal verteidigten.

Später entsteht die APODETI, die sofort die Integration von Timor in Indonesien verteidigt. Die APODETI vereinigt große Kaffeeplantagenbesitzer wie die UDT, nur daß die APODETI – im Gegensatz zur UDT – ökonomische Interessen in Indonesien hat.

Kannst du etwas über das sogenannte Komitee zur Verteidigung der Arbeit sagen, denn ich habe gelesen, daß die FRETILIN vor allem daraus hervorgegangen ist.

FRETILIN: Die ASDT hat, als sie entstand, sich nicht nur auf eine Arbeit der politischen Aufklärung beschränkt. Das war natürlich wesentlich, aber andererseits haben die Führer der ASDT ihre Arbeit in den Städten mit den Arbeitern entwickelt. Das Komitee zur Verteidigung der Arbeit wurde z.B. von unserem Genossen Ramos Horta geführt, und unter der Führung dieses Komitees wurde in den ersten Tagen nach dem 25. April von den Arbeitern ein Streik organisiert, um ihre Löhne zu erhöhen. Die Löhne lagen damals um 90 Pfennig pro Tag, sie gingen hoch auf 2,50 DM. Aber das war die Arbeit, die in Dili gemacht wurde. Warum? Wir, Timor-Ost, sind ein Land fast ohne Proletariat. Unsere ausgebeuteten Klassen befinden sich auf dem Lande. Die soziale Struktur unseres Landes ist die eines Agrarstaates. In den Städten finden wir ein sich entwickelndes Proletariat, das Arbeiten im zivilen Bauwesen macht, Straßenbau, aber es ist zahlenmäßig äußerst gering. Es kann daher nicht unsere Basis für den Befreiungskampf für die Unabhängigkeit sein. Unsere Basis ist im wesentlichen das Bauerntum.

Waren die Arbeiter der Städte unter dem Kolonialismus auch nicht organisiert? Hatten sie Gewerkschaften?

FRETILIN: Nein! Niemals. Aber nach dem 25. April wollten einige Faschisten, die sich jetzt in "Demokraten" verwandelt hatten, eine Gewerkschaft schaffen. Aber wir haben das von der FRETILIN aus sofort bekämpft und wir haben eine Struktur geschaffen, die die "nationale Organisation der Arbeiter von Timor" ist. Das ist viel mehr als eine Gewerkschaft, eine politische Organisation.

Ist diese Organisation gut verankert?

FRETILIN: Das ganze Volk ist FRETILIN. Wir kontrollieren das ganze Land heute. Die erste Demonstration der FRETILIN war am 20. September des vorigen Jahres, und wir versammelten dort etwa 20 000 Menschen in Dili. Dili ist eine Stadt von etwa 12 000 Einwohnern. Also war da die ganze Arbeiterschaft von Dili und die Umgebung aus den Bergen usw. versammelt.

Wie arbeitet die FRETILIN unter den Bauern?

FRETILIN: In unserer Geschichte ist die Existenz der Bauern immer auf der Subsistenzwirtschaft gegründet gewesen. Niemals wurde eine Landwirtschaft betrieben, um den Hunger zu bekämpfen. Während des Kolonialismus sehen wir zwei hauptsächliche Formen von Hunger: die quantitative Form, in der es zuwenig Essen gibt, und die qualitative Form, in der nicht genügend lebenswichtige Nährstoffe zugeführt werden. Wir müssen also die Nahrung unseres Volkes bessern. Das auf dem Sektor der Landwirtschaft. Im Erziehungswesen müssen wir den Aberglauben bekämpfen, den Analphabetismus. Auf dem Gebiet der Gesundheit müssen wir die hauptsächlichen Krankheiten bekämpfen, Malaria und all das. In der friedlichen Phase haben wir am Ostende der Insel angefangen mit landwirtschaftlichen Arbeiten. Wir fingen mit dem Volk an, kollektiv die Arbeiten anzupacken. Unsere Position war immer die: Niemals das Volk zu etwas zwingen. Denn das Volk muß es sein, das die eigene Initiative entwickelt. Der Wiederaufbau unseres Landes muß Sache unseres Volkes sein. Wo wir also dachten, daß man bestimmte Sachen verändern müßte, da haben wir mit dem Volk das immer so gemacht: Wenn dies hier ein Landwirtschaftsgebiet ist, dann haben wir in einer Ecke unsere Agrikultur betrieben, damit das Volk das sieht. Das Volk bearbeitete die übrige Fläche. Oft war es so: Wir düngten und säten und sagen: Seht, so ist es besser! Und das Volk machte es auch, aber unsere Saat geht nicht auf, deren Saat aber sehr wohl. Es gibt ein lustiges Beispiel: Einige Agrikulturwissenschaftler, Genossen der FRETILIN, sagten, man müsse diesen Dünger für das Gemüse nehmen. Das Volk sagte: Ach was, so wächst kein Gemüse! Doch doch, so wächst es besser, sagten die Genossen. Das Volk hat es auf seinem Stück anders gemacht. Unser Gemüse wuchs überhaupt nicht und deren Gemüse wuchs glänzend. Also, das ist es, was wir immer sagen: Man muß vom Volk lernen, man darf ihm nichts aufzwingen.

Auf dem Gebiet des Erziehungswesens ist es großartig. In wenig mehr als einem Jahr, vor drei Monaten, hatten wir 250 Schulen eingerichtet. Ohne Unterschied von Alter und Geschlecht; Alte, Frauen und Männer, lernen dort Lesen und Schreiben.

Jetzt wollte ich von dir wissen, welche Imperialisten Einfluß auf Timor nehmen, welche Konzerne sind dort usw.?

FRETILIN: Wir haben keine Zweifel, daß jeder Kampf um Unabhängigkeit, der bis zu den letzten Konsequenzen geführt wird, also bis zur vollkommenen Unabhängigkeit, dieser Kampf wird immer als Gegner finden die Feinde des Volkes, den Imperialismus. Und im Fall von Timor-Ost hat der Imperialismus einige Gründe, um unsere Unabhängigkeit zu verhindern.

Der erste Grund ist, daß der Imperialismus der traditionelle Feind der Völker ist, er ist immer gegen jede Unabhängigkeit. Das ist ein prinzipieller Grund. Der zweite Grund ist unserer Meinung nach ein strategischer Gesichtspunkt. Wir befinden uns innerhalb eines großen Blocks des Imperialismus. Es befindet sich hier eine große Bastion des Imperialismus. Hier repräsentiert zweifellos durch

Fortsetzung Seite 13

Einige Daten über Ost-Timor

Timor ist die am wenigsten entwickelte portugiesische Kolonie. Die Hauptstadt ist Dili. 90 Prozent der Bevölkerung sind noch Analphabeten. Gesundheitswesen existiert praktisch nicht Für die 650 000 Einwohner gibt es 20 Ärzte, 12 davon allein in Dili. (In Dili wohnen die meisten Portugiesen.) In Timor gibt es die Malaria, Timor hat eine der höchsten Tuberkulose-Raten der Welt.

90 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Lande und von der Landwirtschaft. Es gibt kaum Industrie. Straßen gibt es fast nur in der Hauptstadt. 1968 bis 1972 repräsentierte der Kaffee jeweils 81, 81, 89, 90 und 92 Prozent aller Exporte Timors (wichtiger Abnehmer die BRD). Die Handelsbilanz ist beständig defizitär.

Außer portugiesischem und chinesischem Kapital (aus Macau) gibt es kaum ausländische Investitionen. Eine australische Öl-Firma (International Oil) sucht Öl. Die australische Broken Hill Pty. Ltd. hat ausschließliches Recht auf Ausbeutung der Bodenschätze von Portugal erworben. Gegenwärtig wird von der Japan Timor Friendship Society (Vereinigung mehrere japanischer Firmen) ein Investitionsplan diskutiert (vor allem Elektrizität), der aber inzwischen gestoppt wurde. Der kapitalistische Sektor der Insel wird beherrscht von Chinesen (etwa 10 000 Chinesen). 25 der größten Firmen der Insel sind in chinesischer Hand, zwei der größten Firmen sind portugiesisch. Von den 300 Geschäften und Läden sind nur drei in den Händen von Besitzern, die der einheimischen Bevölkerung angehören. (Nach der portugiesischen Zeitung "O Jornal" vom 19. September)

Sendungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Ost-Timor können an folgende Adresse abgeschickt werden:
C.I.E.T.
1st floor, 232
Castlereagh St.
Sydney
Australia

Fortsetzung von Seite 12

Der Befreiungskampf in Ost-Timor

Indonesien. Aber Indonesien fällt auch zusammen mit den ökonomischen Kräften Australiens. Der dritte Grund ist die Existenz unseres Erdöls und unserer Mineralien, die heute durch australisch-amerikanisches Kapital ausgebeutet werden. Diese Zone ist andererseits im Einflußbereich des japanischen Kapitals. Unser Bereich ist vom Imperialismus ausgebeutet. Wenn die UDT und die APODETI heute die Integration in Indonesien wollen, dann wählen sie den leichtesten Weg in die Kontrolle des Imperialismus über die Kontrolle durch Djakarta. Das ist die Rolle, die diese Organisationen heute übernehmen. Aber diese Rolle übernehmen sie im Gefolge eines fehlgeschlagenen Versuchs. Sie wollten eine neokoloniale Unabhängigkeit. Die wirkliche Unabhängigkeit konnte man auf zwei Wegen verhindern. Entweder die einfache Eingliederung in Indonesien, wie es die APODETI vertrat, oder eine neokoloniale Unabhängigkeit, in der die eingerichtete Regierung eine Lakaien-Regierung des Imperialismus gewesen wäre. Aber das hat der Imperialismus nicht erreicht. In der ersten Phase benutzte der Imperialismus die APODETI, die sich einfach Indonesien eingliedern wollte. Die APODETI wurde durch das eigene Volk an den Rand gedrängt. Dann brauchten sie die UDT, die auch die Unabhängigkeit verteidigte; dann fuhren die Führer der UDT nach Australien und verhandelten dort mit den großen australischen Konzernen und sie verhandelten mit den indonesischen Führern, die der UDT Unterstützung versprachen, wenn sie einen Gewaltputsch durchführte zur Liquidierung der FRETILIN. Die UDT hat den Putsch durchgeführt, aber sie hatte das Volk von Timor zum Gegner. Das Volk hat es verhindert, daß die UDT ein neokoloniales Regime einrichtete. Die UDT hat bei ihrem Putsch die sofortige Unabhängigkeit verlangt und die sofortige Gefangennahme der Führer der FRETILIN. Das war es also, was sie mit dem Putsch wollten. Die Zerstörung der Avantgarde des Volkes. Denn wenn das Volk desorganisiert ist, dann hätten sie es leichter unterdrücken können. Dieses Ziel konnten sie nicht erreichen wegen der sofortigen und gewaltsamen Antwort des organisierten Volkes von Timor unter der Führung der FRETILIN und durch ihre Befreiungsarmee. Seitdem hat die UDT keine andere Möglichkeit, als die Integration in Indonesien anzustreben. Indonesien hat eine Rolle, die es spielt über die Interfangenengenommen.

Wir halten es für dringlich, daß eine große internationale Kampagne durchgeführt wird, um den ganzen Plan zu denunzieren, der von den Imperialisten ausgeheckt wird in bezug auf unser Land und unser Volk.

Wie war und ist die Haltung der portugiesischen Regierung zu Timor?

FRETILIN: Wir haben keine Zweifel, daß die portugiesische Regierung viele Ausflüchte sucht. Es sind verschiedene. Sie haben immer gesagt, daß die Entkolonialisierung von Timor zwei Prinzipien folgen müsse: erstens die Respektierung des Willens des Volkes von Timor. Zweitens: die geo-politische Stabilität dieses Bereichs soll nicht "kompromittiert" werden. Das ist für uns ein Widerspruch. Entweder respektiert man den Willen des Volkes und stellt keine anderen Bedingungen weiter auf, oder, wenn man eine andere Bedingung aufstellen will, dann soll man lieber das mit der Respektierung des Willens des Volkes von Timor zurückziehen. Denn die beiden Bedingungen sind miteinander nicht verträglich. In diesem Augenblick wollen die Länder des Bereichs es nicht, daß die Macht an die FRETILIN geht. Und die portugiesische Regierung sagt, daß man die Interessen des Bereichs, vor allem Indonesiens, das uns immer angefeindet hat, respektieren müsse – das heißt, daß die portugiesische Regierung sich mehr für die anderen als für unser Volk interessiert. Und der beste Beweis dafür ist der, daß sie gerade jetzt mit der UDT und der APODETI verhandeln wollen, die von unserem Volk herausgeworfen sind. Und von diesen Phantomgruppen, die nicht einmal mehr in Timor sind, behauptet die portugiesische Regierung, daß sie das Volk von Timor repräsentieren. Die portugiesische Regierung hat eine falsche Haltung, die wir immer denunzieren werden.

Die portugiesische Verwaltung wurde anfangs nur in der Spitze ausgewechselt. Jetzt gibt es sie nicht mehr. Vor einigen Tagen hat die FRETILIN eine provisorische Verwaltung geschaffen.

Welche Haltung nimmt die Sowjetunion ein?

FRETILIN: Bis heute kennen wir keine Position der Sowjetunion uns gegenüber. Wir wissen nicht, warum. In einem Augenblick, in dem unser Volk gegen den Imperialismus angeht . . . Nein, wir wissen nicht die Position.

frei sein könnten – all das sind keine Begründungen. Warum will die FRETILIN unsere Unabhängigkeit? Das hat nur einen Grund. Wir wollen, daß unser Volk souverän ist und daß es unser Volk ist, das unsere Zukunft bestimmt. Unser Volk weiß, was es braucht. In all den Jahren des Kolonialismus war unser Volk immer unterdrückt, immer ausgebeutet. Wir hatten nie eine Kultur in unserem Dienst. Wir hatten niemals ein Gesundheitswesen im Dienst des Volkes. Nie ein Schulwesen im Dienst des Volkes. Das sind die wichtigsten Bereiche, die wir entwickeln müssen. Dafür haben wir genügend Ressourcen. Wir haben große Landwirtschaftsflächen, die ausreichen, den Hunger unseres Volkes zu beseitigen. Die ausreichen, unsere Nahrung gesund zu machen. Die Krankheiten, die existieren, sind zu bekämpfen, wenn es ein Gesundheitswesen gibt im Dienst des Volkes. Wir sagen nie, daß unser Volk keine Möglichkeiten hätte. Wir sehen mit Optimismus in unsere Zukunft, in die Zukunft in Unabhängigkeit, weil wir uns von Grund auf auf unser Volk, auf seine Kraft verlassen.

Zum Abschluß will ich dich fragen, ob ihr außer der politischen Solidarität, die notwendig ist von seiten der anderen Völker, auch schon einen Appell herausgegeben habt auf materielle Hilfe?

FRETILIN: In dieser Phase unseres Kampfes rechnen wir sehr, sehr mit der Solidarität der anderen Völker der Welt. Die Völker der Welt sind unsere natürlichen Verbündeten. Die Solidarität konkretisiert sich unserer Meinung nach in der Denunzierung der Manöver und der Absichten des Imperialismus. Unser Zentralkomitee hat vor einem Monat einen Appell an die Welt gerichtet, denn unser Volk braucht Medikamente, medizinisches Gerät wie Spritzen usw., Nahrungsmittel, Trockenmilch, Babynahrung, Kleidung, auch alte Kleidung. Ein wichtiger Aspekt ist das Geld. In dieser Hinsicht haben wir große Unterstützung erhalten vom Komitee Angola aus Holland, vom australischen Volk usw. Für uns hat das alles über die konkrete Hilfe hinaus eine große Bedeutung. Wie klein auch diese Solidarität sein mag, wir sagen unserem Volk immer, wenn wir es austeilen, die kommt aus Holland, das kommt vom australischen Volk usw. Wenn es eine alte Kleidung ist, die von West-



Eine von der Revolutionären Front von Ost-Timor organisierte Demonstration gegen die imperialistische Einmischung in Ost-Timor

ventionen und die Scharmützel, die von der Grenze ausgehen. Indonesien sagt immer, daß es die UDT und die APODETI sind. Das entspricht nicht der Wahrheit, denn wir wissen, daß die UDT und die APODETI keine Volksbasis haben, um sowas durchzuführen. Alles das ist nur möglich über die Organisierung und die Rekrutierung von Söldnern durch Indonesien und durch aktive Beteiligung der regulären indonesischen Soldaten. Das haben wir in der vergangenen Woche erlebt, als sie unseren Hafen von Batugade angriffen mit Helikoptern und U-Booten. Sie haben Batugade einige Stunden lang eingenommen, sie haben dort die indonesische Fahne gehißt; dann haben wir Batugade wieder zurückerobert, haben einen indonesischen Helikopter heruntergeholt. Das ist ein klarer Beweis, und wir haben einige indonesische Soldaten ge-

Glaubt ihr, daß die Unabhängigkeit Timors möglich ist? Denn die UDT z.B. sagt doch immer, es sei nicht möglich, heute Timor unabhängig zu machen, da es ein so armes Land sei und daher die Hilfe der umliegenden Länder brauche.

FRETILIN: Alle Theorie, die zum Ziel hat die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes zu rechtfertigen, ist falsch. Sie ist nicht wissenschaftlich. Sie dient nicht den Interessen des Volkes, sondern den Feinden des Volkes. Das ist der Fall, wenn sie kommen und sagen, daß wir ökonomisch gesehen nicht leben können. Für uns, für die FRETILIN, ist das Volk der Schöpfer von allem. Das Volk ist unsere größte Ressource. Alles was daherkommt und schwätzt, daß wir deshalb und deshalb nicht

deutschland nach Timor geht, dann sieht unser Volk, daß es nicht alleine steht, sondern daß unser Kampf eingereiht ist in die Schlacht aller Völker der Welt für ihre Befreiung. Und es ist äußerst wichtig, daß unser Volk erkennt, daß die Völker einander nicht Feinde sind, sondern daß es die Regimes sind, die die Völker trennen.

Informationsbüro der Palästinensischen Befreiungsfront PLO in Paris

Paris. Die französische Regierung hat der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO die Eröffnung eines Informations- und Verbindungsbüros ohne diplomatischen Status gestattet.

Sinkender Stern des Imperialismus am Golf

Gegen den Hegemonismus der Supermächte schließen sich die Staaten am Golf zusammen

Mit zunehmender Besorgnis verfolgen die verschiedenen imperialistischen Mächte die Entwicklung am Persischen Golf. Über die Hälfte der Welterdölreserven befinden sich im Golfgebiet, gegenwärtig kommen von hier 30 % des geförderten Erdöls. "Über 80 % der Erdöllieferungen auf dem gesamten Weltmarkt kommen aus dem Golfgebiet. Durchschnittlich alle 14 Minuten verläßt ein Tanker den Golf in die verschiedenen Teile der Welt." (Peking Rundschau 39/1973)

Das hat das Golfgebiet zum Streitobjekt der Imperialisten gemacht. Amerikanische Monopole haben schon seit langem im Golfgebiet einen großen Teil der Erdölproduktion und ein riesiges Absatznetz kontrolliert und daraus ungeheure Profite gezogen. Die Sowjetunion versucht, dem US-Imperialismus dieses Einflußgebiet abzujagen und selber die Kontrolle darüber an sich zu reißen. Das Golfgebiet ist für sie "ein Verbindungsglied zwischen der Sowjetunion und dem Raum des Indischen Ozeans und zwischen der Sowjetunion und dem indischen Subkontinent. Als es Indien besetzt hielt, machte England alle Anstrengungen, um jedes Land und jede Wasserroute im Mittleren Osten zu kontrollieren. Heute ist in Indien die Sowjetunion an Englands Stelle getreten. . ." (Peking Rundschau 39/1973)

Die "Peking Rundschau" berichtet in der Ausgabe Nr. 31/1975, daß 1974 sowjetische Schiffe, die im Indischen Ozean kreuzten, es auf zusammen 8 000 Anwesenheitstage gegenüber 529 im Jahr 1986 undamit auf viermal so viel wie die amerikanische Flotte brachten.

Diese Supermacht will sich auch einen größeren Anteil an den Erdöllieferungen aus dem Mittleren Osten sichern, "um die bestehenden Abkommen mit gewissen westeuropäischen Ländern einhalten zu können . . ." In Verbindung mit sogenannten "Hilfs- und Unterstützungsverträgen" sichert sie sich günstige Einkaufsmöglichkeiten. "Die iranische Presse enthüllte, daß der Preis, den der Iran für das an die Sowjetunion gelieferte Erdgas erhält, nur ein Viertel von dem ist, den die Sowjetunion bei Erdgasverkäufen an Europa nimmt. Dieser Wucher des billigen Kaufs und teueren Verkaufs gleicht aufs Haar den Praktiken der westlichen Ölmonopolgesellschaften." (Peking Rundschau 39/1973)

39/1973)

Drohend erhebt sie ihren imperialistischen Anspruch: "Dem Namen nach ist das arabische Öl arabisches Eigentum, tatsächlich aber internationaler Besitz", so ein sowjetischer Diplomat. (Peking Rundschau 39/1973)

Gegen diese hemmungslose Ausplünderung und die damit verbundene Unterdrückung entwickelt sich immer stärker am Golf die historische Strömung – die Staaten wollen die Unabhängigkeit, die Nationen wollen die Befreiung und die Völker wollen die Revolution. Im revolutionären Befreiungskampf des Volkes von Oman unter Führung der PFLO hat sie ihren deutlichsten Ausdruck gefunden.

Die Imperialisten, die die ganze Zeit versucht haben, die nationale Unabhängigkeit der arabischen Völker am Golf zu hintertreiben, die Länder gegeneinander aufhetzen und zusammen mit reaktionären arabischen und dem iranischen Regime einen Vernichtungsfeldzug gegen die Revolution in Oman organisieren, treiben damit auch eine immer stärkere Opposition gegen ihre Intervention, Kontrolle, Aggression und Rivalität hervor. Gegen ihren Hegemonismus schließen sich alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen können.

Am 6. März vereinbarten der Iran und der Irak die Beilegung der bisherigen Grenzstreitigkeiten. In einem Abkommen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien erklärten beide Seiten, der Persische Golf müsse "frei von äußerer Einmischung und frei von ausländischen Basen" bleiben. In einem gemeinsamen Kommunique erklärten sich Kuwait, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate einstimmig damit einverstanden, daß "eine Art von Einheit oder Union auf solider und starker Basis zwischen den Golfstaaten" zum "Nutzen der Völker in dieser Region "errichtet werden soll". (nach Peking Rundschau 31/1975)

Wichtige Fortschritte werden dadurch erzielt in der Beilegung bisheriger Differenzen und Grenzstreitigkeiten, die größteils der Imperialismus geschaffen hat, um zu spalten und zu herrschen.

Noch im Juli interpretierte die "Süddeutsche Zeitung" diese "Entspannungspolitik" zwischen den Golfstaaten im Sinne der Imperialisten: "Ohne viel Wortgetöse ist dort eine Entspannungspolitik in Gang gekommen, die bereits zu konkreten Ergebnissen geführt hat und weiterhin bemüht ist, diese für die Weltpolitik und die Supermächte wirtschaftlich und strategisch wichtige Region nicht zum Krisenherd werden zu lassen."

Weil aber die Grundlage, der revolutionäre Kampf der Völker, auf die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit drängt, ist das nicht die Art Entspannungspolitik, die die Supermächte zur Unterdrückung der Staaten der Dritten Welt betreiben. Das merkt jetzt auch der "Mannheimer Morgen". Laut jault er in einem Artikel am 4.11. auf: "Europas Hauptschlagader, die Straße von Hormuz – ein neuralgischer Punkt unserer Existenz." Hatten die Imperialisten bisher auf ihr militärisches Potential und wenn nötig auf eine Intervention gesetzt, so fürchten sie, daß zunehmend auch diese Waffe stumpf wird. *"Erfahrene amerikanische Militärs, die die Region kennen, wissen jedenfalls, daß eine erfolgreiche 'Intervention' so gut wie unmöglich ist. Einer von ihnen meinte: 'Das wäre ein logistischer Alptraum, Vietnam damit verglichen Kinderspiel. Unsere konservativen Freunde hier würden gestürzt oder selber Radikale werden.'"* (Mannheimer Morgen, 4.11.)

Also, die Imperialisten müssen erkennen: Die Zeit ihrer Kontrolle, Ausplünderung und Unterdrückung der Völker am Golf läuft ab. Ihrer Kriegslust werden Schranken gesetzt durch die bewaffneten und entschlossenen geführten Kampf der Völker um Unabhängigkeit und Freiheit. – **(hl)**

UdSSR erstrebt Kontrolle des europäischen Energiemarktes

Die Zeitschrift "Sowjetunion heute" erörtert in ihrer Nummer 20/1975 die Situation des europäischen Energiemarktes und gibt weitere Perspektiven: Zwei Hochspannungsleitungen aus der UdSSR nach Finnland und Norwegen sind fertiggestellt, eine weitere Leitung nach Finnland ist im Bau. Über die von den sieben europäischen RGW-Ländern errichtete (und von der UdSSR kontrollierte) Stromverbundnetz Mir werden z.T. auch Jugoslawien, Österreich und die Schweiz mit Strom versorgt. Die osteuropäischen RGW-Ländern sind jetzt schon bei der Deckung ihres Bedarfs an Erdölprodukten zu 90 Prozent von der UdSSR abhängig, die diese Situation Anfang des Jahres zu kräftigen Preissteigerungen ausnutzte. Zu Recht hebt "Sowjetunion heute" hervor: "Im Wirtschaftsorganismus jedes einzelnen Landes oder jeder internationalen Wirtschaftsvereinigung, sei es der RGW oder die EWG, hängt heute alles von der Energieversorgung ab." Der Artikel schließt mit der Mitteilung eines, wie er selber sagt: bestechenden Gedankens: "Das Stromverbundnetz Mir könnte das Kernstück eines zu schaffenden gesamteuropäischen Verbundnetzes bilden. Dadurch . . . wären die beteiligten Länder in der Lage, auch bei außerordentlichen Umständen, etwa einem ausnehmend harten Winter oder bei Naturkatastrophen, elastisch vorzugehen und die Produktionsleistungen der europäischen Wirtschaft zu erhöhen." Die UdSSR als Kontrolleur eines gesamteuropäischen Stromverbundnetzes – mit allen Möglichkeiten "elastischen Verhaltens" – wahrlich ein für die neuen Führer der UdSSR "bestechender Gedanke"!

Im Norden Portugals: Revolution hat noch nicht stattgefunden

Nach Braga ist der 25. April noch nicht gekommen, sagen die Leute. Und das entspricht den Tatsachen. Die Reichen und die Faschisten haben nach wie vor die unumschränkte Macht, nicht einmal die staatlich festgelegten Minimallöhne von 400 DM werden bezahlt. Von den Errungenschaften des Volkes im Süden ist hier nichts zu sehen. Im Volk herrscht die Angst und die Revolutionäre sind faktisch wieder in der Illegalität, das zumindest in den rein bäuerlichen Dörfern. In Braga ist die am weitesten rechts stehende der zugelassenen Parteien, die CDS, als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen, dicht gefolgt von der PPD und der PS.

Man hatte mich gewarnt, als ich hier in den Norden kam. Man soll sich überlegen, was man laut sagen kann, wenn man hier in einem Cafe sitzt, und man muß sich vergewissern, ob es nicht eines von den Cafes ist, in dem sich die Faschisten treffen und ihre informellen Versammlungen abhalten. Während die Polizei sich untätig verhält, organisieren die reaktionären Parteien und die Großgrundbesitzer ihre Schlägertrupps, die sie gut bezahlen und die jede Regung im Volk mit Terror unterdrücken sollen. Gleich bei meiner Ankunft wurde ich durch ein Ereignis darauf gestoßen, wer hier die mächtigste Stütze der Reaktion ist. Es ist die Kirche.

Die Faschisten sammeln sich im Norden

Als ich ankam am letzten Freitag, hatten Copcon-Einheiten aus Porto einen Sicherheitsgürtel um die Stadt gelegt und Militär hatte einen Teil des Stadtzentrums abgesperrt. Was war geschehen?

Am Freitag hatte die katholische Kirche eine Messe ausschließlich für Angola-Flüchtlinge angesetzt, von denen sich schätzungsweise 30 000 in Braga befinden. Statt der Messe fand dann aber eine Versammlung der Flüchtlinge mit drei mutmaßlichen Führern der MDLP, dem faschistischen Befreiungsheer, statt.

Zwei der schwer bewaffneten faschistischen Offiziere, die schon am 11. März am damals erfolglosen Aufstand beteiligt waren, wurden auf der Versammlung gefaßt, ein dritter konnte entfliehen. In Braga munkelt man, daß Calvao, der Chef der MDLP, inzwischen hier in der Gegend sich befindet. Weiter heißt es, etwa 750 PPD-Mitglieder hätten Waffen aus dem Ausland, wohl auch aus Westdeutschland, erhalten und von der Partei den Auftrag bekommen, je zehn weitere Leute für eine geheime reaktionäre Armee anzuheuern. Kein Zweifel, hier im Norden finden Manöver der faschistischen Truppen statt. Hier wird eine Bürgerkriegsarmee zusammengestellt.

Im Sommer wurde in Braga wiederum von der Kirche die reaktionäre Offensive gestartet. Es kam damals zu einer Demonstration von über 100 000 Menschen gegen den Kommunismus und die 5. Regierung in Lissabon; der Erzbischof der Stadt hatte dazu aufgerufen. Dies war an einem Sonntag. Am Montag früh gingen dann die Parteibüros der PC und der MDP/CDE in Flammen auf und das Büro der Intersindical wurde geräumt. Die MRPP behauptet heute, die Brandstiftung sei Werk der "revolutionären antisozialfaschistischen Bauernbewegung" gewesen.

Tatsächlich sind von den 100 000 Demonstranten am Sonntag und am Montag Morgen nur noch 1 000 anwesend gewesen und die Bauern waren bei der Arbeit auf dem land. Der portugiesische Bauer des Nordens ist gegen den Kommunismus, denn unter Kommunismus versteht er das, was ihm die Faschisten und die Kirche 50 Jahre lang beigebracht haben: Eine fremde Macht, die ausbeutet, Kinder tötet usw., und die Tätigkeit von "Kommunisten" vom Schlage Cunhal mußte ihn darin bestätigen, daß es eine fremde Macht ist. Da wurde fernab im Süden in Lissabon eine neue Regierung installiert und plötzlich kamen Leute aus der Stadt, die von der PC auf den Dörfern als neue Verwaltungschefs eingesetzt wurden.

Im Faschismus war der Staatsapparat im Dorf folgendermaßen organisiert: Der offizielle Repräsentant des faschistischen Staates war der sogenannte Regero. Der, wörtlich übersetzt Herrscher oder Königsmann, hatte eine Art Gerichtsbarkeit inne und war zugleich der Notar, der Dokumente ausstellte, jemandem seinen Besitzstand bescheinigte usw. Dann gab es die Junta, den Verwaltungsrat, der durch Wahl zustandekam. Frauen durften natürlich nicht wählen und die Wahl selber war eine abgekartete Sache zwischen Großgrundbesitzern.

Diese Verwaltungen wurden nach dem 25.4. aufgelöst. Das geschah per Dekret. An ihre Stelle traten provisorische Juntas, auf deren Zusammensetzung das Volk keinen Einfluß nehmen konnte. Die PC ging hin und setzte ihre Mitglieder an die Spitze dieser Juntas. Und diese Leute kamen zumeist von außerhalb der Dörfer.

Der faschistische Dorfherr genießt nach wie vor Ansehen

Zum Beispiel wird in dem Dorf, das ich besuchte, der Regero, der faschistische Herr, der 30 Jahre lang dieses Amt dort innehatte, heute noch von den Bauern als Herr Regero angeredet und es wird ihm mit Achtung und Unterwürfigkeit begegnet. Die Macht des Volkes kann eben nur vom Volk selbst errichtet werden. Das alles hat den Großgrundbesitzern und Kirchenfürsten die Möglichkeiten zur Aufhetzung der Bauern gegen "Kommunisten und fortschrittliche Personen" verschafft und sie haben diese Möglichkeiten weidlich genutzt.

Zwei PC-Mitglieder erzählten mir, sie seien kilometerweit durch den Wald von Bauern mit Jagdflinten verfolgt worden, als sie einige Parteiflugblätter verteilen wollten. Aber wenn die Bauern auch gegen den Kommunismus sind, sie sind auch gegen Brandstiftung. Die Zerstörung der Parteibüros in Braga war Werk der faschistischen Banden und man hat das Ziel erreicht, die fortschrittlichen Organisationen zum Teil wieder in die Illegalität zu treiben und Angst zu verbreiten. Die PC und die MDP haben ihre Parteibüros nicht wieder geöffnet, die UDP allerdings hat inzwischen in Braga ein Büro eröffnet. Der portugiesische Bauer ist gegen die Politik, wie sie die Parteien machen. Er hält nicht viel davon. Zahlen drücken das aus. Während die reaktionären Parteien nach der Wahl noch jeweils 7 000 Menschen mobilisieren konnten, kamen kürzlich zu einer PPD-Demonstration und dann zu einer PS-Demonstration jeweils nur 1 000 Menschen, und das waren in der Mehrheit Angestellte. Fest steht, die Bauern im Norden werden nicht durch Parteien mobilisiert, sondern durch die Kirche. Die Kirchenfürsten sind in der Lage, 100 000 auf die Straße zu rufen. Die reaktionären Parteien wissen das und ihre Wahlpropaganda war daher unter anderem zum Beispiel "Bist du Christ, so wähle PPD", "Bist du Christ, so wähle CDS" usw.

Drei Fesseln der Bauern: Kirche, Alkoholismus und Analphabetentum

Überall im Norden stoßen wir auf die Kirche, die entscheidende Stütze der Reaktion. Die Bauern sind mit vielen Ketten an die Kirche gefesselt. Die Priester beziehen von der Kirche kein Gehalt, sie leben von den Abgaben, den Gebühren und Spenden der Bevölkerung. Vom armen Bauern die Abgaben in Form von Naturalien, also einem Teil der Ernte, die Gebühren bei Taufe, Eheschließung und Tod, vom Reichen die politische Spende. Besonders hohe Tribute erzielt der Priester an heiligen Tagen: "Wenn du nicht so und soviel zahlst", sagt er zum Bauern, "kommt das Kreuz nicht in dein Haus zu Ostern, und wenn das Kreuz nicht in dein Haus kommt, dann werden Hunger, Krankheit, Tod und Teufel über deine Familie herfallen." Und der Bauer zahlt, denn täte er das nicht, so würde schlecht über ihn geredet, Gerüchte würden verbreitet, er ist Kommunist, wird gesagt, er wird wie ein Aussätziger behandelt. Das ist die erste Fessel.

In den meisten Dörfern gibt es kein elektrisches Licht. Früh zur Arbeit, früh zu Bett, tagaus tagein. Es gibt keinen Versammlungsraum, das ist die Kirche, gibt es noch einen zweiten, dann gehört er auch der Kirche. Die Schule hat kein Licht, wenn überhaupt eine Schule besteht. Wo sollen sich die Menschen versammeln? Die Kneipe im Dorf gehört immer einem Faschisten, denn sie ist ein wichtiges Kontrollorgan. Die Menschen können sich nur versammeln unter Kontrolle der Kirche oder unter Kontrolle der Faschisten. Alkoholismus grassiert im portugiesischen Dorf, und die betrunkenen Männer schlagen nachts ihre Frauen, wenn sie nach Hause kommen. All das ist die zweite Fessel.

Die dritte Fessel ist der Analphabetismus. Über 50 % der Bauern in den kleinen Dörfern des Nordens sind Analphabeten. Der Pfarrer ist oft der einzige, der schreiben kann, oder der Lehrer, der aus der Stadt in die Schule kommt. Im Dorf, in dem ich zwei Tage bei einfachen Bauern lebte, gibt es seit 1956 eine Schule. Die erste Generation von Alphabeten ist herangewachsen. Aber diese Leute bleiben nicht auf dem Land. Aus dem Dorf von mehr als 800 Einwohnern sind 500 in Frankreich, Deutschland, Luxemburg usw. In dem Distrikt Braga insgesamt wird die Auswanderquote auf etwa 15 % der Bevölkerung geschätzt. Die Jugend flieht das Land und die bäuerliche Struktur ist überaltert. Nur 10,7 % aller portugiesischen landwirtschaftlichen Betriebe werden von Männern unter 35 Jahren, 45 % von Männern über 54 Jahren geleitet. Die fortschrittlichen jungen Leute aus Chaires haben Schulbildung und waren zur Ausbildung meist in der Stadt. Für die herrschende Klasse ist Alphabetisierung gefährlich, die Leute fangen an Zeitung zu lesen, sich für Politik zu interessieren, all das ist nicht gut. Noch etwas. Sie können die Verträge studieren, sie wissen auf einmal, was sie unterschreiben, auch das ist nicht gut. Neulich hat ein Großgrundbesitzer mit seinen Pächtern die Pachtverträge geändert und ihnen dabei das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Das war kurz vor der Ernte. Als die Ernte eingeholt war, vertrieb er sie von seinem Land und es stellte sich heraus, daß sie einen Vertrag unterschrieben hatten, der aussagte, daß sie nichts weiter als Tagelöhner seien, kündbar also jeden Tag.

Die Macht des Großgrundbesitzers hier in der Gegend von Braga ist groß. Drei bis fünf Leuten gehört ein Dorf, das nicht nur machtmäßig, sondern faktisch. Sie besitzen Grund und Boden. Die meisten Bauern sind Pächter und sie zahlen zwei Drittel der gesamten Ernte in Naturalien an den Grundherren, wenn sie Glück haben, zahlen sie nur die Hälfte der Ernte. Einige Bauern besitzen Land, aber es sind nicht viele. Die Pachtverträge sind oft streng, so daß ein bestimmtes Maß an Abgaben festgelegt ist und wenn der Bauer eine Mißernte hat, so gerät er in Schulden oder in Hunger und beides bedeutet gleichviel.

Produktion und Bodenverteilung

Der Boden ist gut hier in der Gegend, aber die Landwirtschaft ist unterentwickelt. Es gibt keine Maschinen. Das Rind zieht den Wagen, den Pflug und ist gleichzeitig eine Fleischreserve für den äußersten Notfall. Die einzige Partei, die in der Wahl eine Versicherung für das Rind gefordert hat, war die reaktionäre Partei CDS, sie hat mit dieser Versicherungspropaganda große Stimmenzahlen gewonnen, denn der Bauer muß nicht lange überlegen, um den Wert dieser Versicherung für sein Rind zu erkennen.

Ein Großteil der Landwirtschaft ist reine Subsistenzwirtschaft. Ist der Bauer selber Eigentümer, dann reicht sein Produkt gerade für die eigene Ernährung. Die von einem Bauern bewirtschafteten Flächen sind äußerst klein und zweitens sind sie noch in sich zersplittert oder parzelliert. 1968 gab es in Portugal 813 509 landwirtschaftliche Betriebe. Davon waren 478 860 kleiner als zwei Hektar, wobei sogar diese Minimalfläche im Durchschnitt noch in vier Teile, zerstreut liegende Parzellen, aufgeteilt war. 91,86 % aller landwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als zehn Hektar und im Mittel in Parzellen von 0,335 Hektar verteilt. 92 % aller Betriebe bewirtschaften eine Fläche von 23,8 % des bebauten Bodens. 1,1 % der Betriebe eine Fläche von 51 % des bebauten Bodens. Diesen 1,1 % Großgrundbesitzern und reichen Bauern stehen 92 % arme Bauern gegenüber. 37 % der portugiesischen Bevölkerung leben von der Arbeit in der Landwirtschaft. Von 813 509 Betrieben sind 580 010 reine Subsistenzbetriebe, das heißt, sie produzieren nur für den eigenen Bedarf. Das ist in kurzen Zahlen das Bild der portugiesischen Landwirtschaft.

Die Bauern brauchen mehr Land, aber hier in den Dörfern sieht man massenhaft unbebautes oder verfallenes Land, das Großgrundbesitzern gehört. Sie weigern sich, dieses Land auch nur zu verpachten, obwohl die Bauern immer darum nachsuchen. Im Süden sind solche brachliegenden Ländereien von den Landarbeitern und Bauern besetzt worden und in Bearbeitung genommen. Aber im Süden sind die Landarbeiter und Bauern organisiert, sie haben ihre Gewerkschaften und Bauernverbände. Nicht so im Norden. Die Bauern hier sind nur selten in Genossenschaften zu einem ganz bestimmten, sehr beschränkten Zweck zusammengeschlossen. Ökonomisch sind die Bauern zwar von den Großgrundbesitzern getrennt, und diese Trennung nehmen sie wahr, aber politisch sind sie nicht von ihnen getrennt. Hier ist die Kirche das bindende Glied. Ebenso ist es mit der Arbeiterschaft, d. h. es sind meist ehemalige Bauern, die ruiniert worden sind, und sie arbeiten zumeist in kleinen Familienbetrieben.

Der Aufbau einer Gewerkschaft

In Braga beginnen die Arbeiter erst heute, sich langsam gewerkschaftlich zu organisieren. Aber dieser Zusammenschluß kommt voran. Hier haben die Kommunisten zum Beispiel in der Baugewerkschaft deutlich die Führung inne. Diese Baugewerkschaft hat in den kleinen Dörfern eine hervorragende Rolle bei der Mobilisierung der Bauernschaft. In dem Dorf, in dem ich war, wohnen eine ganze Reihe von ehemaligen armen Bauern, die jetzt Arbeiter im Steinbruch sind. Harte Arbeit, Verdienst zirka 300 DM im Monat. Also werden nicht einmal Minimallöhne bezahlt. Der Präsident der Gewerkschaft erzählte mir die folgende Geschichte:

"Ein Arbeiter hat eine Beschwerde gegen den Kapitalisten. So wie es ein Analphabet eben tut, er wendet sich an den einzigen Rechtsanwalt im Dorf. Dieser hat Ansehen. Er kann lesen und schreiben. Natürlich ist er Interessenvertreter der Reichen. Nur durch einen Zufall kommt es dazu, daß auch die Gewerkschaft den Fall des Arbeiters aufgreift. Wer soll ihn nun verteidigen? Der Rechtsanwalt oder die Gewerkschaft, wird der Arbeiter gefragt. Er ist skeptisch gegenüber der Gewerkschaft und bleibt beim Advokaten. Doch die Gewerkschaft führt den Fall dennoch weiter. Der Advokat löst den Fall zu Ungunsten des Arbeiters. Die Gewerkschaft verschafft dem Arbeiter später Recht. Der Arbeiter soll den Rechtsanwalt zahlen. Der Arbeiter sagt, dich bezahle ich nicht, du hast mir kein Recht verschafft, und er trägt das Geld zur Gewerkschaft. Die Gewerkschaft lehnt sein Geld ab und sagt ihm: 'Wenn du uns bezahlen willst, dann kannst du abhauen, solche Leute brauchen wir nicht, wir brauchen Organisatoren der Arbeiter gegen die Kapitalisten und ihre Advokaten.' Der Arbeiter versteht erst nicht: 'Der Advokat hat den Fall nicht gelöst, er will Geld, die Gewerkschaft hat ihn gelöst und will keines.' Aber langsam kommt dem Arbeiter, daß die Einheit der Arbeiterklasse eine Waffe ist und daß die nicht durch Bezahlung hergestellt wird. Heute ist dieser ehemalige Bauer einer der besten Organisatoren im Dorf. Früher hat er CDS gewählt, heute ist er Sympathisant der UDP.

Der Bauer ballt die Fäuste

Solche Versammlungen meist von der Gewerkschaft aus führen die Genossen von der UDP auf dem Land in Braga durch. Und schon entstehen die ersten Ansätze zu Zellen und Vereinigungen der Bauernschaft. Heute, so sagen diese Genossen, befinden sich die Bauern im Norden auf dem Land in einer Phase der Überlegung. Im Augenblick ist es still geworden, die Bauern fangen an abzuwägen, sie fangen an zu denken, das dauert lange. Der Bauer ballt seit langem seine Fäuste, aber gegen wen soll er kämpfen? Kommt der Gewerkschafter zu ihm , dann sagt er ihm, es muß sich was ändern. In welcher Richtung, fragt der Bauer. Der Gewerkschafter sagt: Gegen den Grundeigentümer. Nein, sagen die Bauern. Kommen aber die Faschisten, dann sagen sie auch: Es muß sich was ändern. In welcher Richtung, fragen die Bauern. Die Faschisten sagen: Gegen die "Kommunisten". Nein, sagen die Bauern. – Die relative Ruhe, die seit den Massendemonstrationen und Bränden gegen die Parteibüros linker Organisationen eingekehrt ist, ist die Ruhe vor dem Kampf. Die Reaktionäre versuchen, durch Terror und Bombenattentate wie am letzten Sonntag die Ruhe zu stören. Denn das Resultat der Überlegungen, die der Bauer anstellt, kann eine Kampfansage für die herrschende Klasse sein. – (kkw)

Libanon

Es geht um die Sache der arabischen Nation

Am vergangenen Wochenende wurde zum zwölften Mal seit September im libanesischen Bürgerkrieg die Feuereinstellung vereinbart. Man kann davon ausgehen, daß auch diese Vereinbarung nicht lange hält. Gebrochen wurden die Vereinbarungen über die Feuereinstellung jedesmal von der faschistischen Falange, die zusammen mit der libanesischen Nationalpartei eine Privatarmee von 15 000 Mann unterhält.

Diese bewaffnete Bande, die einen Teil der libanesischen Hauptstadt besetzt hält, eröffnet immer wieder das Feuer auf die arabische Bevölkerung der Stadt. Der libanesische Ministerpräsident Karame hat deshalb eine Warnung an die Falange und die libanesische Nationalpartei gerichtett und beide öffentlich für das Andauern der Kampfhandlungen verantwortlich gemacht.

Die eigentlichen Verantwortlichen sitzen freilich außerhalb der Grenzen. Der Libanon ist seit den fünfziger Jahren schon einem starken Interventionsdruck durch den US-Imperialismus und Israel ausgesetzt. 1958 sind dort amerikanische Truppen gelandet. Verstärkt hat sich dieser Interventionsdruck nach dem Oktoberkrieg, als die Völker und Länder arabischer Nation dem zionistischen Israel erstmals eine Niederlage beibringen konnten.

Seitdem arbeiten der US-Imperialismus und sein Vorposten Israel verbissen daran, Widersprüche ins arabische Lager zu treiben und Spaltungslinien zu ziehen.

Im Libanon glaubten sie einen schwachen Punkt gefunden zu haben. Systematisch hat die israelische Armee Angriffe gegen den Südlibanon geführt. Immer wieder ist sie mit Panzereinheiten tief in libanesisches Gebiet eingedrungen. Die libanesische Bevölkerung in den Grenzdörfern mußte wegen des ständigen Artilleriebeschusses ihre Häuser verlassen. Sie wurde in ihrem eigenen Land zu Flüchtlingen. Nach den Plänen der Zionisten und der Imperialisten sollte dadurch im Libanon eine Lage geschaffen werden, die als einzigen Ausweg für die Regierung ein Abkommen mit Israel zuließ.

Setzen konnten dabei die Zionisten auf reaktionäre Kräfte im Inneren Libanons, insbesondere auf die libanesische Finanzbourgeoisie, die in der christlichen Falange und in der Nationalpartei ihre politischen Organisationen hat. Je heftiger die militärischen Attacken der Israelis, je stärker die Lasten, die dadurch auf den Libanon zukamen, umso mehr mußte diese Finanzbourgeoisie geneigt sein, aus der gemeinsamen arabischen Front gegen den Imperialismus auszubrechen und ihren Frieden mit Israel zu suchen, um die Rolle des Libanons als Finanzumschlagplatz, als "Schweiz des Nahen Ostens" nicht zu gefährden.

Seit der Vertreibung von seinem Territorium durch die Zionisten genießt das palästinensische Volk Gastrecht im Libanon. Die palästinensischen Flüchtlingslager sind im Libanon autonom, sie verwalten sich selber und stehen unter der alleinigen Kontrolle der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. Die PLO hat das Recht, vom libanesischen Grenzgebiet aus Aktionen gegen den israelischen Besatzerstaat durchzuführen. Wenn die libanesische Finanzbourgeoisie ihren Frieden mit Israel machen will, muß sie dem palästinensischen Widerstand diese Rechte nehmen und die Palästinenser wehrlos machen. Das genau war ihre Absicht, als die faschistische Falange und die libanesische Nationalpartei, die mit Chamoun derzeit den Innenminister des Libanon stellt, vor sieben Monaten die bewaffneten Auseinandersetzungen mit einem Anschlag auf einen Bus mit Palästinensern begonnen hatte. Bei der libanesischen Finanzbourgeoisie hatten die imperialistischen Pläne also den erhofften Erfolg.

Nicht so bei den Volksmassen. Die libanesischen Bauern und Arbeiter sind gegen Abmachungen mit dem Feind, der vielen von ihnen die Existenz vernichtet hat. Die Angriffe von außen und das offene Auftreten der libanesischen Reaktion gegen die Palästinenser, gegen die arabische Sache und für einen Ausgleich mit dem Feind haben im Libanon selber die Klassenspaltung vertieft und den Klassenkampf verschärft bis zum Bürgerkrieg. Das Bündnis zwischen dem libanesischen Volk und dem palästinensischen Volk ist zu einer Stütze für das libanesische Volk in diesem Kampf geworden. Die internationale Presse berichtet gegenwärtig von wachsenden Erfolgen der arabischen Seite gegen Falange und Nationalpartei. Die israelische Intervention ist dabei, die arabische nationale Revolution im Libanon zu fördern und um wichtige Schritte voranzubringen.

Lage und Kampfbedingungen in der Stahlindustrie

Die Stahlarbeiter können die Konkurrenz zwischen den Monopolen ausnutzen

Einige Monopole beherrschen die Produktion

Schon lange ist die Stahlindustrie ein Industriebereich mit besonders hohem Konzentrations- und Monopolisierungsgrad. An der Stahlindustrie haben sich die sozialdemokratischen Theorien vom "organisierten Kapitalismus" gebildet, der angeblich die Anarchie der kapitalistischen Produktion überwindet.

Die Tatsachen beweisen, daß davon keine Rede sein kann. In Westdeutschland teilen heute sechs große Konzenre über 80 % der Produktion unter sich auf: Thyssen-Rheinstahl 32 %, Hoesch 13 %, Peine-Salzgitter 10 %, Mannesmann 10 %, Krupp 8,5 %, Kloeckner 7 %. Diese Konzerne gehören zu den größten der Bundesrepublik und sind sämtlich mehrfache Umsatzmilliardäre. 1974, im Jahr der bisher höchsten Stahlproduktion, sind in der Bundesrepublik 53,2 Millionen Tonnen Rohstahl produziert worden und ist ein Umsatz von 44 589 Millionen DM erzielt worden. In der westdeutschen Stahlindustrie sind 1974 316 000 Beschäftigte gezählt worden, die diesen Umsatz erarbeiteten, den sich die Stahlkonzerne aneigneten.

Auch im Weltmaßstab ist die Stahlindustrie hoch konzentriert. Mit einer Produktion von 197 Millionen Tonnen erreichten die 10 größten Stahlkonzerne der Welt, darunter die August-Thyssen-Hütte (Rang 5) und der deutsch niederländische Konzern Hoesch-Hoogovens (Estel) (Rang 10), einen Anteil von 27,7 % der Weltstahlproduktion.

Die großen Stahlkonzerne der kapitalistischen Länder haben sich auch ein Instrument der internationalen Absprachen geschaffen, das International Iron and Steel Institute. Diese Vereinigung dient der Marktforschung und dem technologischen Austausch zwischen ihren Mitgliedern und soll eine Abstimmung der großen Stahlkonzerne auf dem Weltmarkt und gegenüber anderen Industrien ermöglichen. Vom 12. bis zum 16. Oktober hat sie in Mexiko City ihre Jahresversammlung abgehalten.

Monopolbildung kann die Krise nicht verhindern

Daß die Anarchie der Produktion nicht zu beseitigen ist, solange die Produktion kapitalistisch ist, und sei sie noch so monopolisiert, darüber konnten sich die Stahlkapitalisten auf ihrer internationalen Versammlung Rechenschaft ablegen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt aus diesem Anlaß:

"Als die Stahlmanager im vorigen Herbst in München zusammentrafen, da waren sie alle noch guten Mutes. Dazu trug nicht nur die angenehme Atmosphäre mit Weißwurst und bayrischer Blaskapelle bei, sondern es herrschte auch in der Stahlindustrie allerorten noch eine glänzende Stimmung. Die Auftragsbücher waren noch voll, und man glaubte an die Lehren, die man vom vorjährigen Stahlkongress in Johannesburg mitgenommen hatte. Diese Lehren lauteten: Der Stahlhunger und damit der Investitionsbedarf der Stahlindustrie wird so groß sein, daß die Unternehmen mit dem wachsenden Verbrauch nicht Schritt halten können. Das würde – mangels Investitionskapitals – eine Unterversorgung des Weltstahlmarktes auf Jahrzehnte hinaus bedeuten, und der preistreibende Effekt dieser Unterversorgung sei unverkennbar."

Großartige Zeiten also zur Kartellbildung, für Preisabsprachen und die Ausplünderung anderer weniger monopolisierter Industriebereiche durch Monopolpreise. All dies auf Grundlage einer gewaltigen Ausbeutung der Stahlarbeiter, denen man gleichzeitig einige geringe Vorteile gegenüber den Arbeitern anderer Branchen zukommen lassen konnte, um sie trotz wachsender Ausbeutung bei der Stange zu halten. Doch es kam anders. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" fährt fort: *"Aber noch während die Stahlmanager hoffnungsfroh in München tagten, setzte schon der weltweite Zusammenbruch der Stahlmärkte ein. Inzwischen herrscht in der Stahlindustrie eine weltweite Depression, wie es sie seit den dreißiger Jahren nicht mehr gegeben hat."* (13.10.)

Unter diesen Bedingungen verschärft sich die internationale Konkurrenz, Preisabsprachen brechen zusammen, der Ruf der Konzerne nach Unterstützung durch den imperialistischen Staat, nach Exportsubventionen und Importkontrolle wird unüberhörbar.

Die Krise verschärft die imperialistische Konkurrenz

1974, zum Höhepunkt des internationalen Stahlbooms, hatte die kapitalistische Stahlindustrie 536 Millionen Tonnen Rohstahl produziert. Für 1975 wird nur noch mit einer Produktion von 472 Millionen Tonnen gerechnet. Der Versuch, in fremde Märkte einzudringen, verschärft sich unter diesen Bedingungen ebenso wie der Versuch, die eigenen Märkte mit Hilfe von staatlichen Maßnahmen zu schützen. US-Steel hat unter diesen Bedingungen ein Verfahren wegen unfairer Handelspraktiken gegen die Stahlindustrie der EG beim amerikanischen Schatzamt eingeleitet. Der europäische Stahl soll mit einem weiteren Importzoll belegt werden als Ausgleich für die Mehrwertsteuerrückerstattung durch die EG-Staaten bei exportiertem Stahl. (vgl. KVZ Nr. 41/75)

Produktion nach Ländergruppen

	Januar bis September 1975	Januar bis September 1974	Veränderung in %
	(in Millionen Tonnen)		
EG (6)	79,974	99,231	−19,4
Grossbritannien	15,010	16,688	−10,1
USA	81,661	100,066	−18,4
Japan	78,195	88,480	−11,6
Andere	60,696	59,086	+ 2,7
Total	315,536	363,551	−13,2

Die EG läuft Sturm gegen diesen Versuch des US-Steel-Konzerns, sich vor der europäischen Konkurrenz zu schützen und so die Preise bei eingeschränkter amerikanischer Produktion hochzuhalten. Das US-Schatzamt hat die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt, allerdings nicht, ohne der europäischen Stahlindustrie zu drohen: Der stellvertretende Schatzamtssekretär für Zollfragen McDonald "offenbarte" "im gleichen Atemzug", mit dem er die Entscheidung des Schatzamtes verkündigte, *"die prinzipielle Unzufriedenheit der amerikanischen Regierung mit der im Gatt* (internationales Handelsabkommen) *unterstellten Unterscheidung zwischen direkten* (die nicht zurückerstattet werden dürfen bei Export) *und indirekten* (die zurückerstattet werden dürfen) *Steuern; in den Augen Washingtons sollte diese Unterscheidung zugunsten der Gleichbehandlung fallen."* (Neue Zürcher Zeitung, 21.10.)

Eine solche Revision des Gatt würde zu Lasten der europäischen Stahlindustrie wie der ganzen europäischen Industrie in ihrem Kampf mit den amerikanischen Konkurrenten gehen. Ohnehin findet sich US-Steel mit der Entscheidung des Schatzamtes nicht ab: *"Trotz der klaren Linie des Schatzamtes und trotz den Parallelfällen in den Vereinigten Staaten selbst (wo ebenfalls indirekte Steuern z. B. bei Alkoholexporten zurückerstattet werden) wird erwartet, daß US Steel die Gerichte zur Klärung anrufen wird. Schon allein das Volumen der EX-Importe – es handelte sich um 2,1 Milliarden Dollar im letzten Jahr – macht einen solchen Schritt nur zu wahrscheinlich."* (Neue Zürcher Zeitg., 21.10.)

Europäische Gemeinschaft durch die Krise hart getroffen

Auch ohne eine solche Entscheidung zu ihren Ungunsten im US-Handel ist die europäische Stahlindustrie bereits empfindlich durch die Stahlkrise getroffen. Ging die Produktion in den ersten 9 Monaten in allen 27 Mitgliedsländern des International Iron and Steel Institute um 13,2 % zurück, so ging sie in der EG von 99,231 Millionen Tonnen 1974 auf 79,974 Millionen Tonnen 1975, daß heißt um 19,4 % zurück. Damit ist die EG-Stahlindustrie am meisten von der Stahlkrise betroffen gegenüber den USA (– 18,4 %) und Japan (– 11,6 %). So ist es kein Wunder, daß die europäische Stahlindustrie ihrerseits die EG anruft, um durch sie unterstützt zu werden. Gefordert wird die Festlegung von Produktionsquoten und Importkontrollen. Die EG-Stahlkonzerne kommen nämlich ihrerseits unter Druck vor allem durch die japanischen, spanischen und Comecon-Stahlproduzenten.

Auch unter den EG-Stahlkonzernen selber tobt ein erbitterter Konkurrenzkampf: "*. . . anders als ihre amerikanischen Konkurrenten leisten sich die Europäer zur Zeit einen mörderischen Konditionenkrieg, mit dem sie ihre Verluste auf 100 Mark je Tonne schraubten. Ein Stahlmanager resignierend: 'Alle schwören sie heilige Eide, doch letzten Endes betrügt doch einer den anderen.'*" (Der Spiegel, 20.10.) Da mag man sich vorstellen, was der Appell an die "Selbstdisziplin" der Stahlkapitalisten nutzen mag, mit dem sich die EG-Kommission vorläufig aus der Affäre gezogen hat.

Unter der Überschrift "EG-Standhaftigkeit gegenüber protektionistischen Stahlindustriebegehren" schreibt die "Neue Zürcher Zeitung" am 24.10.: "Die EG-Kommission hat dem hartnäckigen Drängen eines Großteils der europäischen Stahlindustrie widerstanden und von der Ergreifung interventionistischer und protektionistischer Maßnahmen zugunsten des massiven Rentabilitätseinbrüchen unterworfenen Sektors abgesehen. Einem einstimmig gefaßten Beschluß gemäß verlangt die Kommission dringend eine multilaterale Diskussion der Probleme. Als geeignetes Forum wird die Organisation für Wirtschaftszusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgeschlagen. Dort sind mit Ausnahme der Staatshandelsländer alle wichtigen Stahlproduzenten vertreten.

Als Alternative zu dem jetzt angestrebten Versuch, mit den EG-Haupthandelspartern Lösungen für die vordringlichsten Probleme der Stahlindustrie zu finden, stand die Festsetzung von Produktionsquoten und die Fixierung von Mindestpreisen zur Diskussion. Diese Variante – vor allem von französischer, italienischer und belgischer Seite gewünscht – hätte protektionistische Maßnahmen wie etwa die Verhängung von Importkontrollen zur Folge gehabt. Die Erkenntnis, daß solches gewichtige Signalwirkungen für die Auslösung protektionistischer Gegenmaßnahmen gehabt hätte, hat in der EG-Kommission schwerer gewogen als die Tatsache, daß die Stahlindustrie Europas dringend hilfsbedürftig geworden ist. Mit ihrem jetzt dokumentierten Mut – er soll die Summe höchst unterschiedlicher Standpunkte der 13 EG-Kommissare sein – honoriert die Kommission zweifellos auch den Entscheid des amerikanischen Schatzamtes von 20. Oktober."

Die westdeutsche Zeitung "Die Welt" begrüßt den Beschluß der EG-Kommission mit der Schlagzeile "Selbsthilfe hat Vorrang" (29.10.), und zweifellos kann sich die westdeutsche Stahlindustrie bei einem einigermaßen offenen Weltmarkt und einem unkontrollierten EG-Markt gegenwärtig am besten helfen. Sie ist mit 53,2 Millionen Tonnen Rohstahl 1974 der bei weitem stärkste Produzent der EG und bei einer Exportquote von 35 % von den auswärtigen Märkten abhängig. An der Arbeitsproduktivität, d. h. am Ausbeutungsgrad der Arbeit gemessen, liegen die westdeutschen Konzerne an der Spitze in Europa. Ist es da ein Wunder, daß die westdeutschen Stahlkapitalisten auch in der Krise noch eine alte Vorliebe für den "freien Welthandel" haben? Gegen eine von der EG-Kommission geprüfte Festsetzung von Mindestpreisen wird freilich auch die westdeutsche Stahlindustrie nichts haben, genausowenig wie gegen eine sechsmonatige Aussetzung der Zahlungsverpflichtung für die sogenannte "Montanumlage", wie sie die europäischen Stahlkonzerne fordern.

Die Lage der westdeutschen Stahlindustrie

Die "Süddeutsche Zeitung" charakterisiert die Lage in der westdeutschen Stahlindustrie folgendermaßen: "Wenn gleich die westdeutschen Hüttenwerke im September mit 1,72 Millionen Tonnen etwas höhere Walzstahlbestellungen buchen konnten als im August (1,30 Millionen Tonnen), ist das Bild nach wie vor miserabel. Die deutsche Stahlindustrie sagt selbst, daß sie in der schlimmsten Krise seit Kriegsende stecke, sowohl in den Produktionsmengen wie in den Erlösen. Ein schwacher Trost ist es für sie, daß es in der ganzen westlichen Welt nicht besser aussieht. Während des jüngsten internationalen Stahlkongresses in Mexiko City hieß es, die Depression sei nur mit der Anfang der dreißiger Jahre zu vergleichen.

Von Januar bis September sind heuer im Bundesgebiet die Auftragseingänge für Walzstahlfertigerzeugnisse mit 14,909 Millionen Tonnen um fast 34 % geringer gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei sind die Bestellungen aus dem Inland mit 10,06 Millionen Tonnen um knapp 26 % gesunken, während die aus den übrigen Ländern der Montanunion mit 1,717 Millionen Tonnen um 35,7 %, die aus allen übrigen Ländern mit 3,135 Millionen Tonnen sogar um 50 % zurückgegangen sind. Auffallend ist freilich, daß die Bestellungen aus diesen 'dritten Ländern' im September mit 492 000 Tonnen den höchsten Stand seit August letzten Jahres erreicht haben. In der eisenschaffenden Industrie heißt es dazu, daß man eben Aufträge a tout prix (um jeden Preis) hereinnehme, um die Beschäftigung auf einem Minimum halten zu können." (Süddeutsche Zeitung, 21.10.)

Die westdeutsche Stahlindustrie steckt also mitten drin in der Krise der kapitalistischen Stahlindustrie und sie versucht durch Niederkonkurrierung anderer ihre Stellung zu halten. Darauf sind die Bemühungen der westdeutschen Stahlindustrie ausgerichtet und dies erklärt auch zum Teil, warum sie auf den Produktionseinbruch bisher nicht mit Massenentlassungen, sondern mit Kurzarbeit reagier hat.

In den letzten 12 Monaten haben die westdeutschen Stahlkonzerne bei 316 000 Beschäftigten (1974) 10 000 Entlassungen durchgefüht, das sind rund 3 %, während die gesamte Industrie die Beschäftigtenzahl um rund 7 % gesenkt hat. Etwa 30 % der Belegschaften lassen die Stahlkapitalisten stattdessen kurzarbeiten. Den Umsatz pro Beschäftigten konnten sie dennoch steigern. Denn der Umsatz sank nur um rund 2 %.

Wichtigstes Kapital sind die Belegschaften

Die Stahlkapitalisten wissen, daß ihr wichtigstes Kapital im weltweiten Konkurrenzkampf die eingearbeiteten Belegschaften sind, die sie nach Massenentlassungen keineswegs rasch erneuern könnten. Auch ist die Kurzarbeit ein gutes Mittel, den Arbeitstag zu verdichten, um bei Wiedereinführung des Normalarbeitstages die Produktionsmenge pro Arbeitstag zu erhöhen. Auch kann so ein Teil der Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung abgewälzt werden. Durch diese Taktik wollen die westdeutschen Stahlkapitalisten ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber den anderen Stahlkapitalisten verbessern, um sie sofort bei einem Wiederaufschwung voll zur Geltung zu bringen.

Aus dem gleichen Grund versuchen sie jetzt in der Tarifauseinandersetzung möglichst billig davonzukommen und den Reallohn der Stahlarbeiter möglichst weit zu senken. Dabei führen sie die bisher relativ geringen Entlassungen als Beweis für ihre sozialen Gefühle an. Allerdings können sie ihre wirklichen Gründe nicht ganz verschweigen. So meint Birnbaum, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG: "Trotz Unterbeschäftigung und schlechter Ertragslage hat die deutsche Stahlindustrie ihren Personalstamm gehalten, lediglich Fluktuationsabgänge nicht ersetzt. Dieses Verhalten hat soziale und ökonomische Gründe. Es sind dies nicht allein die soziale Verpflichtung gegenüber den Mitarbeitern, die in der Hochkonjunktur Mehrarbeit geleistet haben oder die Rücksichtnahme auf die derzeitige Verfassung der Volkswirtschaft mit ihrem hohen Arbeitslosenstand. Auch die Erkenntnis, daß abgewanderte Spezialisten nur noch in Ausnahmefällen zurückzugewinnen sind und die Ausbildung neuer Fachkräfte viel Geld erfordert, hat dazu beigetragen. Entscheidend für mich ist aber die Erwartung, daß die gegenwärtige Stahlflaute ein temporärer Einbruch ist und daß mittel- und längerfristig mit einem weiteren weltweiten Anstieg des Stahlverbrauchs zu rechnen ist." (Die Zeit, 3.10.)

In einem Vortrag vor dem Bundesverband für Stahlhandel hat Dr. Kutscher, Hauptberater der Direktion Stahl in der EG-Kommission, die "sozialen" Gründe für die Erhaltung der Belegschaften deutlich beim Namen genannt: "Der Export der deutschen und europäischen Stahlindustrie könne nur dann steigen, wenn eine wettbewerbsfähige – und das ist gar nicht so sicher – eisenschaffende Industrie Produkte anbiete, die Intelligenz und Tüchtigkeit der Hersteller voraussetzen, wie denn überhaupt die größte Chance Europas, sich zu behaupten, in den sach- und fachkundigen disziplinierten Belegschaften liege." (Süddeutsche Zeitung, 24.10.) Im Wissen, daß sie von den Arbeitern abhängig sind, bestehen die "sozialen" Gefühle der Kapitalisten.

Die Kampfbedingungen für die Stahlarbeiter sind nicht schlecht

Die Krise in der Stahlindustrie zeigt besonders drastisch, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte schon lange mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in unlösbaren Widerspruch geraten ist. Die Stahlkapitalisten hatten einen noch lange andauernden Bedarf an Stahl vorausgesagt. Aber in der kapitalistischen Produktion kommt es nicht auf den gesellschaftlichen Bedarf, sondern auf den Profit an, wie die Stahlkapitalisten selber am besten wissen. Alle kapitalistische Kartellbildung und Marktabsprache konnte die Krise nicht verhindern und heute sind nur noch 60 bis 65 Prozent der Stahlkapazitäten genutzt, obwohl der gesellschaftliche Bedarf an Stahl nicht geringer geworden ist. Woran es fehlt, das ist die zahlungsfähige und -bereite Nachfrage, nicht der gesellschaftliche Bedarf. Der ist überall in der Welt vorhanden.

Die Krise beweist, daß die Arbeiterklasse sich niemals mit dem Kampf um den höheren Lohn zufrieden geben darf, sondern daß sie ihrer Stellung in der Produktion entsprechend die Herrschaft über die Produktion anstreben muß. Nun wird gesagt, die Krise verschlechtert aber auch die Kampfbedingungen der Arbeiter, insbesondere im Kampf um den Lohn. Dies trichtern auch die Gewerkschaftsführer der Arbeiterklasse ein. Die Arbeiter können in ihrer "Konkurrenz" mit den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt aber die Konkurrenz unter den Kapitalisten nutzen. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten ist durch die Krise nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die westdeutsche Stahlindustrie kann es sich keineswegs leisten, ihren auf der Lauer liegenden internationalen Konkurrenten durch einen Streik die Gelegenheit zu geben, neue Marktanteile zu erobern. Die Streikbedingungen für die Stahlarbeiter sind nicht schlecht. Wohl aber ihre Lebensbedingungen. Durch die Kurzarbeit hat sich die Arbeitsleistung nicht verringert, entscheidend aber ihr Lohn.

Wenn die Stahlarbeiter zusammenstehen und sich keine Märchen von den gemeinsamen Interessen mit den Kapitalisten gegenüber den Konkurrenten erzählen lassen (jeder Kapitalist erzählt dieses Märchen "seinen" Arbeitern), wenn sie sich nicht von chauvinistischen Appellen blenden lassen, dann sind sie auch in der Krise in der Lage, ihre Interessen zu verteidigen und durchzusetzen. An dieser Tatsache ist zu messen die Kapitulanten- und Versöhnungspolitik der Gewerkschaften unter ihrer sozialdemokratischen Führung. – (js)

Zahlen aus der Stahlindustrie

	1973	1974	1. Halbj. 75	Veränderung 1. Hj. 74/75 in %
Rohstahlproduktion in Mio Tonnen	49,5	53,2	21,6	—17,7
Roheisenerzeugung in Mio Tonnen	36,8	40,2	16,1	—18,9
Umsatz in Mio DM	33 006	44 589	21 700	— 2,0
davon Ausland	9 689	15 870	7 600	+ 2,5
Beschäftigte in Tausend, Durchschn.	315,7	316,0	313,9	— 0,2

Produktionsanteile in Prozent

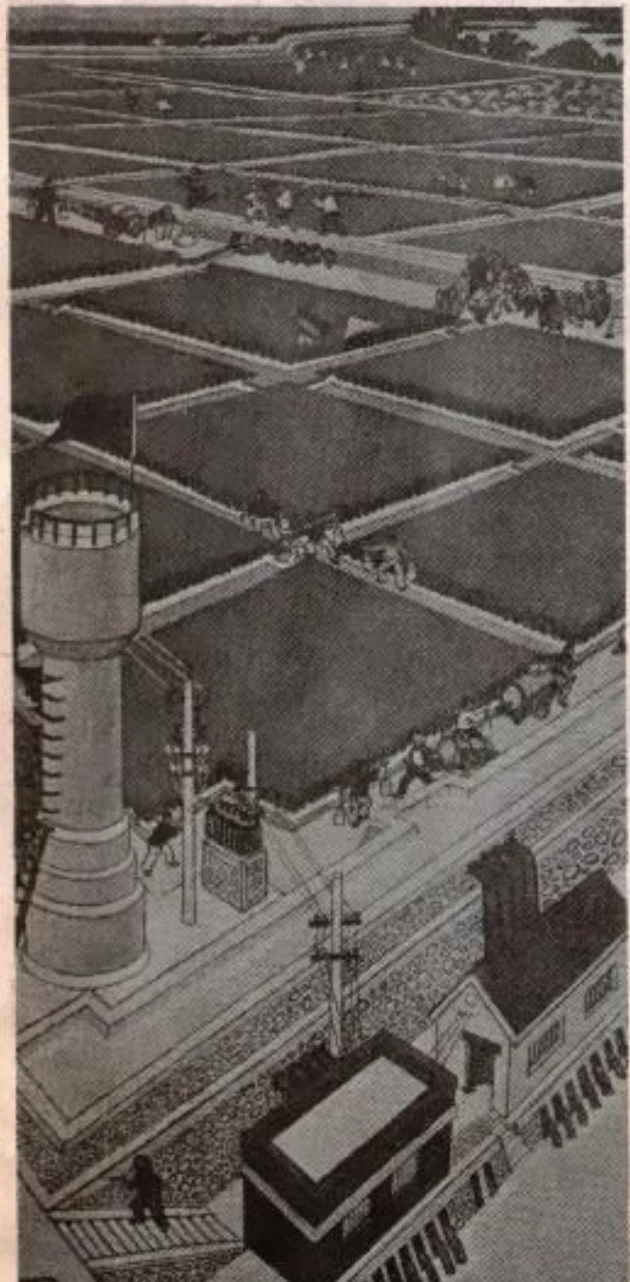
Thyssen-Rheinstahl	Hoesch	Peine-Salzgitter	Mannesmann	Krupp	Klöckner
32	13	10	10	8,5	7

Chinesische Bauernmalerei

Das arbeitende Volk malt die Vorzüge des Sozialismus

"Bauernmalerei, warum nicht?" So eröffnet der Kunstkritiker Gottfried Sello in der Wochenzeitung "Die Zeit" seinen Bericht über eine Ausstellung chinesischer "Bauernmalerei aus dem Kreis Huhsien" auf der Pariser Biennale Anfang Oktober. Zahlreiche der dort ausgestellten Bilder sind inzwischen in einer Mappe als Farbdrucke zugänglich.

Bei Bauernmalerei denkt der "Zeit"-Kritiker "an naive Kunst, die heute wieder einmal so ungeheuer populär und beliebt ist". Und er denkt an "handwerkliche Ungeschicklichkeit". Was aber muß der Kunstkritiker sehen: "Was die chinesischen Bauernmaler vorweisen, hat mit Naivität nichts zu tun, wenn man darunter Ursprünglichkeit, Phantasie, auch handwerkliche Ungeschicklichkeit versteht."



Cheng Min-sheng und Chang Lin: Der "närrische alte Mann" von heute schafft eine neue Welt

Und in der Tat. Was immer der Kritiker Sello darunter verstehen mag: Naiv sind die chinesischen Bauernmaler nicht. Im Gegenteil: Sie verstehen was von ihren Gegenständen, und sie sind politisch bewußt, d.h. sie lassen auf ihren Bildern keinen Moment vergessen, daß die Revolution Voraussetzung ist für die Fortschritte bei der gemeinsamen Feldarbeit, für das Voranschreiten bei den Wasserbauarbeiten, für die Blüte des landwirtschaftlichen und industriellen Nebengewerbes, für reiche Ernten und für den Einzug von Kultur, Gesundheitswesen und Sport in das chinesische Dorf. Alles das Gegenstände, die in den Bildern behandelt werden.

Das Hauptthema der Bilder aber ist überall ein und dasselbe: Es ist das arbeitende Volk in seinen vielfältigen Tätigkeiten und Verrichtungen. Mehrfach taucht in den Bildunterschriften eine Anspielung auf den "närrischen alten Mann" der chinesischen Sage auf, der von allen für närrisch erklärt wurde, weil er sich das große Werk vorgenommen hatte, ganze Berge durch seine Arbeit abzutragen. Heute ist dem "närrischen alten Mann" das von Imperialismus, Feudalismus und Kapitalismus befreite chinesische Volk zur Seite getreten, das die Erde umgestaltet, Berge einebnet, Felder bewässert, Hänge terrassiert, Obstkulturen anbaut, wo vorher Wüste war. Dieses die Natur umgestaltende arbeitende Volk ist zentraler Gegenstand aller Bilder.

Das macht eine besondere Bildkomposition notwendig. Das arbeitende Volk muß dem Auge vorgestellt werden als das Zusammenwirken vieler Einzelner, von denen jeder die unterschiedlichsten Tätigkeiten verrichtet. Der Bau eines Bewässerungssystems, Bestellung der Felder und Neuanlage von Äckern; Dreschen, Verpacken und Transport des Getreides, all das sind lauter verschiedene Tätigkeiten einer Brigade oder Volkskommune. Erst das Zusammenspiel der verschiedenen Tätigkeiten bringt die Umwandlung der Natur gemäß Willen und Plan des Menschen zustande. In der landwirtschaftlichen Produktion erfolgt dieses Zusammenwirken verstreut über große Flächen. Wenn man es dennoch zeigen will und für die Haupterrungenschaft des sozialistischen Dorfes hält, dann drängt sich für die Darstellung die Vogelsperspektive auf, ähnlich wie sie in Europa bei alten, in Kupfer gestochenen Stadtansichten benutzt wurde. Nur die wenigsten der Maler werden Gelegenheit gehabt haben, diese Vogelperspektive in der Wirklichkeit einzunehmen. Und sie haben auch keineswegs die Absicht, ihren Gegenstand bloß aus dieser Perspektive abzufotografieren. Vielmehr verkürzen sie die Perspektive und lassen auch weiter entfernt tätige Gruppen groß und deutlich hervortreten. Sie haben also einen Begriff von dem Gegenstand, den sie ins Bild setzen wollen, und keineswegs nur einen Eindruck. Und gemäß diesem Begriff von der Sache komponieren sie ihre Bilder. Der Begriff der Sache aber ist aus der Erfahrung der Arbeit gewonnen. Dafür spricht auch, daß großes Gewicht gelegt wird auf die Details, insbesondere auf solche, die mit der beginnenden Mechanisierung zusammenhängen: Kraftwerke, Pumpen, Traktoren z.B.

Wie wichtig den Bauernmalern die Darstellung der gemeinsamen Arbeit und ihrer gewaltigen Kraft ist, wird besonders erkennbar auf einem Bild mit dem Titel: "Brunnenbau auf der Hochebene". Der Maler hat dabei eine Perspektive gewählt, die in der Wirklichkeit gar nicht eingenommen werden kann, nämlich eine Art Querschnitt durch den Brunnenschacht, was ihm ermöglicht, den Zusammenhang der verschiedenen Arbeitsvorgänge und den kollektiven Charakter des Arbeitsprozesses darzustellen. Über dem Brunnenrand weht die rote Fahne: Ohne die Revolution, ohne Führung der Bauern durch die Arbeiterklasse und ihre Partei bis hin zur Volkskommune besäßen die Bauern nicht die Kraft, ein solches Werk wie den großen Brunnenbau anzupacken, müßten sichere und reiche Ernten ein Traum bleiben.

Den Kritiker Sello stört, daß die Bauernmaler nicht naiv und ungeschickt sind, also nicht sich ihm in ihrer Naivität als Objekt des Kunstgenusses darbieten. Sondern daß sie "sauber und sorgfältig" malen, wie es für ihresgleichen notwendig ist, die sie überzeugen wollen von den Vorzügen der gesellschaftlichen Arbeit mit gemeinsamen Produktionsmitteln. Ihn stören die frischen, leuchtenden Farben, welche die einzelnen Gegenstände, die Arbeitsgeräte, die Menschen deutlich hervortreten lassen. Für ihn liegt auf der Hand, daß dabei Bevormundung und Reglementierung im Spiel sein müssen. Verächtlich erklärt er: "Hier werden ... Vorlagen ausgepinselt", die man den Bauern unterschoben hat. Es "werden Bilderbögen fabriziert, die das Thema der Arbeitswelt verniedlichen und in eine permanente Idylle verfälschen".

Von Ausbeutung befreite Arbeit

Man versteht die Aufregung des Kritikers: Nicht nur wird die kollektive menschliche Arbeit zum Gegenstand der Kunst gemacht. Die Bauernmaler zeichnen sich und ihre Dorfgenossen auch noch heiter und glücklich. Das ist in der bürgerlichen Kunst schon lange nicht mehr denkbar. Dort ist man mit den Problemen beschäftigt, die beim Verzehr der Früchte fremder Arbeit entstehen: Mit inhaltslosen Gedanken, mit Überdruß und Langeweile, die aufgerissen werden nur durch gelegentliche Schocks und Sensationen; mit dem Gefühl der eigenen Überflüssigkeit; mit Betrachtungen über die Sinnlosigkeit der Welt und mit Versenkung in Gegenstände der privaten Umgebung. Das sind Themen einer untergehenden Klasse.

Heiterkeit und Freude bei der Arbeit bzw. über die Früchte der gemeinsamen Arbeit ist in der bürgerlichen Kunst nur ganz an ihrem Beginn bekannt: Aus der Malerei der niederländischen Meister vor allem, die im 15. und 16. Jahrhundert bäuerliche Arbeit und dörfliche Feste zum Thema nahmen. Das zu einem Zeitpunkt, wo der Druck des Feudalismus lockerer wurde und die gewaltsame Vertreibung der Bauern von ihrem Land und ihre Verwandlung in Fabrikarbeiter noch nicht recht begonnen hatte. Seitdem hatten Arbeiter und Bauern in der kapitalistischen Welt nichts mehr zu lachen. Und die bürgerliche Klasse verlor das Interesse, der Arbeit der anderen zuzusehen, je härter und elender das Leben des arbeitenden Volkes wurde. Der bürgerliche Kritiker will heute nicht gelten lassen, daß die von Ausbeutung befreite Arbeit, obwohl sie mühsam bleibt, doch freudig geleistet wird.

Seine Gefühle sind meilenweit entfernt von denen der Bauernmalerin Li Feng-lan, die zu ihrem Bild "Aufbrechen des Bodens im Frühjahr" schreibt:

Die Personen äußern sich in der Arbeit

"Unser Teil der Provinz Shensi, die Region Kuanchung, ist Weizenland. Wenn im Frühling der Winterweizen wieder grün wird, gehen wir Frauen auf die Felder und besorgen das Aufbrechen des Bodens. Gerade dann ist die Landschaft besonders schön. Das zarte Grün der Weizenfelder, die fast wie ein Garten aussehen, kontrastiert mit den voll erblühten rosafarbenen Pfirsichblüten. Wenn ich dann zur Arbeit gehe, kann ich kaum meine Augen davon abwenden. Und ich wollte schon immer diesen Anblick malen, um die bewegende Schönheit des neuen sozialistischen Landes zu zeigen, und wie enthusiastisch wir Frauen den Sozialismus aufbauen helfen. Deshalb begann ich, während der Arbeit die Leute um mich herum genau zu beobachten, und in den Pausen machte ich Skizzen von ihnen. So malte ich schließlich 'Aufbrechen des Bodens im Frühjahr'. Es enthält sechzehn Personen, die ich alle zuvor skizziert hatte. Die Frau in der blauen Jacke im Vordergrund ist nach Skizzen von der Leiterin der Frauengruppe in unserer Brigade gemalt."

Der bürgerliche Kritiker sieht da nur "totale Stereotypie der Gesichter, der Haltungen ... Abziehbilder, Klischees von der billigsten Sorte", Er ist mit der Blindheit seiner Klasse geschlagen. Obwohl auf Li Feng-lans Bild z.B. alle Gesichter der abgebildeten Frauenbrigade die gleiche Heiterkeit und Zuversicht zum Ausdruck bringen, gleicht keines der Gesichter dem anderen. Und obwohl sie alle dieselbe Arbeit verrichten, im Hocken, mit einer kurzen Hacke in der einen und dem Korb für das Unkraut in der anderen Hand den Boden aufbrechen: Welche Mannigfaltigkeit der Haltungen und Gebärden bei der gemeinsamen Arbeit!

Vermutlich würde der bürgerliche Kritiker die feinsten Nuancen aufspüren und nichts von Stereotypie bemerken, wenn ein Künstler Damen der besseren Gesellschaft im Liegestuhl oder beim Nachmittagstee zum Gegenstand einer Studie gewählt hätte.

Die Angehörigen der besitzenden Klassen schätzen es, untätig, aber als besonderer Charakter abgebildet zu werden. So stellen sie sich überhaupt "den Menschen" vor. Das Porträt ist ihnen die bevorzugte Form der Personendarstellung. Darin drückt sich für sie das Individuum aus.

Das ist eine den chinesischen Bauernmalern ganz und gar fremde Betrachtungsweise. Warum sollen sie das Wesen des Menschen im Gesichtsausdruck einer Person suchen, wo doch ihr Wille und Wesen in der gemeinsamen Umgestaltung der Natur und der ganzen vielfältigen Welt zum Ausdruck kommt, die sie durch ihre Arbeit prägen!



Li Feng-lan: Aufbrechen des Bodens im Frühjahr

Der Kritiker Sello landet schließlich bei der Klage: "Man brauchte kein Wort darüber zu verlieren, wenn es sich um die Produktion aus irgendeinem Entwicklungsland handelte. Aber die Bilder kommen aus China, einem der ältesten Kulturländer der Welt." Und dafür sind sie eine Schande, will er damit sagen. Der bürgerliche Kritiker ist ein bemerkenswert stumpfer Kopf. Nicht nur daß er blind und verschlossen ist für die Bilder und ihre Schönheiten. Er ist auch blind und dumpf für die Bedingungen ihres Entstehens. Die Bauern, die sie gemalt haben, lebten noch vor 26 Jahren in tiefstem Elend, in Analphabetismus und Unwissenheit. Jetzt entwickeln sie eine eigene Kultur, in der sie ihre Arbeit und ihr Leben darstellen und die ihren Plänen nützlich ist. Damit sind sie heute schon weit erhaben über die raffinierte Bourgeois-Kunst, die buchstäblich nichts mehr zustande bringt.

Auf der Pariser Biennale waren gleichzeitig mit den Bauernmalereien aus dem Kreis Huhsien die Werke von jungen "Avantgardisten" aus 25 Ländern ausgestellt. Damit ist freilich der Kritiker Sello auch nicht ganz zufrieden. Allerdings nicht wegen des Charakters der Werke, sondern weil es sich nicht um "Novitäten" handelte, sondern nur um "Kühnheiten von gestern (die unwiederholbar sind)". Und was sind das für unwiederholbare Kühnheiten? "Ein Japaner hatte die umwerfend kühne Idee, ein lebendes Tier, ein Huhn an der Kette, auf die Biennale zu bringen."

Mit derartigem Zeugs lassen sich heute die Reichen ihre Sinne kitzeln. Sei's drum. Die arbeitenden Klassen kann es nur freuen, wenn es mit dem Parasitenpack zu Ende geht und man sich im Volk vor dieser bürgerlichen Kulturproduktion die Nase zuhält, weil der Gestank unerträglich ist. Umso mehr Interesse verdienen die Malereien, in denen ein Volk, das sich seiner Blutsauger entledigt hat und an der Revolution festhält, sein neues Leben darstellt. – **(wm)**



Chang Lin: Die revolutionäre Kultur faßt Fuß auf dem Land